

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Aufendung unter Kreuzband M. 1,00.

Herausgeber: Joh. Hinrich, veranm. Redakteur i. V. Fr. Karpis,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 80 A.

## Verbandskollegen! Versäume keiner die im Oktober stattfindenden ausserordentlichen Generalversammlungen v v v

**Inhalt:** Alkoholismus und Arbeiterklasse. — Politische Umwälzung. — Mauerbewegung. — Streiks, Aushebungen, Mahnungen. — Bekanntmachung des Verbandes. — Bericht. — Verbot oder Reform der Alkoholverkauf. — Aus Österreich. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkassen, Subventionen usw. — Zur Frage der Bauteilnahme. — Gewerkschaftliche Nachsorge und Arbeiterversicherung. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Das Austin-College.

### Alkoholismus und Arbeiterklasse.

Was ist Alkoholismus? Darüber gehen die Ansichten in zweierlei Richtung auseinander. Die Befürworter der Abstinenz, der unbedingten und gänzlichen Enthaltung von geistigen Getränken, wollen darunter verstanden wissen den Genuß solcher Getränke überhaupt, wenn auch in noch so geringen Mengen. Sie lassen das Prinzip und die Praxis der Mäßigkeit und der vernünftigen Ordnung im Trinken nicht gelten und verurteilen gleichgültig den Genuß von Bier und Wein, wie den von Brandy und anderen. Ja, sie gehen so weit, zu behaupten, daß gerade in der Mäßigkeit die „schwerste Gefahr“ sich begreife, indem sie die Gewöhnung an den Alkohol mit sich bringe. Und sie rechnen uns vor, daß auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt die unbedingte, gänzliche Abstinenz geboten sei; sie erkliden in dem Aufwande von 8 Milliarden und 200 Millionen Mark, daß die deutsche Volk in seiner Gesamtheit jährlich dem Alkoholgenusse opfert, eine „unerhörte Verschwendung“.

Wir bekennen uns zu dieser Auffassung, die oft mit einem wahren Fanatismus vertreten wird, nicht, vielmehr zu der Richtung, die als Alkoholismus lediglich den Mißbrauch im Genuße alkoholischer Getränke gelten läßt. Die Hauptpunkte bei Genüssen aller Art ist es, Maß zu halten, so auch, von geistigen Getränken nicht mehr zu genießen, als sich mit den gebotenen Rücksichten auf die Gesundheit verträgt. Nur der Mißbrauch erzeugt schlimme Wirkungen. Tatsache ist, daß der gewohnheitsmäßige, mißbräuchliche Genuß solcher Getränke weite Volkskreise ergriffen hat. Und Tatsache ist ferner, daß er die Gesundheit Tausender zerstört, daß er entsetzlich, körperlich wie geistig degeneriert; das Elend aller Art vermehrt und die Kriminalität, die Verbrechenshäufigkeit fördert. Darüber gibt es keinen Streit. Auf diese Tatsache muß sich die Erörterung der Alkoholfrage richten. Daß sie in Rücksicht auf die Arbeiter, geradezu als ein Stück Arbeiterfrage aufzufassen werden muß, ist ohne weiteres klar. Für die Arbeiterklasse hat der übermäßige Genuß alkoholischer Getränke eine viel größere Bedeutung als für die sogenannte „bessere und beste Gesellschaft“, die, wie in so manchen anderen Punkten, auch in diesem kein gutes Beispiel gibt. Dem wassertrunkenen, dem Wohlhabenden und Reichen wird bei seiner ganzen wirtschaftlichen und sozialen Stellung, bei seiner ungleich besseren Lebenshaltung der Alkoholmißbrauch viel weniger verhängnisvoll, als dem Proletariat, der bei harter, aufreibender Arbeit auf einer schlechten Lebenshaltung verurteilt ist; er wird viel leichter und eher das Opfer all der schlimmen Wirkungen dieses Mißbrauchs, als jener.

Es ist deshalb durchaus erklärlich, daß ein besonderes Kapitel der Alkoholfrage lautet: Alkohol und Arbeitergesundheit. Da ist es nun sehr charakteristisch und interessant, daß die reichs-gesetzliche Arbeiter-

versicherung in den letzten Jahren eine Förderung der Erörterung dieses Kapitels bewirkt hat. Die für diese Versicherung in Betracht kommenden Reichsbehörden haben Untersuchungen angestellt über die Rückwirkungen, die ein übermäßiger Alkoholgenuss auf Gesundheit und Leben der Arbeiter auszuüben vermag. Daß solcher Genuß die Erkrankungsgefahr allgemein erhöht, wußte man aus der stetigen Erfahrung schon früher. Die amtliche Darstellung nun bringt Angaben über die prozentuale Belastung der Krankenkassen durch Mitglieder der Berufs- in denen erfahrungsgemäß viel getrunken wird, im Vergleich zu der Belastung durch die gesamten männlichen Kassennmitglieder. Es erkrankten z. B. im Jahre 1901 bei den Berliner Ortskrankenkassen mit 370 473 Mitgliedern 40,8 pSt., der männlichen Mitglieder, während bei den Maurern die Erkrankungsgefahr auf 53,1 pSt. und bei den Bierbauern auf 54,2 pSt. stieg. In ähnlicher, ja noch ungünstiger Weise gestaltete sich das Verhältnis bei den Ortskrankenkassen in Königsberg, Stuttgart und Straßburg. Auch nach den Erfahrungen anderer Krankenkassen sind Alkoholiker in verhältnismäßig teure Krankenfälle, weil eine durch Alkoholmißbrauch herabgesetzte Widerstandsfähigkeit die Gefahr häufiger Erkrankungen und Rückfälle erhöht.

Zahlengemäß festgelegt ist aus den Erfahrungen vieler Ärzte, namentlich bei großen Krankenanstalten mit reichlicher Beobachtungsgelegenheit, daß der gewohnheitsmäßige Alkoholmißbrauch nicht nur die Erkrankungsgefahr erhöht, sondern auch den Genesungsprozeß schädigt und bei schweren Krankheiten die Lebensgefahr erhöht, so besonders bei Lungenerkrankung und schweren Unfallverletzungen, die bei Alkoholikern meist weit schwieriger heilen, als bei Personen, die dem Alkoholmißbrauch nicht ergeben sind. Eine ärztliche Autorität, Weyman, stellt den Einfluss des Alkohols auf die Wirkungen der Unfälle dahin fest: „Es ist sicher, daß der Alkohol die Empfindlichkeit gegen Wundbrüche und die Gefahr gewalttätiger Eingriffe in den Körper steigert. Was es mit dieser Steigerung auf sich hat, wollen Sie daran erkennen, daß in der Industrie 1897 beinahe 95 vom Hundert, in der Landwirtschaft 1901 beinahe 99 vom Hundert aller Unfälle in solchen mechanischen gewalttätigen Insulten, Wunden, Quetschungen, Knochenbrüchen bestanden. Solche Ereignisse rufen oft den Ausbruch des Deliriums bei Trinkern hervor; außerdem hat der Einfluss des Alkohols auf das Herz oft entweder die Unmöglichkeit, den Verletzten zu chloroformieren oder einen verhängnisvollen Ausgang der Narkose zur Folge.“

Und im Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1905 heißt es: „Erfahrungsgemäß beeinflusst der Alkoholmißbrauch die Unfallhäufigkeit in ungünstiger Weise. Die Unfallfolgen heilen bei den durch Alkoholmißbrauch in ihrer Widerstandsfähigkeit geschwächten und an der körperlich und geistig schädigenden Wirkung des Alkohols erkrankten Personen schwerer und entwideln sich ungünstiger als bei Gesunden. Die Träger der Unfallversicherung haben daher unter dem Gesichtspunkt der Unfallversicherung allen Anlaß, die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs in den Bereich ihrer Unfallberühmungsmaßnahmen zu ziehen.“

Soweit das in verständiger Weise, in ehrlicher Absicht geschieht, ist gewiß nichts dagegen einzuwenden. Wir selbst haben schon öfter in diesem Blatte den Arbeitern einbringlich den guten Rat erteilt, sich besonders während der Arbeit in den Pausen der Mäßigkeit im Genuß alkoholischer Getränke zu befleißigen, oder

besser noch, während der Arbeit solche gar nicht zu genießen. Aber wenn, wie es schon so oft geschehen, die Träger der Unfallversicherung die Alkoholfrage in tendenziöser, gehässiger und ungerechter Weise gegen die Arbeiter auspielen, wenn sie die Verfehlungen der Unternehmer im Punkte der Unfallberühmung zu bemängeln versuchen durch den Hinweis auf den „Alkoholteufel“, wenn sie ganz willkürlich für Unfälle den Alkoholgenuss des Arbeiters verantwortlich machen, — so werden wir solches Gebaren stets entschieden bekämpfen.

Die amtlichen Feststellungen bringen weiter noch folgendes:

„Neben den Krankenkassen sind auch die Invalidenversicherungsanstalten an der Einschränkung des übermäßigen Alkoholgenusses interessiert, da unter den Invaliditätsursachen gerade die Krankheiten, die durch Alkoholmißbrauch leicht herbeigeführt werden, stark vertreten sind.“

„Im Hinblick auf die weite Verbreitung der Tuberkulose gewinnt die durch Alkoholmißbrauch bewirkte Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers eine ganz besondere Bedeutung, denn nach den Angaben des vom Kaiserlichen Gesundheitsamte herausgegebenen Tuberkulosemerckblattes sterben an dieser Krankheit in Deutschland jährlich über 100 000 Menschen, während die Zahl der Kranken auf das zehnfache geschätzt wird. Es wird daher in neuerer Zeit, je mehr die Wechselbeziehungen zwischen Tuberkulose und Alkoholismus erkannt werden, nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande, und namentlich von hervorragenden Vertretern der Forschung immer lebhafter die ärztliche Forderung gestellt, Leiden mit Nachdruck entgegenzuwirken.“

Der schon zitierte Weyman veranschlagt, in Uebereinstimmung mit anderen Fachleuten, die Maßnahmen, die die deutsche Arbeiterversicherung infolge des Alkoholmißbrauchs und seiner Nebenwirkungen alljährlich erleidet, auf viele Millionen Mark und bemerkt: „Da die Arbeiter nahezu die Hälfte der gesamten — zur Zeit fast eine halbe Milliarde betragenden — Versicherungen selbst aufzubringen haben, und es sich bei allen vorbeugenden Maßnahmen der Arbeiterversicherung gerade um ihre eigenen Interessen, die Erhaltung von Leben und Gesundheit, handelt, so erhellt ohne weiteres, daß alle diese Fragen die Arbeiterschaft auf das engste berühren und zur wirksamen Lösung der Mitwirkung der Arbeiter bedürfen.“

Dem stimmen wir durchaus zu. Aber möchten die Fachleute und vor allem die Herren von der Regierung nur auch niemals übersehen, auf die Ursachen des Alkoholmißbrauchs in der Arbeiterschaft einzugehen, die Tatsache gebührend zu würdigen, daß diese unheilvolle Erscheinung eine Folge der schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Arbeiter sein Dasein fristen muß, seiner schlechten Lebenshaltung, sowie der Unwissenheit ist, zu der die herrschende Gesellschaft das Proletariat so lange verurteilt hat.

Ganz gewiß: nur durch die Initiative der Arbeiter selbst kann der Alkoholmißbrauch, dem leider noch so viele ihrer Klassenossen huldigen, wirksam bekämpft werden. Aber diese Initiative begreift sich nicht lediglich in der Auffklärung über die verhängnisvollen Wirkungen des übermäßigen Genusses geistiger Getränke, sondern auch und hauptsächlich im Kampf um ein menschenwürdiges Dasein, mit dem das Streben nach



geistiger und sittlicher Gebung untrennbar verbunden ist. Da erleben wir nun freilich, daß dieselben Leute, die sich über den „Saufteufel im Proletariat“ entsetzen und nach Folter und Strafbefehl, nach Gefängnis und Arbeitshaus für die proletarischen Zinker schreien, diesem Kampfe fanatisch widerstreben und die Arbeiterorganisation, die ihn führt, beschimpfen und verzerren. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß die ihres Rechtes und ihrer menschlichen Würde sich bewußt geborene, auf dem Boden der Prinzipien des demokratischen Sozialismus um die Verwirklichung hoher Ideale ringende Arbeiterschaft unendlich viel mehr zur Einschränkung des Alkoholmißbrauchs beigetragen hat, als irgend ein anderer Faktor. Die auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete sich vollziehende moderne Arbeiterbewegung veredelt und erhebt die Arbeiter, befreit sie aus dem Banne schlechter Neigungen und Leidenschaften. Wer das nicht würdigen kann oder will, ist zu bedauern. Die aufgeklärte Arbeiterschaft wird stets im Bunde mit der Autorität der Wissenschaft und nach Maßgabe eigener Erfahrung und Erkenntnis den Alkoholmißbrauch bekämpfen, aber der Bevormundung, der Fürsorge und Anleitung durch die Sittlichkeits-Matadore und Ordnungspolitiker der herrschenden Gesellschaftsform kann sie entbehren.

### Politische Umschau.

„D sagt, warum geht ihr von dannen?“ So fragt ein deutscher Dichter, Freiligrath, die Auswanderer. So fragt auch der denkende Politiker in Anbetracht der Tatsache, daß nach einer vom Norddeutschen Lloyd in Bremen ausgehenden Mitteilung eine enorme Zunahme der Auswanderung aus Deutschland stattfindet. Die Mitteilung lautet:

„Obwohl der Norddeutsche Lloyd die Zwischenbedeure nicht herabgesetzt hat, so daß die Differenz gegenüber Hamburg 14.90 zu Ungunsten Bremens beträgt, hat gerade in letzter Zeit die Auswanderung über Bremen so enorm zugenommen, daß selbst das Rekordjahr 1905 überschritten wird.“

Massenauswanderung war stets und ist noch ein Beweis dafür, daß die Zustände im Vaterlande schlecht sind. Je ungünstiger die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Masse sich gestaltet, je mehr ihm der Kampf ums Dasein erschwert wird, je stärker macht der Drang sich geltend, das „leucere“ Vaterland zu verlassen und jenseits des Ozeans eine bessere Existenz zu suchen. Die jetzige enorme Zunahme der Auswanderung aus Deutschland ist als eine Folge der für Handel und Industrie, mithin in erster Linie für die Arbeiterklasse so unheilvollen neuen Zoll- und Steuerpolitik des Reiches vorausgesetzt werden. Die Massen sind nicht nur der kapitalistischen, sondern auch einer rücksichtslosen zoll- und steuerpolitischen Ausbeutung, einem Lebensmittelmangel schlimmer Art überantwortet. Die auf Grund dieser Politik geschlossenen und ungünstigen Handelsverträge fügen unserer Volkswirtschaft die schwersten Schädigungen zu: unser Wareneport nimmt ab, während der Menscheneport zunimmt. Dieser Menscheneport, das ist die Auswanderung!

Die Kuh als Menschheitsverhalter. Unter dieser Schlagzeile schreibt man dem Organ des Bundes der Landwirte: „Der Hauptanlasspunkt der Ausstellung für Kindeswohl (Berlin) bildet der Missetatfall. Und mit Recht. Denn wäre die heutige Generation ohne Kuh? Und was wird erst aus der kommenden? In Deutschland wird die Menschheit mehr und mehr abhängig vom Milchvieh, in der Großstadt ist sie schon fast gänzlich, denn welche Mutter nährt heute ihr

Kind selbst, und wer ist in der Lage, sich eine Kuh zu halten? — Jedoch das Ausstellungs-Publikum, die Besucher, würdigen die Tiere nicht in dem Maße, wie sie es verdienen. Ohne Zweifel: Man schämt sich einzugehen, daß ohne Hilfe der guten Kuh die ganze Kindeswohlfahrt in die Brüche gehen muß, daß der Nachwuchs des homo sapiens in seinem Gedeihen fast gänzlich von der Beschaffenheit der Kuh abhängig ist, und daß er seine guten oder bösen Eigenschaften keineswegs mit der Muttermilch, sondern mit der Kuhmilch einfaßt. Vorläufig sind die guten Tiere sich ihrer Wichtigkeit wenig oder gar nicht bewußt, wenigstens ist noch nicht bekannt geworden, daß sie bei ihnen nicht angemessen scheinender Behandlung gestreift hätten, aber der Ernst der Sache liegt darin, daß tatsächlich die deutsche Frau sich mehr und mehr sträubt, Nährerin ihrer Kinder zu sein. Und das mühte anders werden. Leider oder wohl! die gutgemeinte Ausstellung hierin keinen Wandel herbeiführen. Leider!“

So leider und nochmals leider! Aber wie die Kuh als Menschheitsverhalter ihren natürlichen Beruf nicht genügen kann, so ist der Agrarismus im Bunde mit dem industriellen Kapitalismus ein arger Menschheitsverwüster. Beide zerstören die Volkstafel. Hunderttausende von Kindern des Proletariats gehen infolge des wirtschaftlichen Elendes der Eltern jährlich in Deutschland zu Grunde. Die auf das Mütterleben angewiesenen Mütter sind nicht im Stande, ihre Kinder zu fügen, und oft genug fehlt es an den Mitteln zur Beschaffung des Erlasses der Muttermilch durch Kuhmilch. Die agrarische Lebensmittelmacher-Praxis verdient auch die Kuhmilch und sie trifft deshalb mit der Verantwortung für die enormen Säuglingssterblichkeit in Deutschland. Wenn die Proletarier ihren Säugling selbst nähren soll, so darf sie nicht durch Elend und Lebensanstrengung ausgemergelt und nicht von früh bis spät an Erwerbsarbeit gesteuert sein. Der Familienvater muß Frau und Kinder menschenwürdig ernähren können. Da zunächst muß es anders werden. Aber die Agrarier helfen sicher nicht mit, daß Wandel eintritt.

### Der Wohltätigkeitsverband deutscher Brauereien.

Ueber diesen Verband wird bürgerlichen Blättern geschrieben: „Eine der bemerkenswertesten sozialgewerblichen Organisationen, die sich auf dem Boden modern gewerblicher Entwicklung und unter dem Einflusse von Lohnbewegungen, beruflichen Interessen und fortgesetzt höherer Feuerlicher Belastung entwickelt hat, ist der Wohltätigkeitsverband deutscher Brauereien. Verfassungsmäßig ein G. u. V. Berlin. Vororgangenen aus dem vor 12 Jahren errichteten Zentralverband deutscher Brauereien gegen Berufs-erklärungen, erhielt er am 15. Juli 1905 seine gegenwärtige korporative Gestaltung.“ 366 der bedeutendsten deutschen Brauereien mit einem jährlichen Gesamtalcoholverbrauch von 34.7 Millionen Zentnern hatten sich am 1. Oktober des genannten Jahres unter ihrem Geschäftsbetriebe zusammengefunden und seit jener Zeit — also seit rund 11 Monaten — haben sich dem Vereine weitere Mitglieder angeschlossen, so daß demselben jetzt 708 Brauereien angehören, die einen jährlichen Alcololverbrauch von 11½ Millionen Zentnern verbrauchen. — Für die zweckentsprechende Vertretung der Mitgliederinteressen und für die schnelle Abwicklung des Geschäftverkehrs mit dem Vereinsvorstande und Aufsichtsräte sorgen die Vorstände von 80 Bezirksverbänden.

Der alleinige Zweck des Verbandes ist die Schadloshaltung der Mitglieder für den durch Wohltätigungen jeder Art verursachten Winderabgang an Lagerbier, Weißbier und sog. einfachem Bier, ferner die Gewährleistung gegenseitigen Kundenschutzes im Wohltatfall und zuletzt die Schlichtung des einen Wohltat verursachten Interessenstreits. — Die Höhe der regelmäßigen Beiträge ist nach der Größe der Brauereien stufenförmig berechnet und für die kleinen und mittleren Brauereien äußerst gering bemessen. Der der Kontrolle des kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung unterstellende Verband hat bereits bei seiner Begründung die Unschädlichmachung des so oft als verwerfliches Gewalt-

mittel angewendet und gerade das Brauereigewerbe besonders schädigenden Boykotts zur Aufgabe gemacht; er beschränkt sich nicht darauf, solche Boykotts zu entzünden, bezw. zu verheilen, die aus dem Kampfe mit den Arbeitnehmern entspringen, sondern auch Boykotts aller Art, soweit sie sich gegen das Gewerbe richten, unwirksam zu machen, so z. B. auch solche Boykotts, die von Gastronomen oder Konsumenten, Gruppen oder Vereinigungen anderer Art beschossen oder durchgeführt werden. — Ausgehend von der Auffassung, daß die planmäßige Sündierung der im rechtlich geordneten Gewerbebetriebe gewonnenen Produkte eine schwere Verletzung darstellt, auch wenn die Anrufung der Gerichte erfolglos bleibt oder unterlassen wird, hat der Verband bisher eine streng defensiv Haltung beobachtet, und es abschließend in dieser auch für die Zukunft zu verharren.“

Die Brauereien haben das „verwerfliche Gewaltmittel“ des Boykotts in den letzten Wochen geradezu herausgefordert durch wuchernde Beförderung der Bierpreise. Wenn der Unfug so fortgeht und auch noch die Wirte kräftig an ihm mitwirken durch weitere unmotiviertere Beförderung des Bierpreises, so könnte es wohl geschehen, daß die Masse der Konsumenten mal zu einem Generalboykott schreitet, indem sie verzichtet auf das Bier überhaupt. Solch ein Boykott trafe zugleich auch empfindlich den Reichssteuerfiskus.

### Seine obigatorische Meisterprüfung.

Der Gesetzentwurf bezüglich des sogenannten „kleinen Befähigungsnachweises“, den die Regierung im nächsten Winter beim Reichstage einzubringen gedenkt, wird, worauf wir schon früher hingewiesen haben, von den Zünftlern ganz falsch gedeutet. Das kommt daher, daß die Bezeichnung „kleiner Befähigungsnachweis“ eine völlig unrichtige ist. Da er auch auf dem 7. Deutschen Handwerks- und Gewerbecongresse in Nürnberg falsche Deutungen erfahren hat, so wollen wir nochmals feststellen, daß der verheißene Gesetzentwurf mit dem Befähigungsnachweis an sich gar nichts zu tun hat. Er wird sich in der Hauptsache auf die §§ 129, 129a und 133 der Gewerbeordnung beziehen, daß nämlich nach der neuen Fassung in Zukunft das Halten von Lehrlingen von dem Meistertitel und dem erreichten 24. Lebensjahre abhängig gemacht wird. Dieser Gesetzentwurf der Regierung dürfte sich daher in den Hauptpunkten mit dem Entwurf der Hamburger Gewerbeämter decken, der seinerzeit gegen den auf dem vorjährigen in Köln abgehaltenen 6. Deutschen Handwerks- und Gewerbecongresse abgeleiteten Entwurf der sogenannten Siebenerkommision ausgearbeitet war, oder richtiger ausgedrückt, in dem die auf den Befähigungsnachweis beziehungsweise die obigatorische Meisterprüfung bezüglichen Punkte getrennt waren. Nach zuverlässiger Mitteilung steht der Entwurf von der obigatorischen Meisterprüfung vollständig ab. Es soll nur in Handwerksbetrieben die Befähigung zum Halten und zur Anleitung von Lehrlingen lediglich denjenigen Personen zustehen, die das 24. Lebensjahr vollendet haben und in dem Handwerk, in dem das Halten und die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, die Berechtigung zur Führung des Meistertitels haben. Stirbt die zum Halten und zur Anleitung von Lehrlingen berechtigte Person, so steht die Befähigung zum Halten von Lehrlingen der Witwe oder den minderjährigen Erben zu, wenn innerhalb einer gewissen Zeit die Anleitung einem Vertreter übertragen wird, der allen gesetzlichen Anforderungen zum Halten und Anleiten von Lehrlingen entspricht.

Auch im übrigen dürfte in Zukunft der Meistertitel mit größeren Vorrechten ausgestattet werden.

### Massenausweisung polnischer russischer Arbeiter.

Die Eisener Polizeiverwaltung hat an die dortigen Unternehmer und Werke ein überaus wichtiges Zirkular ergangen lassen. Das wichtige Dokument, das uns den Polizeistat Breiten in seiner ganzen Glorie zeigt, hat folgenden Wortlaut:

### Das Ruskin-College, eine englische Arbeiterakademie.

Frau A. Braun schreibt im „Correspondenzblatt“: „Bei dem steigenden Interesse, mit dem sich die deutsche Arbeiterschaft der Bildungsfrage zuwendet und Einrichtungen zu schaffen sucht, die es ihr ermöglichen sollen, über die Oede der Volksschulbildung geistig hinauszukommen, wird die Kenntnis gleichartiger Bestrebungen im Ausland gewiß von Nutzen sein. Das beste Beispiel einer Arbeiterakademie ist das Ruskin-College in der alten englischen Universitätsstadt Oxford.“

Um es ganz zu verstehen, sei vorausgeschickt, daß das englische Studentenleben sich vom deutschen sehr wesentlich unterscheidet. In den beiden ältesten Universitäten Oxford und Cambridge hat es sich in seiner, an die ursprünglichen mittelalterlichen Klosterschulen erinnernden Eigenart am meisten erhalten. Es gibt dort kein Universitätsgebäude, wie bei uns, wohin die Studenten sich zum Anhören der Vorlesungen zu begeben haben; an dessen Stelle treten eine Anzahl Colleges (sprich: Kollegs), meist Häuser oder ganze Häuserkomplexe von großer architektonischer Schönheit, in denen das ganze Leben der Studenten sich abspielt. Sie haben hier ihre Wohnung, ihre Speisekammer, ihre Studier- und Gesellschaftsräume, ihre großenteils wunderbaren Bibliotheken und ihre Vorlesungssäle. Einer der ältesten Professoren, Walter (Meister) genannt, hat seine Wohnung im gleichen College und er führt die Oberaufsicht. Die Universitätslehrer haben in den einzelnen Colleges ihre Vorlesungen abzuhalten; es geschieht also das umgekehrte wie bei uns: sie müssen zu den Studenten kommen, und nicht die Studenten zu ihnen. So sehr man dieser Einrichtung gegenüber die Freiheit des deutschen Studentenlebens bezweigen mag, eins ist zweifellos ihre Folge: die größere Kameradschaftlichkeit unter den jungen Leuten, der größere Ernst, mit dem sie sich ihrem Studium widmen. Es gibt in England keine Saufereien und Paukereien; auf den deutschen Duellunfug sehen die Engländer verächtlich herab; zur Förderung körperlicher Kraft, Ausdauer und Gewandtheit tritt an dessen Stelle der Sport in seinen verschiedenen

Formen. Auf Grund dieser Art der Erziehung und Lebensweise ist es daher nicht zu verwundern, daß der junge gebildete Engländer seinem deutschen Altersgenossen an Gesundheit, guter Lebensart und sittlichem Ernst um vieles überlegen ist.

Im engen Anschluß an die altgewohnten Formen studentischen Lebens gründete ein wohlmeinender amerikanischer Philanthrop im Jahre 1899 das Ruskin-College für Arbeiter, indem er ein Haus mietete und mit der nötigen Einrichtung zur Aufnahme von etwa 40 Studenten versah. Er verlor jedoch rasch das Interesse an seiner Schöpfung und sein Werk wäre wahrscheinlich bald zusammengebrochen, wenn englische Arbeiterorganisationen es nicht fortgeführt hätten. Die große, 95 000 Mitglieder umfassende Gewerkschaft der Maschinenarbeiter erhob viermal je 10 £ pro Mitglied, die Gewerkschaften der Eisenbahner, Buchdrucker und Textilarbeiter folgten dem guten Beispiel, ebenso eine große Zahl von Gewerkschaften. Auf diese Weise wurde nicht nur ein Fonds zum Ankauf der Gebäude geschaffen, sondern es wurden auch die Mittel aufgebracht, um den Arbeitern den Aufenthalt im College auf ein Jahr zu ermöglichen. In diesem Jahre z. B. haben sich seine Bewohner, die alle auf Kosten ihrer Gewerkschaft nach Oxford geschickt worden sind — in einzelnen Fällen hat die Gewerkschaft sogar während dieser Zeit die Familien der zum Zwecke des Studiums Abwesenden erhalten —, aus folgenden Berufsgruppen zusammen:

9 Maschinenarbeiter, 9 Bergarbeiter, 4 Weber, 4 Metallarbeiter, 8 Eisenbahner, 1 Maurer, 1 Schmied, 1 Dockarbeiter, 1 Zimmerer, 1 Handelskommissar, 1 Buchhalter. Für jeden von ihnen werden 1 Pfund (etwa 1 Mark 20) pro Woche gezahlt. Durch diese verhältnismäßig sehr geringe Summe werden alle Aufenthaltskosten, einschließlich Wohnung, Unterhalt und Studium, bestritten. Allerdings haben die Studenten, mit Ausnahme des Kochens, alle häuslichen Arbeiten selbst zu besorgen. Sie tun es mit besonderer Hingabe, denn jeder feiert seinen Sieg darin, „sein“ College so rein, so freundlich und gemächlich wie möglich zu erhalten. Trotzdem geht ihr Ehrgeiz weiter: schon wird ein Fonds zum Bau eines neuen, hundert Studenten Raum gewährenden Colleges gesammelt und die Grundstücke und Zeich-

nungen der künftigen Arbeiterakademie schmücken die Wände der jetzigen und feuern jeden an, an ihrer Verwirklichung mitzuwirken. Natürlich machte das Ruskin-College in seinem Beginn nicht wenig Aufsehen. Als Oxford noch bedenklich die Stürze in Italien vor dem noch nicht Dagewesenen; Jung-Oxford lachte und erwartete sich allerlei Anlässe zur Fröhlichkeit davon. Die Mitglieder brachten Bilder von Arbeitern in Studentenkostüm, wie sie zur Erreichung höherer Stipendien und kürzerer Vorlesungen in den Streit eintreten. Aber bald erlosch das Mistrauen und das Gelächter verstummte vor dem Ernst und Eifer der neuen Studenten. Die hervorragendsten Professoren Oxfords wurden Mitglieder des Geschäftsausschusses, wo sie mit männlichen und weiblichen Gewerkschaften und Wissenschaftlern zusammen trafen; viele von ihnen ließen die Schüler vom Ruskin-College zu ihren Vorlesungen in den Studenten-Colleges zu, und die Studenten selbst traten in freundschaftliche Beziehungen zu den Arbeitern, und ihre Diskussionsabende wurden durch die Beteiligung der neuen Studiengenossen zu besonders anregenden.

Was nun den Unterricht im Ruskin-College selbst betrifft, so muß er sich natürlich aus verschiedenen Gründen von dem in den alten Colleges unterscheiden: Es sollen keine Spezialitäten ausgebildet werden, sondern Staatsbürger mit möglichst ausgedehnten praktischen Kenntnissen für die Gegenwart; ferner muß der Unterricht die mangelhafte Vorbildung aller derer berücksichtigen, die meist schon mit 18 oder 14 Jahren die Volksschule verlassen. Die Vorlesungskurse sind daher im allgemeinen folgende: Nationalökonomie, Sozialpolitik, Politische und Kulturgeschichte, Geschichte der sozialen Bewegungen, Gesellschaftslehre, Erziehungsfragen. Ferner werden englische und französische Sprachstunden erteilt. Diskussionen zur Übung in der öffentlichen Rede beinhalten, und allmählich von jedem Studenten die Abfassung eines Aufsatzes über ein gegebenes Thema verlangt. Über damit ist der Wirkungskreis des Ruskin-College nicht erschöpft. Es hat sich vielmehr eine Korrespondenzabteilung gebildet, die Arbeitern und Arbeiterinnen des ganzen Königreiches briefliche Anweisungen zu ihrer Fortbildung erteilt, ihre Beträge regelt, ihnen Bücher zukommen läßt, und allmonatlich die Aufsätze



**Die Polizeiverwaltung Essen.**

Der Oberbürgermeister.

Essen, den . . . . 1906.

Soweit hier bekannt ist, werden von Ihnen Arbeiter russischer, litauischer resp. ausländischer Nationalität beschäftigt. Ich lege Sie ergebenst hierdurch in Kenntnis, daß eine Arbeiterbeschäftigung d. h. weitere Veranlassung dieser Art Ausländer nach den bestehenden Bestimmungen unter keinen Umständen gebildet werden kann. Es werden deshalb diejenigen Ausländer dieser Art, welche in neuerer Zeit herangezogen sind bzw. noch zuziehen sollten, alsbald aus Preußen ausgewiesen, während denen, die schon längere Zeit sich ungehindert im Inlande aufhalten, zum Verlassen des Staatsgebiets noch eine Frist bis zum 20. Dezember 1906 bewilligt wird. Es muß Ihnen überlassen bleiben, für geeigneten Ersatz der fraglichen Arbeiter durch inländische Arbeiter oder durch solche Ausländer, die dem Ausweisungszwange nicht unterliegen, zu sorgen.

Der Polizeikommissar: Selbach.

Der Polizeistaat Preußen will absofort den Nachweis führen, daß er aus der Reihe der europäischen Kulturstaaten gestrichen werden muß. Wir können ihm bezeugen, daß er den Nachweis längst erbracht hat. Daß diese Verfügung nicht von Furcht für die deutschen Arbeiter diktiert ist, sehen wir im Ausmaß der Taten, wo ausländische Arbeiter (Ostpreußen und Italiener) massenhaft, mitunter unter dem Schutze der Polizei, beschäftigt werden. Bei der Ausweisung der russischen Polen handelt es sich also lediglich um einen Liebesdienst für die russische Regierung.

**Maurerbewegung.**

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.** Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

**Deutschland:****Maurer:****Hansestädte:**

Cuxhaven (Streik);

**Schleswig-Holstein:**

Barmstedt (Sperrn über Rathjens in Hemdingen);

**Mecklenburg:**

Sülze (Sperrn über Holldorf), Laage (Sperrn über Korff), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperrn über Scharf);

**Pommern:**

Gollnow (Sperrn über Küster), Stralsund (Streik), Cüßlin (Sperrn über H. Schüttler), Demmin, Greifswald (Aussperrungen);

**Ost- und Westpreußen:**

Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

**Schlesien:**

Görlitz (Streik), Breslau (Streik der Fassadenputzer);

**Posen:**

Rawitsch (Sperrn über Postal);

**Brandenburg:**

Belzig (Streik), Trebitz (Sperrn über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Alt-Carbe (mehrere Sperrn), Gosenick (Sperrn über Schulze und Schröder aus Hannover), Spandau (Sperrn über Makowka), Wittenberge (Massregelung);

**Provinz Sachsen und Anhalt:**

Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperrn über Goldschmidt), Dessau (Sperrn über Lüdike);

die von ihnen einlaufen, sortiert und zurücksendet. Seit sieben Jahren haben sich mehr als 6500 Schüler und Schülerinnen dieser Korrespondenzschule angeschlossen. Sie zahlen dafür 1 sh. (1/2) pro Monat. In Orten, wo mehrere von ihnen wohnen, bilden sie gemeinschaftliche Les- und Diskussionsklassen. Auf diese Weise wird auch den minderglücklichen eine gewisse systematische Bildung vermittelt.

Alle — Männer und Frauen —, die im Austin-College unterrichten, sind einzig im Auge ihrer Schüler und in der Freude an ihrem Werk. Sie finden hier, was die Lehrer nur zu oft bei denen vermissen, die nur infolge des gefüllten Portemonnaies ihrer Eltern die Universität besuchen: Aufmerksamkeit und Dankbarkeit. Zahlreiche Briefe ehemaliger Studenten bezeugen, welche Bedeutung für sie und ihre Leben, welchen Wert für die gesamte Arbeiterklasse dies eine Jahr im College gehabt hat. Sie nehmen fast alle hervorragende Stellen in der Arbeiterbewegung ein; viele sind in staatliche und städtische Verwaltungskörper gewählt worden. So sind die Erfahrungen am Austin-College ein neuer Beweis — wenn es dessen überhaupt noch bedarf — für die Wahrheit des Wortes: Wissen ist Macht.

Rum Schluß will ich mich an dieser Stelle eines Auftrages entledigen. Ich hatte Gelegenheit, im Austin-College zu Gast zu sein und mich an der Herzlichkeit und brüderlichen Stimmung seiner Bewohner zu erfreuen, die glücklich waren, von der großen deutschen Arbeiterbewegung näheres zu erfahren. Sie haben mich gebeten, ihren deutschen Kollegen nicht nur ihre herzlichsten Grüße zu bestellen, sondern ihnen auch mitzuteilen, wie sehr es ihr Wunsch wäre, alljährlich mindestens einen von ihnen unter sich zu sehen. Es liege sich — so meinen sie —, falls in Deutschland eine annähernd ähnliche Einrichtung bestünde, vielleicht ein Schüleraustausch bewerkstelligen. Er würde nicht nur die Sprachkenntnisse der einzelnen erweitern, was für die internationale Arbeiterbewegung von großem Wert wäre, er würde vor allem durch gegenseitiges Kennenlernen die internationale Solidarität verstärken helfen.

Wünsche ihr Wunsch in Erfüllung gehen!

**Königr. Sachsen:**

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Otto Dietze in Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieher in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulmenstrasse, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperrn über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Reichenau (Aussperrungen), Reichenbach i. V., Mülau, Neitzschkau (Streiks), Limbach (mehrere Sperrn), Plauen (Sperrn über Männel), Penzig (Sperrn über Hellriegel und Zöllner);

**Hannover, Oldenburg und Lippe:**

Emden, Münden (Zimmererstreiks), Jork-Esteburg (Sperrn über den Neubau Hadler in Cranz a. d. Elbe), Lüneburg (Streik), Eldingen (Sperrn über Knoop);

**Braunschweig:**

Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streik), Harzburg (Differenzen);

**Thüringen:**

Gera (Sperrn über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperrn über Schmidt), Rudolstadt (Sperrn über Fischer), Jena (Sperrn in dem Universitätsneubau);

**Rheinprovinz:**

Vöhrinkel, Ratingen, Neunkirchen-Wiebelshöfen, Friedröschthal, Kira a. d. Nahe (Streiks), Cöln (mit Aussperrung bedroht), Opladen (mehrere Sperrn), Neiviges (Sperrn über Gerharts und Husemann);

**Westfalen:**

Schwelm (Streik);

**Bayern:**

Nürnberg-Fürth (Aussperrung), Bayreuth, Burglarnbach, Landsbut, Augsburg (Streiks);

**Hessen:**

Borsdorf, Weiburg (Streiks), Frankfurt (Sperrn über alle Arbeiten der Schornsteinbaufirma Hof. Die Firma hat Arbeiten in Hessen, Rheinland und Westfalen), Wiesbaden (Sperrn über Donz);

**Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:**

Colmar, Hassloch (Streiks), Metz (Sperrn), Schwetzingen (Sperrn über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Rheingönheim (Sperrn über Scharf), Singen (Sperrn über Schmal und Schweitzer), Philippsburg (Sperrn über Gebr. Gillier);

**Württemberg:**

Stuttgart (Gipserstreik);

**Fliesenleger:**

Nürnberg (Sperrn über Ayerle), Wanne (Sperrn über Zwischenmeister G. Siebert), Gelsenkirchen (Differenzen);

**Oesterreich:**

Wärnsdorf i. Böhmen (Streik);

**Schweiz:**

Zürich, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks).

\*

**Gau Hamburg.** Der Streik in Helsen ist mit einem Vertragsabgange beendet. Bei Wiederaufnahme der Arbeit wird 1/4 Lohnzulage gewährt. (Der bisherige Lohn betrug 40 %) Am 1. Januar 1907 steigt der Lohn auf 48 % und am 1. Mai 1907 auf 44 %.

**Gau Bremen.** Sonntag, den 9. September, haben unsere Kollegen in Lütich den Kampf mit den Unternehmern nach einer Dauer von 21 Wochen eingestellt. Nach Lage der Sache war an eine Einigung nicht mehr zu denken. Auf beiden Seiten ist der Kampf mit einer seltenen Erbitterung geführt worden. Vorläufig ist für uns nichts erreicht worden, aber die Unternehmern haben unsere Organisation kennen gelernt, und sie werden nicht wüßigen, was sie zu tun haben, um unsere Kollegen zu erneuten Kämpfen.

**Gau Hannover.** Der größte Teil der österreichischen Streikbrecher hat Braunschweig verlassen. Die Behandlung derselben von seiten der Unternehmern war auch zu erbärmlich. Von rund 260 der nach hier internierten Ausländer wurden noch ungefähr 30 bis 40 Exemplare hierorts ihr Dasein.

In Schöningen scheint man, was die Behandlung der Hausreifer angeht, auf denselben Wege zu spielen. Folgende Briefe geben interessante Aufschlüsse.

Offleben bei Schöningen, den 5. September 1906.

Gelehrter Herr Neumann!

Ihren sehr schmeichelfähigen Brief mit Freuden erhalten und staune, mit welcher Geschicklichkeit Sie uns stumm machen wollten. Ihr Brief charakterisiert Sie, denn am Schreiben erkennt man den Menschen und wundere mich gar nicht, wenn Sie als Seelenverkäufer hingestellt werden. Denn Verleumdungen und halten ist zweierlei. Herr Neumann, Sie werden wissen, wie es im Kontraste steht, das wir Quartierfrei sind und ich glaube, in dem Moment, wo wir die Bedingungen anerkennen haben, Sie auch schon Ihren Verpflichtungen nachkommen mußten. Da auch Sie sich dem Bauarbeiterverbande (?) verpflichtet haben, dieses Geschäft reell durchzuführen und das Ihre Sache ist, ob Sie mit Nutzen oder Schaden arbeiten. Aber nicht von den verkauften Seelen die blutigen Kreuzer abzuhaken, die man sich hier teuer verdienen muß, und danken Ihnen vielmals für diese Arbeit, welche Sie uns verschafft haben, wo wir geneigt wären, sie jede Minute ruhen zu lassen. Was die Zigaretten und das dreimalige Essen angeht, so ist es sehr traurig, daß Sie uns das zum Vortur-

machen. In erster Linie haben wir bereits in Arbeiterverhältnisse gefanden und zweitens war es für Sie gut, daß wir kein Aufsehen erregten durch diese drei Tage, und drittens haben wir Ihnen tatsächlich Dienstleistungen geleistet, wofür Sie 1/50 pro Kopf in den Tag stieden. Und da wollen Sie sich mit einem Drucker (?) dankbar zeigen? Den stieden wir selbst heraus, wenn uns solch Geld übrig bleibt. Denn dazu brauchen wir nicht erst nach Berlin zu fahren.

H. Neumann! Was den Herrn Stippel angeht, daß er beim Militär gebient hat, seine Festigkeit und Intelligenz, das geht Sie gar nichts an. Denn mit der Intelligenz kann man verhungern, wenn man will. Die Hauptsache ist Recht! und Recht verlangen wir! Sollten Sie mit den Geperbegehren noch nicht behandelt sein, so erkundigen Sie sich, was es heißt, Arbeitsbücher abnehmen und nicht zahlen zu wollen! H. Neumann! Machen Sie aufmerksam! Im Falle wir bis Samstag unser Geld nicht bekommen sollten, wir beim Geperbegehrt, sowie auch beim Bezirksgericht klagen aufzutreten werden, denn das ist die reinste Bauernfängererei, es reut uns, daß wir Wiener uns fangen haben lassen, denn hier hört sich die Intelligenz auf. Franz Mojiska, Gasp. Stippel, Kaploin, Kuboff.

Mit welcher erbärmlichen Subjekten stehen doch die Braunschweiger Bauhütten in geschäftlicher Verbindung. Gleich und Gleich scheint sich da zusammenzufinden zu haben. Der Ehrenmann Neumann schickte den Brief zurück und schrieb quer darüber:

Auf solche Briefe antworte ich nicht! Sie haben mehr bekommen, als Ihnen gehört hat und höheren Lohn und Prämie habe Ihnen nachträglich erteilt, ich lasse an mir keine PreSSIONen ausüben; wenn's Ihnen Vergnügen macht, können Sie mich verlangen! Für Feiertage wird nicht gezahlt!!! Auf der Reise waren Sie mit der Abrechnung und dem Betrage zufrieden. Ich nehme von Ihnen keine Briefe mehr an, wenn Sie nicht anständig schreiben!

Die betrüglichen Streikbrecher haben zu spät die Verlogenheit der Bauarbeitergehilfen und deren Beauftragte erkannt. Sie haben ihre Leichtgläubigkeit einem Schwindler gegenüber nun zu büßen. Bekanntlich hat der Neumann den Arbeitern vorgelogen, die Schöninger Bauhandwerker wären nach — San Francisco gemacht. Ein Streik bestünde in Schöningen nicht. Unter diesen verlogenen Angaben, von denen die Schöninger Bauhandwerker sehr wahrscheinlich wissen, haben sich die Arbeiter verleiten lassen, nach hier zu kommen.

Ferner ist noch zu melden, daß der Unternehmer Meier jun. einen größeren Teil seiner Arbeiten dem Mauerpoller Maushake übertragen hat. Derselbe hat sich selbst ein Gewerbe genommen. Er gabst einen Stundenlohn von 42 %, 2/3 mehr, als gefordert wurden. Bei Maushake ist die Arbeit aufgenommen. Wir sind meugierig, was der Arbeitgeberverband sagt. Zugut ist nach wie vor streng fernzuhalten!

Die Kollegen in Clausthal hatten am 8. September den Unternehmern eine Forderung aufgestellt, nach der vom 17. September an der Lohn von 35 auf 38 % und am 1. April 1907 auf 40 % erhöht werden sollte. Die jetzt ungerückte Arbeitszeit sollte einseitig geordnet werden, und zwar so, daß Montags die Arbeitszeit 8 1/2 Uhr beginnt und Sonnabends 11 1/2 Uhr Mittags Arbeitszeit beginnt sollte. Im übrigen sollte von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr, also elf Stunden, gearbeitet werden. Für diese pro Woche geleisteten 58 Stunden sollten 2 Stunden mehr (also 60 Stunden) für den Weg vergütet werden. Bisher wurde außer Montags und Sonnabends von 5 1/2 bis Abends 5 Uhr, teilweise auch noch länger gearbeitet; auf diese Weise wurden pro Woche weit über 60 Stunden gearbeitet. Zum besseren Verständnis muß noch bemerkt werden, daß in Clausthal selbst keine Maurer wohnen. Sie kommen aus den unteren Gargorten, oft drei bis vier Stunden weit entfernt. Montags früh müssen sie die Berge hinauffahren, die ganze Woche in Clausthal bleiben und dann Sonnabends Mittags aufbrechen und zurück nach Müttern gehen. Deshalb auch die langausgedehnte Arbeitszeit. Die Unternehmern haben den Stundenlohn von 35 auf 37 % erhöht, sonst bleibt alles so wie bisher.

Katzenbach zu befehlen! Dort, wo Laufende und Vertausende alljährlich zur Stärkung ihrer Gesundheit weilen, arbeiten unsere Kollegen von Morgens 5 bis Abends 5 Uhr, um nur solch zu verdienen, daß sie sich und ihre Angehörigen ernähren können. Hier muß in den nächsten Jahren aufgeräumt werden! Die Sperrn über den Unternehmern Knoop in Eldingen besteht nach wie vor weiter.

**Gau Cöln.** In Cöln hat das vereinigte Bauunternehmertum seit Wochen und Monaten mit der Aussperrung sämtlicher im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter gedroht, weil die Dachbeder und Glaser streikten. Die Dachbeder- und Glasermeister haben wiederholt die Aussperrung gefordert, sie sind jedoch auf harten Widerstand bei einer Reihe von Unternehmern im Baugewerbe gestoßen, um so mehr, da hier auch die letzten Differenzen mit den Kanalbauern friedlich beigelegt wurden. Schließlich haben aber doch die Schmarfacher die Oberhand gewonnen, und am 13. September kam der Aussperrungsbeschluss zu stande. Danach soll Mittwoch, den 19. September, die Generalaussperrung aller im Baugewerbe beschäftigten, mit Ausnahme der arbeitwilligen unorganisierten und der wirklich organisierten Schreiner- und Glasermeister, erfolgen, wenn bis dahin die Streikteiligen im Dachbeder- und Glasergewerbe nicht beendet sind.

Von der Aussperrung sollen betroffen werden alle dem Verbande angeschlossenen Betriebe der Maurermeister, Kanal- und Tiefbauunternehmer, Kleinfahrer, Tischlermeister und Holzindustriellen, Dachbeder und Baulempfänger, Verputzer und Wandbeder, die Steinmetzen und Warmorgelgeschäfte sowie die Baumaterialienhandlungen. Von der Aussperrung ausgeschlossen sind die Schlosser-, Zimmergehilfen, Anstreicher, Einbauer und Installateurgeschäfte sowie die Bauunternehmer in Wilhelm am Rhein, Ralk und Wehrbach, weil sie sich gegenüber den außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Konkurrenzgeschäften in der Widerbeziehung befinden und nach den Aussagen des Verbandes nicht zur Arbeitseinstellung gezwungen werden können. Bei der Aus-



Sperrung sollen die unorganisierten Arbeitswilligen, um sie nicht den Gewerkschaften in die Arme zu treiben, unberücksichtigt bleiben. Eine Abänderung dieses Beschlusses soll aber, sobald sich Unzulänglichkeiten ergeben, die Möglichkeit vorbehalten bleiben. Eine Ausnahme hat man ferner mit dem im Schreiner- und erbe-beschäftigten „christlich organisierten Arbeitern“ gemacht, die man weiter arbeiten lassen will, weil sie im vorigen Herbst durch ihre „Standhalten in der Arbeit“ beim Streik der gewerkschaftlich organisierten Tischler den Meistern zum Siege verholfen haben. — An die Zimmerer hat man sich nicht herangewandt, weil die Zimmermeister eine selbständige Organisation haben, die nicht dem Arbeitgeberverband angehört. Zwischen den Zimmerern und den Zimmermeistern besteht ein Vertragsverhältnis.

Der Aussperrungsbeschluss ist mit 216 gegen 91 Stimmen gefasst worden. Um sich jedoch der Öffentlichkeit gegenüber einen Anschein von Friedensliebe zu geben, wurde eine Kommission eingesetzt, die in gemeinschaftlicher Sitzung mit den Führern der beteiligten Arbeiterorganisationen eine Einigung herbeizuführen suchen soll.

Eine solche Sitzung hat nun schon Sonnabend, den 15. d. M., stattgefunden. Den Unternehmern scheint doch der Ausführung ihres Aussperrungsbeschlusses zu grauen; denn die Dachbedeckungs- und Glasermeister haben den Arbeitern Zugeständnisse gemacht, die, wenn sie früher gemacht worden wären, den Streik wohl längst aus der Welt geschafft hätten. Das Angebot der Dachbedeckungsmeister lautet: Vom 1. Februar 1907 neuer Vertrag mit neunstündiger Arbeitszeit und sofortiger Lohnsteigerung von 3 % pro Stunde, vom 1. Mai weitere 2 % und vom 1. Mai 1908 wiederum 2 %. Für Glaser: Lohnzuschlag von 25 % pro Tag in allen Lohnklassen und partieller Arbeitsnachweis. Den neunstündigen Tag haben die Glaser schon. — Montag, den 17. d. M., dürfte es sich entscheiden, ob dies Angebot angenommen wird und damit die Aussperrung unterbleibt. Immerhin ist es aber notwendig, daß die Kollegen die Vorgänge in Ebnitz scharf im Auge und im Gedächtnis behalten.

**Gau Frankfurt a. M.** Der Streik in Dillenburg ist nach jedweden Möglichkeiten abgebrochen worden, weil in diesem Jahre kein annehmbarer Erfolg mehr zu erzielen ist. Fast das ganze Baugewerbe des Ortes war stillgelegt, nur die Unternehmer selber „kauterisierten“ mit einigen arbeitswilligen „Qualitäts“-Maurern die allerwichtigsten Arbeiten fertig. Es wäre auch möglich gewesen, noch weiter den Zugang fernzuhalten, aber damit war ein Erfolg nicht mehr in diesem Jahre zu erzielen. Das Baujahr geht zur Neige, man hätte also eventuell durchbrechen müssen. Mit solchen Kämpfen sind aber bisher nur schlechte Erfahrungen gemacht worden. Auch in Dillenburg wäre kaum ein anderes Resultat herausgekommen. Die Entscheidung haben nach wie vor die Dillener Kollegen in der Hand. Sorgen sie für eine gute Organisation und auch für den nötigen Kampfesmut, dann dürfen sich die Unternehmer wohl überlegen, zum zweiten Male einen solchen Konflikt herauszufechten.

In Frankfurt a. M. sind zum zweiten Male Differenzen mit der Kaminbauernfirma Hof ausgebrochen, die auch diesmal zum Streik und zwar anscheinend zu einem solchen von längerer Dauer führten. Das erste Mal wurde der Konflikt nach dreitägigem Streik erledigt. Es wurde ein Vertrag mit drei Vertretern der Firma Hof bis zum 3. September d. J. vereinbart. Herr Hof war bei den jetzigen Verhandlungen nicht anwesend, da er sich bis zum 3. September auf Reisen befand. Wir unterreichten waren so anständig, uns damals auf ein Provisorium einzulassen, Hof dachte natürlich anders. Anstatt, nachdem er von der Reise zurückgekehrt war, sich mit unserer Organisation ins Geringste zu sehen und sich mit uns zu einigen, versuchte er vielmehr, uns gänzlich auszuscheiden. Hof meinte ganz naiv: „Ich habe mich ja noch immer mit meinen Leuten geeinigt!“ Dieser Idealismus sollte wohl unter allen Umständen erhalten bleiben. Nachdem dieses Mandat Hof durchschaut war, gaben wir im Einverständnis mit den in Frankfurt am Main beschäftigten Hofischen Kollegen die Parole aus, in allen Orten, wo Hof Arbeiter ausführt, die Arbeit einzustellen. In Betracht kommen dabei die folgenden Orte: Gau Frankfurt a. M., Dillenburg, Frankfurt a. M., Griesheim a. M., Groß-Aubheim, Nied a. M. und Dillheim b. Dill a. M.; Gau Dillenburg: Eissen a. d. R. und Drafel b. Dillmünd; Gau Mannheim: Kaiserslautern und Wurbach (Saargebiet). Ferner sollen in der nächsten Zeit von der Firma in Eichen, Goblitz und Nüßelsheim, alle im Frankfurter Gau Arbeitenden begreifen werden. Bei dieser Verzerrung und Ausdehnung des Streikgebietes ist es außerordentlich schwer, jederzeit eine gute Ueberblick über die Streiklage zu haben. Eine entsprechende Untersuchung und tatkräftiges Eingreifen der Kollegen und besonders der Zweigvereinsvorstände ist in den einzelnen Orten notwendig.

Sieht Hof, daß überall entzündet geklopft wird, dann dürfte er bald einsinken, daß er den kürzeren zieht. Beim Abschluß des Provisoriums sind allerdings in manchen Punkten recht radikale Änderungen der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgenommen worden, sie waren aber dringender notwendig. Beim Ausbruch des zweiten Konflikts flüchtete Hof in die rettenden Arme des „Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes“.

Der Mitteldeutsche leitete Unterhandlungen ein, die leider nach zwei längeren Sitzungen nicht zur Einigung führten. Hof meinte, auf die festgesetzten Löhne nicht eingehen zu können, da die Konkurrenz die Preise herabdrücke. Wir sind der gegenteiligen Meinung, daß Hof mit seinen bisherigen schlechten Löhnen einer der Hauptpreisdrücker war.

Die Weiburger Unternehmer sind nach 12 Wochen zu Unterhandlungen bereit. Diese finden am Dienstag, den 18. September, in Frankfurt a. M. durch den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband statt. — Öffentlich werden die Unterhandlungen zu einer Einigung führen.

Die Kollegen in Göppingen und Dornau haben nach 16 langen Wochen gestreikt. Es wäre den Unternehmern wohl möglich gewesen, in diesem Jahre die Sache zu hinterziehen, aber sie mußten, daß im nächsten Jahre die Gesellen mit ihren Forderungen wiedergekommen wären, und so haben sie es vorgezogen, sich noch jetzt mit der Organisation zu einigen. — Gewiß der vernünftigste Standpunkt!

**Gau Mannheim.** In Colmar haben wiederholt Verhandlungen stattgefunden, ohne daß es möglich war, eine Einigung zu erzielen. Die Unternehmer sind zu einem christlichen Frieden nicht bereit. Nun scheint aber endlich die Geduld der

häftischen und Staatsbehörden zu Ende zu sein. Der Bürgermeister erließ folgende Bekanntmachung:

#### Stadtkolmar.

Zur Fertigstellung der Erd-, Maurer- und Dachbedeckungen beim Neubau der Größtenbreitschule in Regiebetrieb werden vom Montag, den 17. d. M., Vormittags 6 Uhr ab, auf der Baustelle Arbeiter bis zur Deckung des Bedarfs durch die Bauleitung eingestellt.

Es wird befohlen:

für einen Maurer 48 % pro Stunde,  
für einen Handlanger 38 % pro Stunde.

#### Arbeitsordnung.

1. Arbeitszeit: Bis 30. September 10 Stunden: 6 bis 8 Uhr, 8½ bis 12 Uhr, 1½ bis 6 Uhr; vom 1. Oktober bis 31. Oktober 9 Stunden: 7 bis 8 Uhr, 8½ bis 12 Uhr, 1½ bis 6 Uhr; vom 1. November an 8 Stunden: 8 bis 12 Uhr, 1 bis 5 Uhr.

2. Abmündung: Das Arbeitsverhältnis kann beiderseits am Abend jedes Arbeitstages ohne Kündigung gelöst werden.

3. Lohnzahlung: Die Lohnzahlung erfolgt alle 14 Tage Samstags vor Feierabend auf der Baustelle.

Bei Einstellung der Arbeit oder Entlassung am Vortage des folgenden Tages auf der Stadtkasse.

Colmar, den 14. September 1906.

#### Der Bürgermeister. J. B. Lang.

Selbstverständlich erfolgt die Fertigstellung auf Kosten des Unternehmers. Auch die Eisenbahnverwaltung hat die Fertigstellung des Bahnhofs dem bisherigen Unternehmer abgenommen und dem Maurerpoller Baroff übertragen. Letzterer hat unsere Forderungen anerkannt. Dadurch wird es möglich sein, alle Streikenden in Arbeit zu bringen. Da bereits 16 Unternehmer die Forderungen anerkannt haben und nur noch fünf Unternehmer übrig bleiben, so ist die Halbschlagfreiheit der letzteren schwer zu verstehen. Es scheint, als ob hinter den Fünfen die Scharmacher des Straßburger Arbeitgeberverbandes stecken. Es ist wohl begreiflich, weshalb die Straßburger Herren es nicht gerne sehen, wenn in Colmar der Lohn erhöht wird, es tut aber auch den Straßburger Herren nicht weh, wenn sich die Colmarer Unternehmer allmählich verbluten. Für den Bankrott der Colmarer tragen aber die Straßburger die Verantwortung. Die Sieger werden die Colmarer Maurer sein.

In Hephenheim ist der Streik erfolgreich beendet. Die zehnstündige Arbeitszeit ist erreicht und für 1906 44 % und für 1907 45 % Lohn. Mit den Erfolgen in Bensheim und Hephenheim ist endlich auch an der Bergstraße Beschiebung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Öffentlich ziehen die Kollegen der übrigen Orte eine Lehre daraus.

Nun finden hat unter hartem Zug zu leiden. Die Streikbrecher rekrutieren sich hauptsächlich aus der Oberflächener und Kreuznacher Gegend. Es wird Aufgabe des Frankfurter Gewerkschafts sein müssen, auch dort endlich das nötige Licht zu verbreiten.

Die Sperre über die Chemische Fabrik Guinlin in Mundenheim ist aufgehoben worden. Zu einem Tarifabschluß haben wir die Fabrikleitung nicht bringen können, doch muß sie den üblichen Lohn von 52 % zahlen. Hierbei sei der Helfer der Fabrikleitung noch einmal „rühmend“ gedacht. Die Namen dieser Helfer werden den Kollegen von Mannheim-Ludwigshafen immer im Gedächtnis bleiben. Sie haben den traurigen Ruhm, einem der rückständigsten Scharmacher in seinem Kampfe gegen die Arbeiterklasse beigegeben zu haben.

Die Sperre gegen den Unternehmer Scherf in Hephenheim bleibt bestehen und muß mit aller Energie weitergeführt werden. Jeder Kollege hüte sich vor Annahme der Arbeit bei Scherf.

Der Streik in Haphloch besteht ebenfalls weiter.

**Gau Nürnberg.** In Bayreuth ist in der letzten Woche keine Veränderung in dem Stande des Streiks eingetreten. In beiden Lagern wird der Kampf in der bisherigen Schärfe weitergeführt.

In Bad-Kissingen haben die Unternehmer den Vermittlungsvorschlag (S. Nr. 37 des „Grundstein“), den wir machten, um die Differenzen auf gütlichem Wege beizulegen, von sich gewiesen; es bleibt daher abzuwarten, wie sich die Dinge in den nächsten Wochen dort gestalten werden. Wir möchten aber alle Kollegen ermahnen, dafür Sorge zu tragen, daß der Zug nach Kissingen bis zur Erlebung der Lohnbewegung ferngehalten wird.

Im Arnberg-Fürther Aussperrungsgebiet ist in der letzten Woche ebenfalls keine Veränderung in dem Stande der Bewegung eingetreten. Die Polizei macht von dem Verbot des Streikpostens den ausgiebigsten Gebrauch. Viele unserer Kollegen werden als Straßenpassanten von den „Schulzeuten“ aufgegriffen und zur Wache geschleppt. Und dann folgen Strafmandate und Gerichtsverhandlungen. Ueber einige recht drastische Fälle berichten wir an anderer Stelle. Trotz alledem scheinen aber die „Arbeitgeber“ immer noch nach mehr Schutz ihrer „Arbeitswilligen“. Ihren Beschluß, vor dem 1. April 1907 keinen der Ausgesperrten mehr einzustellen, haben die Unternehmer ausgeführt, was in ihrer Presse des langen und breiten bekannt gemacht wurde. Gleich darauf wandten sich Unternehmer brieflich an die Ausgesperrten, die Arbeit jetzt aufzunehmen, aber keiner von den Kollegen ging auf diese Rekruten.

**Gau Leipzig.** Dienstag, den 11. September tagte in Borna eine öffentliche Arbeiterversammlung, die sich erneut mit der im Frühjahr eingeleiteten Lohnbewegung befaßte. Nach längerer Debatte wurde folgender von einigen Kollegen gestellter Antrag einstimmig angenommen: „1. Die heutige Arbeiterversammlung erklärt die diesjährige Lohnbewegung für beendet, da ein Stundenlohn von 40 % erzielt ist. Die Kollegen sind verpflichtet, die Arbeit sofort dort einzustellen, wo der Lohn wieder rebusiert oder nicht gezahlt wird. 2. Die organisierten Maurer verpflichten sich, so lange jede Sonntags- und Ueberstundenarbeit zu verweigern, bis die Unternehmer mit der Lohnkommission ein annehmbares Uebereinkommen getroffen haben. 3. Die Versammlung beauftragt den Vertrauensmann, mit dem Verbandsvorstand eine neue Lohnbewegung für nächstes Frühjahr vorzubereiten, da die diesjährige Forderung nicht erfüllt ist.“ Es wurde beschlossen, auf Grund der Lohnsteigerung die stunden-gemäßen Beitragsmarken von 40 % einzuführen; sie sollen von der 31. Beitragswoche ab zur Verbenbung kommen. Restanten, die am 22. Oktober die 80. Beitragswoche noch nicht bezahlt haben, sollen für alle früheren Wochen die 40 % Marke lösen; mit dem 22. Oktober verschwinden also die

85 % Marken ganz. Unter „Gewerkschaftliches“ kam die Frage über Anschlag an das am Orte errichtete Gewerkschaftsamt zur Sprache. Ein Beschluß über den Anschlag ans Amt soll in der nächsten Versammlung herbeigeführt werden. Trotzdem die Versammlung die Lohnbewegung beendet hatte, mußte Mittwochs in eine mehrstägige Sperre am Bauhof eingetreten werden, von der 18 Hefige Kollegen betroffen wurden. Trotzdem das durch Versammlungsbeschluss hier die Affordarbeit ganz befristet ist, hatten sieben Chemiker Kollegen, teils Verbandsmitglieder, mit dem Baumeister Naumann einen Affordvertrag geschlossen, durch den sie sich verpflichteten, noch 20—30 Mann zur Affordarbeit mitzubringen (der Unternehmer wäre nicht auf den Affordvertrag eingegangen, wenn die Herren nicht jodeln Leute bringen wollten). Um die Chemiker Kollegen sowie die Unternehmer von ihrem schädlichen Treiben abzubringen, machte sich die Arbeitersektion nötig. Satten sich die Chemiker Kollegen erst an unseren Vertrauensmann gewandt, wäre jedenfalls gar kein Affordvertrag zu Stande gekommen. Da die Chemiker Kollegen die Arbeit im Stundenlohn ablehnten, sind sie wieder von Borna abgereist, um die nichtwürdige Affordarbeit anderswo aufzunehmen und den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes an einem anderen Plage illusorisch zu machen. Öffentlich spricht der nächste Verbandsrat ein ernstes Wort mit betragten Verbandsmitgliedern. Da der Unternehmer das Verprechen abgab, Arbeiten im Afford nicht wieder zu vergeben, wurde die Sperre aufgehoben und die Arbeit Sonnabend wieder aufgenommen. Da Arbeitslosigkeit hier genügend vorhanden ist, machen wir arbeitslose Verbandskollegen aus Borna ganz besonders aufmerksam; der Stundenlohn beträgt 40 %.

**Gau Berlin.** In Wittenberge haben sich die Verhandlungen, die beinahe zu der Vereinbarung eines schlechten vierjährigen Vertrages geführt hätten, zerklüftet, weil die Unternehmer auch die kleine Lohnzulage, der ihre Kommission zugestimmt hatte, nicht bewilligen wollten. Eine Verhinderung scheint nunmehr ganz ausgeschlossen zu sein. Die noch auswärts arbeitenden Wittenberger Kollegen sollten ihre Rückreise möglichst lange hinausschieben, denn in der Heimat können sie zur Zeit kaum auf Beschäftigung rechnen.

**Gau Breslau.** Die Breslauer Fassadenputzer haben am 14. September beschlossen, die Arbeit am Montag dieser Woche einzustellen. Sie fordern die tarifliche Festsetzung des Stundenlohnes auf 75 % für dieses Jahr und 80 % für das nächste Jahr.

Im Juni des vorigen Jahres gingen die Breslauer Fliesenleger daran, sich eine Organisation zur Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen zu schaffen. Es bildete sich die Section der Fliesenleger und gleichzeitig auch der unermüdeten Ortsverein der Berliner Richtung. Daß es zu dieser Zersplitterung der Kräfte kam, lag daran, daß einigen früheren Verbandsmitgliedern die Nachzahlung der Verbandsbeiträge nicht gestattete wurde. Wäre sie ihnen gestattet worden, so wären diese Fliesenleger heute unsere Organisationskollegen; so sind sie den Lokalführern ausgetrieben. Als wir dann in diesem Jahre Schritte unternahmen wollten, um unsere Arbeitsbedingungen zu verbessern, waren wir gezwungen, mit den Lokalführern gemeinsam vorzugehen. Es wurde ein Lohnantrag ausgearbeitet, der neben der Erhöhung der Arbeitslohn eine Erhöhung des Stundenlohnes von 53 auf 65 % vorsah. Am 21. Juli wurde er den Unternehmern zur Aushandlung eingereicht. Nach einigen Tagen antworteten sie, daß sie der Erhöhung der Arbeitslohn zustimmten und den Stundenlohn auf 57 resp. 60 % erhöhen wollten. Dies Angebot ward jedoch von der gemeinsamen Versammlung einstimmig abgelehnt. Darauf schienen es, als sei ein Streit unvermeidlich. Doch die Unternehmer besannen sich noch zur rechten Zeit und willigten in eine Aussprache ein. Die Verhandlungen fanden am 9. August statt. Nach dreieinhalbständigen Festhalten hatten wir die Anerkennung unseres Tarifs durchgesetzt. Nur ganz unwesentliche Abweichungen mußten wir aufgeben. Mit diesem Abkommen erklärte sich die gemeinsame Versammlung einverstanden. Bei der Unterzeichnung des Tarifs machte nur der Unternehmer Weyß Schwierigkeiten. Nachdem jedoch die Kollegen Ernst mit der Arbeitseinstellung machten, stieg auch bei ihm die Vernunft. Die Kollegen haben durch diese glückliche Lohnbewegung gesehen, was durch festen Zusammenhalt erzielt werden kann.

#### Ausland.

**Schweiz.** In Zürich, Neuchâtel und Kreuzlingen ist die Situation un verändert. Der Streik in Kaufmann ist beendet und ein Vertrag ist das Resultat eines vierteljährigen Kampfes. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Vertrag vom Verbandsvorstand noch nicht unterzeichnet ist und jedenfalls auch nicht wird.

In den vorhergehenden Berichten konnte stets, und mit Recht, auf den guten Stand des Streiks verwiesen werden, und nun, wo die Unternehmer müde waren, wo die Zementarbeiter die Arbeit einstellen und der Druck noch größer wurde, da holt man sich eine Niederlage; denn als eine Niederlage ist der Abschluß des Streits durch einen solchen Vertrag zu bezeichnen. Die Unternehmer haben den Vertrag vorgelegt und noch an demselben Tage wurde er von den Streikenden angenommen, ohne Abänderungsanträge, ohne Beharren auf der Grundforderung, der neunstündigen Arbeitszeit, ohne Widerspruch gegen die im Vertrag festgesetzte Konventionalstrafe. Wenn von der Streikleitung gesagt wird, die Kollegen waren freimüthig, sie wollten arbeiten auf jeden Fall, so sollte man den Streik betragen, ohne irgend welchen Gewinn, und im Frühjahr den Kampf von neuem beginnen, bis die Unternehmer kapitulierten. Der Sieg war aber auch dieses Jahr gewiß, wenn man nicht ohne weiteres auf den Reim gegangen wäre. Seitens der Streikleitung wird eingeworfen, der festgesetzte Minimallohn sei eine Lohnherabsetzung von 7 Centimes; auch das ist nicht stichhaltig, denn steht die lange Dauer des Vertrages (bis 1910) entgegen; denn bis 1910 ist diese Lohnherabsetzung wieder weit gemacht durch Verteuerung der Lebensmittel usw. Jedemfalls muß zugegeben werden, daß ein solcher Vertrag auch ohne Streik zu Stande gekommen wäre. Nun kommt etwas zur Gunstlage der Kaufmann: die mangelhafte Streikunterstützung sei schuld, daß man freimüthig geworden sei. Dem muß entgegengestellt werden, daß gerade die Vertreter der welschen Schweiz, in erster



Siehe die Kaufmann, es waren, die gegen die Erhöhung der Beiträge auf dem Kongress in Oden Himmten; wenn der Bericht über die Kosten des Streiks erscheinen wird, wird man finden, daß die ganze Jahresernte der alten Organisation kaum so groß war, und auch die Gegner der Beitragszahlung werden hierdurch zur Unsicherheit kommen müssen, daß der Hunger der Streikenden nicht durch Sympathieunterstützungen und solche Worte gestillt werden kann, sondern daß dazu Geld gehört.

Für die übrigen Sektionen mag der „Vertrag“ von Kaufmann als warnendes Beispiel gelten; solche Verträge schließt man nicht ab, dann lieber ohne Vertrag arbeiten. Der Verbandsvorstand aber wird nie dazu zu haben sein, Gelder als Kautions-gegen Vertragsbruch zu hinterlegen, und wenn die Kaufmann diesen Passus nicht streichen wollen, so müssen sie es aus der Lokalkasse zahlen. Im übrigen ist es notwendig, daß vor jedem Vertragsabschluß die Meinung des Verbandsvorstandes eingeholt wird; denn nicht immer ist ein abgeschlossener Vertrag ein Sieg.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Das in der vorigen Nummer des „Grundstein“ angekündigte Flugblatt zur Agitation für einen Massenbesuch der im Oktober stattfindenden Agitationsversammlungen, gelangt in der nächsten Woche zur Veröffentlichung.

Die Zustellung erfolgt zusammen mit dem „Grundstein“. Falls die übersandten Exemplare nicht ausreichen, stehen weitere Exemplare zur Verfügung. Das Flugblatt soll den Mitgliedern einige Tage vor der Versammlung zugestellt werden; die Zustellung erfolgt am besten durch die Kolportage des „Grundstein“.

Der Verbandskatalog ist in seiner ersten Auflage (30 000 Exemplare) übergeben. Um die Höhe der zweiten Auflage bestimmen zu können, ist es notwendig, daß uns der noch vorhandene Bedarf mitgeteilt wird. Eine ganze Anzahl Zweigvereine hat überhaupt noch keine Bestellungen gemacht und dürfen wir wohl erwarten, daß diese das Versäumte recht bald nachholen.

Die Broschüre, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit, ist bis jetzt in 110 000 Exemplaren hergestellt. Die gesamte Auflage ist auch erfreulicherweise bereits vergriffen, so daß eine vierte Auflage hergestellt werden muß. Wir erwarten weitere Bestellungen, besonders von solchen Zweigvereinen, die bis jetzt Bestellungen noch nicht gemacht haben.

Das Buch „Arbeit und Kultur“ ist noch vorrätig. Die Anschaffung des sehr interessanten und lehrreichen Buches kann den Mitgliedern nicht dringend genug empfohlen werden.

**Leibverträge.** Eine ganze Anzahl Zweigvereine hat uns ihren in diesem Jahre abgeschlossenen Leibvertrag noch nicht zugesandt. Wir erwarten nunmehr die Zustellung; und zwar in fünf Exemplaren, wenn der Tarif gedruckt ist und in zwei Exemplaren bei handschriftlicher Ausfertigung.

**Sterbegebe** darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgehändigt werden. Will der diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszugehen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 9. bis 15. September für folgende Mitglieder erteilt: Gustav Friedrich-Biegitz, Verb.-Nr. 88 370; Fritz Ritter-Galle, 25 287; Hugo Krüger-Berlin, 1885; Wilh. Richter-Berlin, 492; Aug. Schach-Braunshweig, 12 707; Adolph Becker-Kaiserlautern, 267 211; Aug. Bogler-Jericho, 144 057; Georg Wiedrich-Cassel (Frau), 58 421; Adolf Winkler-Karlruhe, 157 555; Paul Sparr-Wilshausen i. Th. (Frau), 194 249; Joh. Kowalewski-Batow, 14 901; Joh. Gombert-Dortmund, 118 373; Hermann Kintemann-Göttingen (Frau), 189 059; Aug. Weller-Dresden, 18 808; Gottlieb Specht-Budapest, 181 759; Wilh. Fiedler-Pestheritz, 98 649; Max Köppler-Glauchau, 159 259; Gustav Bauerfeind-Blauen, 183 855; Wilh. Gabriel-Rosdam (Frau), 102 212; Wilh. Gerde-Rosdam, 94 991; Hugo Gadschke-Spanbau (Frau), 101 721; Reinhold Römer-Dreslau, 16 947; Wilhelm Puschmann-St. Schönebeck, 80 486.

**Geldsendungen** für die Hauptkassa sind nur an den Kassierer J. R. R. R., Hamburg 1, Wesenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 11. bis 17. September sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.
- Düsseldorf 1600; Pforzheim 1200; Dortmund 1000; Werder a. b. 400; Emden 300; Joffen 300; Ederfeld 200; Jöhse 200; Hambau 180; Othberg 141,12; Siepe a. b. 180; Reichensall 120; Albershof 100; Anken 100; Gistrow 100; Barth i. Pommern 70; Grimmen 60; Unterweibach 50; Witten i. Th. (von hiesiger Streikunterstützung zurückgeleitet) 4,95; Freiburg i. Br. 1800; Mülheim-Deerhausen 800; Heidelberg 600; Weg 900; Mittenberg (Besitz Halle) 300; Baiken 252; Cronau 200; Strausberg 150; Bergedorf 126,78; Großh. 100; Köhler a. G. 40; Wietzen (von hiesiger Streikunterstützung zurückgeleitet) 18,45; Barmen-Eberfeld 953,85; Barmen-Eberfeld (von hiesiger Streikunterstützung zurückgeleitet) 721,15; Gera 800; Wittweiba 800; Karlsruhe 800; Wiesbaden 600; Siegen 800; Erfurt und

Umgegend 300; Hellingen 100; Altenberg bei Heidenheim 85,20; Galesfeld 75,20; Großhungen 61,86; Albstadt 40; Göttingen (von hiesiger Streikunterstützung zurückgeleitet) 36,30; Gelle 550; St. Johann 500; Rastenburg 200; Angersleben 180; Schwarzenfeld 92,24; Göttingen 90; Neumünster 848,20; Adelsheim 200; Lönning 100; Weichenbach i. B. 5,10; Darmstadt und Umgegend 3000; Hagen i. B. 800; Weichenbach i. B. 800; Garmisch 600; Eisenach u. Umgegend 400; Rastowitz 400; Mülheim i. St. Jacob 300; Bunsau 205; Schmoll 200; Oberlungwitz 190; Neubrandenburg 100; Neuhardenberg 50; Waren 30,16; Lachendorf bei Celle (von hiesiger Streikunterstützung zurückgeleitet) — 15.

### b) Für „Arbeit und Kultur“.

Unterweibach M. 1,50.

### c) Für Futurale.

Altenberg M. 2, Großhungen 2.

### d) Ein Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Unterweibach M. 5, Hagenow 2,50, Barmen-Eberfeld 25.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Wahlprotokoll eingeleitet haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Gust. Heuser-Berlin (Verb.-Nr. 79 457), Herrn. Telge-Gelle (868 512), Heinrich Breiling-Baunburg (82 856), Wilhelm Thiele-Erner (176 281), Fritz v. d. Wiggelaar-Duisburg (274 601), Gust. Adolph-Witten (219 969), Albert Franke-Witten (87 219), Albert Hütten-Opeln (411 842), Wilh. Müller-Reg (109 428), Peter Oton-Rastowitz (128 732), Nob. Bismuth-Wittenwalde (270 667), Wilh. Gadenwog-Ilm (224 899), Anton Süßinger-Erla (218 379), Emil Weidenbach-Wilshausen i. Th. (87 846), Peter Gotschke-Hagen (287 343), Magasin Florentine-Hagen (368 800), Hub. Kopp-Deinold (288 555), L. Ruff-Duisburg (289 537), Bruno Thiele-Blauen (94 417), Karl Goret-Stuttgart (390 868), Anton Kormann-Borsdorf (395 508), Heinrich Müller-Borsdorf (319 855), Konrad Wepler-Eisen (338 612), Martin Wers-Gor a. b. G. (270 278), Otto Horn-Bremerhaven (333 411), Heinrich Thomas-Berlin (10 715), Otto Gedding-Berlin (100 852), Otto Franke-Berlin (38 144), Th. Gellert-Berlin (184 859), Lorenz Ruffer-Baunburg (320 667), Adolf Thumeyer-Halle (24 740), Otto Gollmer-Borsdorf (168 353), Joh. Goller-Bremerhaven (338 442), Rudw. Kreyer-Borsdorf (210 602), Rudw. Kuschke-Hagen (77 674), Emil Fabian-Rastowitz (Gleitw.) (345 842).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 b des Statuts vom Zweigverein Freyhan: Wilhelm Spigale (Verb.-Nr. 301 222), Paul Hühse (330 683), Georg Jüngling (301 222), Palewall: Anton Radow (38 442); Wiegshausen: Heinrich Gehr, Gipper (378 806); Berlin (Häger): Hermann Kempin (94 477).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Ausgefordert**, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Freyhan: Heinrich Winder, geb. am 7. September 1864 zu Gemblitz (Verb.-Nr. 68 507).

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

**Veröffentlichung.** In Nr. 37 des „Grundstein“ muß es in der Rubrik „Ausgefordert“ unter Hannover N a c e b r a n d i statt N e s t e r b r a n d i heißen.

### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

#### Gau Stettin.

Der Gauvorstand hat für die durch örtliche Verhältnisse nicht in die Agitationskassen im Gau einbezogenen Vereine Veranlassungen angelegt. Die Tagesordnung und die Form der Veranlassungen ist die gleiche, wie in der Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 37 angegeben ist. Änderungen können nicht stattfinden. Den örtlichen Verhältnissen ist Rechnung zu tragen. Es steht nun bei den Vereinen, für volle Veranlassungen zu sorgen. Anfragen sind nur an den Gauvorstand zu richten.

#### Referent: Wilh. Schauer, Stettin.

Garg a. d. O. .... Sonntag, 23. Sept., Nachm. 3 Uhr  
Grimmen ..... Sonntag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr  
Barth a. d. O. .... Sonntag, 30. Sept., Nachm. 3 Uhr  
Friedeb. .... Sonntag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr  
Nichtenberg ..... Sonntag, 28. Okt., Nachm. 3 Uhr

#### Referent: Carl Kleisch, Stettin.

Neutvedell ..... Sonntag, 30. Sept., Vorm. 9 Uhr  
Mienken ..... Sonntag, 30. Sept., Nachm. 2 Uhr  
Cammin ..... Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Laves ..... Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Trepow a. d. E. .... Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Woldegk ..... Sonntag, 27. Okt., Abds. 8 Uhr  
Stargard i. M. .... Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr

#### Referent: Otto Gübner, Stettin.

Bausin ..... Sonntag, 30. Sept., Nachm. 3 Uhr  
Gidhof ..... Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Heinrichshalde ..... Sonntag, 7. Oktober, Abds. 6 Uhr  
Rothemühl ..... in Heinrichshalde  
Farnen ..... Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Bühli ..... Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Schlawe ..... Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr

#### Referent: Ernst Schlüter, Stettin.

Wolbenberg ..... Sonntag, 29. Sept., Abds. 8 Uhr  
Rennsee ..... Sonntag, 30. Sept., Nachm. 3 Uhr  
Bekitz ..... Sonntag, 7. Oktober, Vorm. 9 Uhr  
Brissow ..... in Bekitz  
Boof ..... Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Weiersberg ..... Sonntag, 14. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Albs ..... in Weiersberg  
Wangerin ..... Sonntag, 20. Okt., Abds. 8 Uhr  
Blumenstein ..... Sonntag, 21. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Plathe ..... Sonntag, 28. Oktober, Nachm. 3 Uhr

#### Referent: Max Scharping, Stettin.

Bahn ..... Sonntag, 30. Sept., Nachm. 3 Uhr  
Alt-Damm ..... Sonntag, 7. Oktober, Nachm. 3 Uhr  
Teferitz ..... in Teferitz  
Gistow ..... Sonntag, 14. Okt., Nachm. 3 Uhr  
Hammer b. Wils ..... Sonntag, 21. Okt., Nachm. 3 Uhr  
Groß-Biegenort ..... in Hammer  
Loth ..... Sonntag, 28. Okt., Nachm. 3 Uhr

#### Referent: Richard Petersdorf, Stettin.

Eggeln ..... Sonntag, 14. Okt., Vorm. 9 Uhr  
Torgelow ..... Sonntag, 28. Sept., Nachm. 3 Uhr  
Neckermünde ..... in Neckermünde  
Lassan ..... Sonntag, 28. Okt., Nachm. 3 Uhr

Vor jeder Versammlung muß eine Vorstandssitzung sein, in der die inneren Angelegenheiten durchgearbeitet werden.

#### Der Gauvorstand.

S. A. Wilh. Schauer, Stettin, König Albrechtstr. 28, 1. Et.  
**Gau Frankfurt a. M.**  
Meine Adresse ist in der Nummer 37 des „Grundstein“ (Agitationsveranlassungen) unrichtig angegeben. Es muß heißen: S. Hüttmann, Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10, 3. Et.

#### Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des „Grundstein“. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

#### Angetreue Kassierer.

Der Unterkassierer Peter Schneckerdt aus Heßheim wurde wegen Unterschlagung von M. 58,46 Verbandsgebelter zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Der frühere Hilfskassierer August Gümmer aus Bodelkow bei Münsdorf (Zweigverein Hannover) hatte den Vertrieb von Beitragsmarken in beiden Orten. Das Geld der verkauften Beitragsmarken hat er für sich verwendet. Gümmer hatte sich am 11. September vor der ersten Ferienkammer wegen Untreue zu verantworten. Die verurteilten Verbandsgebelter betrugen M. 96,60. Er erhielt hierfür zwei Wochen Gefängnis.

Aus dem Waldeckischen. Endlich ist es auch in unserem Fürstentum gelungen, für die Bezirke Arzosen und Corbach je einen Zweigverein unseres Verbandes zu gründen. Schwere Mühe hat es freilich gekostet, die Kollegen davon zu überzeugen, daß es nur durch den Anschluß an den Zentralverband der Maurer Deutschlands möglich ist, bessere Verhältnisse in unserem Gewerbe herbeizuführen. Mögen die jetzt nun dem Verbandsangehörigen Kollegen durch eifrige Agitation auch mit dazu beitragen, die uns noch fernstehenden recht bald unserer Organisation zuzuführen. Beitrittserklärungen werden jederzeit von den Kassierern entgegengenommen, und zwar für den Zweigverein Arzosen bei Wilhelm Friedrich in Kälte und für Corbach bei Julius Seiler in Corbach. Also auf zur Agitation im Fürstentum Waldeck!

**Witterfeld.** Am 4. September tagte unsere Mitgliederversammlung. Sie mußte sich noch einmal mit der Verleumdungssache des Kollegen Claus beschäftigen. Nachdem die Parteien gehört worden waren, berichtete zunächst Kollege Schröder über die Angelegenheit. Die Versammlung kam zu dem Beschluß, daß der Kollege Claus zu Unrecht verurteilt worden ist und daß die betreffenden Kollegen ihm die Verbandsbeiträge zurückzahlen. Die Versammlung wurde durch den Vortrag des Kollegen Claus, der sich nicht in unzulässigen Schwärzereien zu erschöpfen. Denn gerade jetzt gelte es, alle Kräfte anzuspannen, um für spätere Zeit gerüstet dazustehen.

**Danzig.** Eine nicht gut besuchte Mitgliederversammlung am 6. September beschäftigte sich im ersten Punkt der Tagesordnung mit der Affordarbeit und ihren Schäden. Kollege Grünhagen wies in seinen einleitenden Ausführungen auf die Ausbreitung der Affordarbeit am Orte und die damit verbundene Verschlechterung der Erwerbsverhältnisse im allgemeinen hin. Während man hier in Danzig bis vor einiger Zeit das Kolonnenwesen noch nicht kannte, beginnt es, sich jetzt allmählich einzubürgern. Da dieses System aber noch in den Anfängen begriffen sei, sei es notwendig, Maßnahmen zu treffen, die ein weiteres Umfassen der Affordarbeit verhindern. Der Redner geht dann noch näher auf die Ausführungen ein, die der Kollege Rappert in einer Berliner Vertrauensmännerversammlung über diese Frage gemacht hat. Ist aber der Meinung, daß die tarifliche Festlegung der Affordpreise eine Einführung der Affordarbeit überhaupt bedeuten würde. Von den Diszussionsrednern, den Kollegen Schaubert und Dulski, wurde dann noch ausgeführt, daß es nicht ratsam sei, diejenigen Kollegen, die gegen die vorgelegte Resolution verstoßen, auszuschließen, weil dadurch dem Bestreben, Sonderorganisationen zu gründen, dadurch gefördert würde. Man müsse, um der Resolution Nachdruck zu verschaffen, Verstöße dagegen in der schärfsten Weise kritisieren und die in Afford arbeitenden Kollegen zu überzeugen versuchen, daß durch ihre Handlungsmethode die Allgemeinheit der Kollegen geschädigt werde. Hierbei wurde sich gezeigt, ob die in Frage kommenden Kollegen den Namen organisierte Kollegen zu Recht tragen, was sie durch die Befolgung der Resolution



beweisen könnten. Nach weiteren Ausführungen einiger anderer Kollegen, die sich alle im zustimmenden Sinne teils zur Sache, teils zu Vorgehens in der Sache um die Affordarbeit äußerten, wurde folgende Resolution, die gedruckt und den Kollegen ins Buch eingeklebt werden soll, einstimmig angenommen: „Die am 6. September 1906 in dem Saale des Herrn Steppuhn tagende Mitglieder-Verammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zweigverein Danzig, erkläre in dem Zunehmen der Affordarbeit in jeder Form eine schwere Schädigung des Gewerbes im allgemeinen. Sie erkennt an, daß es notwendig ist, die Affordarbeit mehr als bisher zu bekämpfen. Als erste Aufgabe im Kampfe gegen die Affordarbeit erachtet die Versammlung es für ihre Pflicht, dahin zu wirken, daß das Kolonnen-system, das darin besteht, daß eine Anzahl Kollegen von Bau zu Bau geht, die Rußarbeiten insgesamt oder teilweise übernimmt und dadurch eine Anzahl Kollegen, die bisher am Bau beschäftigt waren, arbeitslos macht, beseitigt wird. Ferner macht die Versammlung den Kollegen zur Pflicht, soweit es irgend möglich ist, jede Affordarbeit zu vermeiden. Dort aber, wo sie infolge der Verhältnisse nicht zu umgehen ist, Preise zu fordern, die es dem Unternehmer praktischer erscheinen lassen, wenn die Arbeit in Lohn ausgeführt wird.“ Von dem zweiten Punkt der Tagesordnung: „Bericht der Kartell-Delegierten“, mußte in der Hauptfrage Abstand genommen werden, da der Delegierte nicht erschienen, der andere aber erkrankt war. Von Vorfällen wurde mitgeteilt, daß dem Gewerkschaftskartell 28 Gewerkschaften mit einer Mitgliederzahl von 3350 am Jahreschluss 1905 angeschlossen waren. Der Kassenbestand betrug am Jahreschluss 1905 M. 808, am Schluss des ersten Quartals 1906 dagegen M. 289,08. Vom Kollegen Dulski wurde Kritik an der Tätigkeit des Kartells in dem Sinne geübt, daß das Kartell die ihm zufallenden Aufgaben teils läßt, teils gar nicht erfüllt habe. Er wünschte von den neu gewählten Kartell-Delegierten, daß sie in dieser Beziehung Remedur schaffen. Kollege Schubert ging dann näher auf die Gewerkschaftswahl ein, die im Herbst dieses Jahres stattfindet. Obgleich wir durch die Errichtung des Schiedsgerichts der Beirathung von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen seien, müßten wir sie doch durch Unterstützung der Agitation in dem uns günstigen Sinne zu beeinflussen suchen. Nachdem seitens des Vorstandes noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht und einige andere Sachen von minderer Wichtigkeit besprochen waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

**Gelsenkirchen.** Seit nun halb drei Monaten besteht auch für das Plattenlegergewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein Tarifvertrag, und man kann sagen, die betreffenden Arbeiter im Bezirk Gelsenkirchen haben wohl nie nirgend wo anders den Segen dieses Vertrages so spüren bekommen. Schon bald nach Abschluss des Vertrages mußten sie die Wahrnehmung machen, daß einige hiesige Firmen sich weigerten, bei Ausführung von Affordarbeiten nach außerhalb der tarifmäßigen Zuschläge zu zahlen; auch werden teilweise die notwendigen Gerätschaften, wie Besen, Eimer, Nischlaten usw., nicht in genügender Weise geliefert, was gleichfalls der Vertrag vorschreibt. Wahrscheinlich sind die Unternehmer der Ansicht, der Vertrag sei nur dazu da, von den Arbeitern gehalten zu werden. Zum Glück sind ja aber Schlichtungskommissionen eingesetzt; auch in Gelsenkirchen ist es endlich nach langem Hin und Her zu einer solchen gekommen; aber wer da meint, sie funktionieren, der hat sich geirrt. Und das dies so ist, liegt nicht etwa an den Arbeitern, sondern nach unserer Ansicht an dem Herrn Vorsitzenden dieser Kommission, Bauli ist sein rechter Name. Trotz wiederholten, dringenden Ersuchens um Einberufung einer Sitzung scheint sich genannter Herr dazu nicht im geringsten bereit zu fühlen; was soll man sich auch mit solchen nebensächlichen Dingen beileben, denkt vielleicht Herr Bauli; handelt es sich doch nur um Beschwerden der Arbeiter; ja, wenn der Unternehmerprofit in Gefahr stünde, dann bezieht er sich schon eher der Mühe. Daß die beteiligten Plattenleger einer solchen Sammelaktion gegenüber im höchsten Maße ungeschult sind, wird ihnen niemand verdenken. Sogar kommt noch, daß seitens verschiedener Unternehmer durch Unannoncen in den Zeitungen der Ansicht erweckt wird, als ob die Arbeiter mit den hier vorhandenen Arbeitskräften gar nicht beauftragt werden könnten. Dies scheint lediglich zu dem Zwecke zu geschehen, möglichst viele Plattenleger von außerhalb herzuholen, um auf die Einheimischen einen desto größeren Druck ausüben zu können. Dies muß um so mehr angenommen werden, als die Einheimischen oft genug, wenn sie eine Arbeit fertig haben, aussetzen müssen, weil angeblich durch irgend welche Umstände neue Arbeiten noch nicht begonnen werden können. Trotzdem wird weiter nach Plattenlegern annonciert, ja, sogar Maurer werden eingestellt. Wir richten deshalb an alle Kollegen, Plattenleger wie Maurer, die dringende Mahnung, den hiesigen Unternehmern im Plattenlegergewerbe durch Annahme von Arbeiten, unbefristet darum, ob auch die tariflichen Bedingungen eingehalten werden, nicht die Möglichkeit zu geben, die hiesigen Kollegen auszuschalten. Es ist deshalb dringend erwünscht, daß alle gureichenden Kollegen, bevor sie Arbeit annehmen, besonders auch die hiesigen Maurer, sich auf unserem Bureau, Schallerstraße 3, melden, damit ihnen die hier üblichen tariflichen Bedingungen bekannt gegeben werden können.

**Gottesberg.** Der hiesige Zweigverein hielt Dienstag, den 11. September, eine Mitglieder-Verammlung ab, wozu Gauleiter Köster-Breslau als Referent erschienen war. Trotz aller Bekanntmachung, die wohl jeder Kollege konnte gelesen haben, war die Versammlung sehr schlecht besucht. Zunächst wurden die Namen der beim letzten Streik arbeitswillig gewordenen Mitglieder verlesen. Es war eine sehr stattliche Zahl, 22 Mann. Es wurde beschlossen, sämtliche 22 Mann aus dem Verbande auszuschließen. Ferner wurde auch der nichtorganisierten Streikbrecher gedacht. Um die Namen dieser Ausdauerer nicht der Vergeßlichkeit anheimfallen zu lassen, wurde beschlossen, eine Anzahl Bettelbruden zu lassen, um diese an die angrenzenden Zweigvereine zu verteilen, damit jeder Kollege sie auch in späterer Zeit immer wieder erkennt. Sodann referierte Kollege Köster über das Thema: „Bildung und Bildungssitte“.

In kurzen, kräftigen Worten führte er den Kollegen vor Augen, was zur Bildung überhaupt und zur Bildung einer guten Organisation notwendig ist; vor allen Dingen zügelte er den schlechten Versammlungsbesuch und den schlechten Geist, der gegenwärtig unter den hiesigen Kollegen existiert. Zum Punkt „Bildungssitte“ wurden die Äußerungen des Baumeisters Köster: „Wenn die ersten Schneeflocken werden die Fliegen; werden die streitenden Maurer auch fliegen“, von einigen Kollegen beleuchtet. Früher war dieser Herr anderer Meinung. Da sagte er: „Die organisierten Arbeiter wären die tüchtigsten und gebildetsten.“ Die Kollegen sollten sich deshalb nicht einschüchtern lassen; vielleicht wäre der Herr Baumeister froh, streitende Maurer in Arbeit zu haben. Zum Schluss wurde vom Vortraben, Kollegen Schubert, zu einer pünktlichen Beitragszahlung ermahnt, da nennenswerte Rückstände nicht selten sind. Hierauf wurde die Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

**Gungenhausen.** Obwohl sich hier der junge Zweigverein vor zwei Jahren wieder auflöste, trugen sich die Kollegen von Gungenhausen doch mit dem Gedanken, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Tatsache, daß die Organisation bei vielen Kollegen Wurzel gefaßt hatte, gab uns Veranlassung, Sonntag, den 9. September, eine Versammlung abzuhalten. Ein Teil der hiesigen Kollegen war dem Zweigverein Nürnberg-Kürsch als Einzelmitglieder beigetreten und hatte das Verlangen, eine Zahlstelle zu gründen. Kollege Umhey aus Nürnberg referierte über Zweck und Nutzen der Organisation, was auf die Kollegen einen sehr guten Eindruck machte, und der Beschluß, eine Zahlstelle zu gründen, einstimmig angenommen wurde. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Kollege K. Froch, zweiter Vorsitzender W. Siebenritt, als Kassierer J. Siebenritt, als Schriftführer S. Amesöder und als Beisitzeren Frieblen, Georg und Vertelshofer. Als das Wahlergebnis bekannt war, forderte Kollege Umhey die Versammelten auf, fest und treu zum Verband zu halten, und ermahnte diejenigen, die das Vertrauen der anderen haben, ihre Pflicht in vollem Maße auszuführen. Mit Begeisterung nahmen die Kollegen dieses an und gelobten, nicht eher zu rufen und zu ruhen, bis der letzte Maurer von Gungenhausen dem Zentralverband als Mitglied beigetreten ist. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer wurde die Versammlung geschlossen.

**Hamburg.** In der Zeit von April bis September sind hier acht Zweigvereinsversammlungen abgehalten worden, wozu sich sieben mit Lohnbewegungen im eigenen bzw. in verwandten Berufen beschäftigten. In einer Versammlung wurde besonders über die Mißstände, die sich im Laufe der Zeit in der Affordarbeit herausgebildet hatten, verhandelt. Der Gipfelpunkt, der am 23. April begann, zog einen großen Teil der Kollegen in Mitleidenhaft. Trotz der damals vorhandenen flotten Bauproduktion hielt es schwer, die Streikenden an der Arbeit zu bringen, da wir, wie alljährlich, einen starken Mangel an auswärtigen Kollegen zu verzeichnen hatten. Der Streik hätte, um zu Gunsten der Beteiligten beendet zu werden, seine fünf Wochen gedauert, wenn nicht die Scharfmacher der Baugewerksinnung ihre Hände hierbei im Spiel gehabt und wenn es sich hierbei nicht besonders um die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden gehandelt hätte. Kurz, nachdem diese Bewegung beendet wurde, legte die Bewegung der Maurer ein. Das von dem Bund der Maurer- und Zimmermeister nach mehrmaliger Verhandlung gemachte Zugeständnis wurde von der Versammlung akzeptiert. (Siehe Nr. 85 des „Grundstein“.) Damit war aber die Lohnbewegung noch nicht beendet, denn es galt, dem mit dem Bund abgeschlossenen Tarif auch bei den Mitgliedern der Baugewerksinnung bzw. den nichtorganisierten Unternehmern Geltung zu verschaffen. Der Tarif wurde von den Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter jedem einzelnen Unternehmer und offiziell dem „Vierstädtebund“ unterbreitet. Den Lohnforderungen für die Maurer und Zimmerer stimmte der „Vierstädtebund“ zu. Wegen der Nebenforderungen wünschte er eine Aussprache mit den Vertretern dieser Organisationen. Inzwischen hatte auch die Sektion der Plattenleger ihre Forderungen den Unternehmern unterbreitet. Sie bestanden außer in der Regulierung des Affordtarifs und einer Arbeitszeiterhöhung von 9 auf 8 Stunden in einer Lohnforderung von M. 1 pro Stunde. Ein Kampf mit den Unternehmern schien unermesslich. Doch als es ihnen nicht gelang, Uneinigkeit unter den Plattenlegern herbeizuführen, begaben sich die Unternehmer zu Unterhandlungen. Ueber deren Ergebnis ist in Nr. 85 des „Grundstein“ berichtet worden. Eine spätere Verhandlung, die sich ausschließlich mit dem Affordtarif beschäftigte, nahm nicht den Verlauf wie die erste, in dem das Zugeständnis so minimal war, daß die Versammlung es ablehnte, dieses zu akzeptieren. Gleichzeitig wurde nunmehr auch die Forderung erhoben, den Ablaufstermin des Tarifs statt auf den 1. Oktober auf den 1. Juli 1908 festzusetzen. Schließlich mußten sich die Unternehmer doch zu weiteren Zugeständnissen bereit erklären. Die Affordhöhe wurden, um ein bedeutendes erhöht. Der Tarif läuft nunmehr bis zum 31. Juli 1908. Auch die am Schornsteinbau beschäftigten Kollegen hatten sich zusammengefunden, um auch ihrerseits den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten. Es hatte den Anschein, als würde die Bewegung ohne Schwierigkeiten zu Gunsten der Kollegen erledigt werden, aber es kam anders. Die Baugewerksinnung hatte sich der Schornsteinbauunternehmern angenommen, und auf ihre Veranlassung fand auch eine Verhandlung statt. Das hier den Kollegen gemachte Angebot war keineswegs befriedigend. Nachdem aber jedem einzelnen Unternehmer ein Ultimatum gestellt und die Arbeitszeiterhöhung angekündigt worden war, wurden sämtliche Forderungen anerkannt. Der Stundenlohn beträgt für Schornsteinbauarbeiter M. 1,10, für Feuerfeste Arbeiter 95 Pf. Die Bauarbeiter waren gezwungen, sich eine Lohnherhöhung durch einen partiellen Kampf zu erringen. Sie flüchten besonders bei den rückständigen Elementen in der Innung auf harten Widerstand, der nur dadurch gebrochen werden konnte, daß die Maurer für die Bauarbeiter den Sympathiestreik erklärten. Dadurch ist auch die Bewegung zu Gunsten fast aller Beteiligten beendet worden. Kurz sei auch noch das Ergebnis der Verhandlungen mit dem „Vierstädtebund“ erwähnt. Die erste Sitzung wurde von den Maurern nicht besucht, weil Vertreter der Lokalorganisierten an der Verhandlung teilnahmen. Dann berief der „Vierstädtebund“ eine neue Sitzung, zu der die Lokalorganisierten nicht hinzugezogen wurden. Auch diese Sitzung hat kein befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Wohl ist eine Annäherung erfolgt, aber

auf eine Verständigung ist wenig Hoffnung. Als Grundlage der Beratung diente unterstellt der mit dem Bund der Maurer- und Zimmermeister vereinbarte Rohntarif. Auch die Unterhandlungskommission des „Vierstädtebundes“ hatte eine Arbeitsordnung bezug. einen Tarifentwurf vorgelegt. Während nun in dem Rohntarif mit dem Bund die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauhilfsarbeiter geregelt sind, hatte der „Vierstädtebund“ die Bauhilfsarbeiter gänzlich unberücksichtigt gelassen. Die Arbeitszeit der Innungsmitglieder weicht von dem Rohntarif ab, als diese für die erste Hälfte des Jahres, für die zweite 7 Stunden Arbeitszeit vorseht, während jene für den ganzen Januar auf 6 Stunden bemessen wissen will. Nacht- und Sonntagsarbeit ist nach dem Vertrage mit dem Bund mit M. 1,10, Sonntagsarbeit nach 3 Uhr Nachmittags mit M. 1,25 zu entschädigen; die Arbeitsordnung des „Vierstädtebundes“ sieht hierfür M. 1 pro Stunde fest. Ein Absatz in der Arbeitsordnung hat folgenden Wortlaut: „Auf Anordnung des Meisters kann die Arbeitszeit nach Bedarf ausgedehnt werden.“ Diese Bestimmung gibt jedem einzelnen Unternehmer das Recht, sich über die Bestimmungen des Tarifs hinwegzusetzen. Ferner soll auch der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gänzlich ausgeklammert werden. Aus alledem ergibt sich, daß nach mancherlei Hindernisse zu überwinden sein werden, bevor mit dem „Vierstädtebund“ ein Tarifvertrag zu Stande kommt. Durch Annahme einer entsprechenden Resolution wurde das Angebot der Innung einstimmig abgelehnt. Zum Schluss sei noch kurz erwähnt, daß fast keine Versammlung verging, die sich nicht mit Unternehmern beschäftigte, mußte, bei denen der Wochenlohn bezug. der Affordhöhe nicht gezahlt werden konnte. Besonders bei den Affordüberläufern mußten die Kollegen sehr große Summen einbüßen. Zum größten Teil ist dies darauf zurückzuführen, daß unsere Kollegen den zweifelhaften Elementen viel Vertrauen schenken, die dieses dann in der raffiniertesten Weise für sich ausnützen.

Die Sektion der Zementierer, Kalks- und Kunstseinerbeiter hielt am 2. September eine Mitglieder-Verammlung ab. Zunächst hielt Kollege Richter einen Vortrag über die Lohnbewegung der Maurer Deutschlands, die größtenteils zu Gunsten der Kollegen erledigt wurden. An Streikgebern wurden im ersten Halbjahre über M. 200.000 ausbezahlt; über 61.000 Kollegen waren an den Streiks beteiligt. Er schilderte weiter die Lohnbewegungen der Zementierer an anderen Orten, wie Köln, Düsseldorf und Berlin, die überall zu Gunsten unserer Kollegen erledigt wurden. Trotzdem ermahnte der Referent, weiter für die Organisation zu streben. Gebhe berichtete über die Sektion der Zementierer hier am Orte, die zur Zeit über 400 Mitglieder stark sei; er forderte die Kollegen auf, noch Fernstehende der Organisation zuzuführen. Weiter besprach Gebhe den Vierkrieg und forderte die Kollegen auf, kein Mitglied zu trinken. Dierke fragte an, wie es mit der schwarzen Liste stehe. Gebhe erwiderte, daß der Zweigverein deswegen beim Betonarbeiterverband angefragt, aber keine Antwort erhalten habe. Roemerich wird abermals laut Statut ausgeschlossen. Runt schilderte die Lage der Kunstseinerarbeiter bei der Firma Claus und die miserablen Löhne, die dort bezahlt werden. Gibe führte Klage über die Firma Sagemann, die seinen Verbandslisten am Platz habe. Darauf Schluß der Versammlung.

**Kernberg.** In einer öffentlichen Bauhandwerker-Verammlung am 2. September referierte Kollege Verthold-Weipzig über: „Die Schädlichkeit der Affordarbeit.“ Er führte in trefflichen Worten und Beispielen an, wie schädlich die Affordarbeit im allgemeinen ist. In der Diskussion meldeten sich mehrere Kollegen zum Worte; alle waren sich darüber einig, daß die Affordarbeit Mordarbeit sei. Nun gab Kollege Verthold Vorschläge zur Beseitigung der Affordarbeit. Er führte hierzu aus, wie in Weipzig die Affordarbeit beseitigt worden ist; was in Weipzig als Großtat möglich war, sei auch in anderen Städten möglich; nur der ernste Wille müsse dazu da sein. Dann wurde der Beschluß vom 9. Juli v. J. gutgeheißen und ein Antrag von Gustav Knaf angenommen. Derselbe lautet: Die Kollegen vom Zweigverein Kernberg verpflichten sich, weder in Kernberg noch in Wittenberg Arbeit in Afford auszuführen. Ferner wurde beschlossen, in Wittenberg Propaganda für unsere Beschlässe zu machen, damit sie auch dort angenommen werden.

**Leipzig.** Am 11. d. M. fand hier im Volkshaus eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Stadtverordneter Lange hielt einen lehrreichen Vortrag über: „Kommunale Aufgaben.“ Reicher Beifall wurde dem Referenten zu teil. Unter „Verfassungsangelegenheiten“ teilte Kollege Verthold mit, daß von der Sektion der Radfahrer das neue Wisp- und Zementbaugeschäft — Gesellschaft mit beschränkter Haftung — Leipzig, Wendelstraße, gepachtet ist. Da diese Firma den tariflich festgesetzten Lohn nicht zahlt und die geregelte Arbeitszeit nicht einhält, werden die Kollegen dringend gewarnt, dort in Arbeit zu treten. Ferner kritisierte der Redner die Handlungsweise einiger Kollegen, die sich herbeigelassen haben, einige Tage auf einem wegen rückständigen Lohnes gesperrten Bau zu arbeiten. Damit aber in Zukunft solche Vergehen gegen unsere Beschlässe unterbleiben, sei ein jeder Kollege auf das im „Grundstein“ fortwährend erscheinende Verzeichnis der gesperrten Bauten aufmerksam gemacht. Kollege Rampracht teilte mit, daß der Kollege Müller bei dem Unternehmer Wierdel überlistet worden gemacht habe und ersuchte die Verwaltung, diese Sache zu untersuchen. Zum Schluß berichtete der Kollege Weiche über ein Vorkommnis bei dem Baumeister Möbius, wonach von dem Polier an den Redner das Verlangen gestellt wurde, auf dem Hauptgefeß in der dritten Etage ohne Schutzhelm und sonstige Schutzeinrichtungen Rußarbeiten zu verrichten. Dieses wurde von dem Kollegen Weiche als ein Verstoß gegen die Unfallverhütungs-vorrichtungen bezeichnet und somit die Arbeit verweigert.

**Ratkau.** Die Wahlen zum Gewerbeamt finden am 12. November statt. Zu wählen sind drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer. Wahlberechtigt ist jeder, der das 25. Lebensjahr am Wahltag erreicht hat und im Bezirk des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung hat. Die Wahlerlisten liegen aus im Rathaus, Zimmer 85, Montags von 8 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags und Sonntags von 9 bis 12 Uhr in der Zeit vom 15. bis inklusive 20. September cr. Die Kollegen werden gebeten,



dafür zu agitieren, daß sich alle am Orte wohnenden oder beschäftigten Arbeiter in die Wahllisten eintragen lassen. Als Legitimation hierzu genügt eine vom Arbeitgeber unterschriebene und gestempelte Bescheinigung. Kollegen, die erwarten, daß ihr alle Eure Schuldigkeit ist!

**Pöfen.** Am 5. September hielt unser Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Kollege Schulz erklärte zum ersten Punkt der Tagesordnung Bericht über die Verhandlungen der Vertragskommissionen betreffs des Synagogenbaues. Am dem betreffenden Bau wird nämlich des Sonntags gefeiert. Der Sonntagsabend sollte jedoch durch Ueberstunden ersetzt werden. Da es aber den dort arbeitenden Kollegen unangenehm war, länger als bis 6 Uhr arbeiten zu müssen, wurde eine Sitzung auf den 24. August einberufen, in der folgendes vereinbart wurde: „Von Montag bis Freitag wird täglich eine Ueberstunde gemacht und mit 1.1 bezahlt. Kann an einem dieser Tage aus irgend welcher Veranlassung die Ueberstunde nicht gearbeitet werden, so kommen für diese nur 50 % in Abzug. Gilt in diese Tage ein jüdischer Feiertag, so können die Leute auf anderen Wustellen beschäftigt werden. Ist dies nicht möglich, so wird auch der nicht gearbeitete Tag, abzüglich 50 % für die ebenfalls nicht gearbeitete Ueberstunde, bezahlt. Der Sonntagsabend wird in keinem Fall bezahlt. Können Leute am Sonntagsabend und an anderen jüdischen Feiertagen auf anderen Wustellen beschäftigt werden, so sind sie verpflichtet, dort zu arbeiten. In diesem Falle werden die an den vorhergehenden Tagen der Woche gearbeiteten Ueberstunden nach dem Lohnzettel bezahlt.“ Aus dieser Vereinbarung ist zu ersehen, daß wir wieder einen Schritt vorwärts machten: In der Diskussion ergäbe ein Kollege den Bericht. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Beschwerde des Arbeitgeberverbandes“, verlas Kollege Schulz den Brief, den er von Herrn Kartmann erhalten hat und der so lautet:

Der polnische Berufsverband hat bei uns Klage darüber geführt, daß seine Mitglieder auf dem Bau des Meißener Schlosses von Mitgliedern Ihres Verbandes beschäftigt werden, so daß ihnen das Weiterarbeiten auf diesem Bau unmöglich gemacht wird. Wir ersuchen Sie so höflich wie dringend, Ihre Mitglieder darauf hinzuweisen, daß derartige Maßregelungen von Mitgliedern anderer Organisationen unzulässig sind.

G. Kartmann, Maurer- und Zimmermeister.

Daß der polnische Berufsverband gegen uns Vorurteile ausübt, nicht nur auf Bauten, sondern in der ganzen polnischen Presse, davon können die Herren Unternehmer nichts zu wissen. Eine Antwort auf diesen Brief erstelien die Unternehmer nicht, denn, wenn wir einmal eine Beschwerde hinsichtlich, bekommen wir ebenfalls keine Antwort. Daß die Unternehmer uns nicht leiden können, wissen wir zu genau. Trotz alledem marschieren wir doch vorwärts. Es kommen jede Woche mehr Mitglieder, so daß wir nach der Aussperrung an 70 Mitglieder gewonnen haben. Die Abrechnung vom Vergnügen ergab ein Defizit. In „Verschiedenes“ machte Kollege Schulz bekannt, daß am 20., 27. und 30. September Mitglieder- und öffentliche Versammlungen stattfinden. Er ersuchte die Kollegen, recht kräftig dafür zu agitieren.

**Walsrode.** Sonntags, den 8. September, tagte hier eine stark besetzte Mitgliederversammlung; es waren 40 Mitglieder anwesend. Zunächst wurde über die Maßregelung des Kollegen Otto Schreiber verhandelt. Die Maßregelung ist erfolgt, weil der Kollege dafür eingetreten ist, daß den Junggefellern der tarifmäßige Lohn gezahlt wird. Zum Dank dafür, daß der Kollege für sie eingetreten ist, haben die Junggefellern ihn bei dem Unternehmer, Krenker ist sein Name, verlastet, worauf seine Entlassung erfolgte. Der eine der Junggefellern wurde wegen dieser Verleumdung einmündig aus dem Verbande ausgeschlossen, und über den Unternehmer Krenker wurde die Sperre verhängt, die sofort ihre Wirkung äußerte; da der Unternehmer schon im Laufe des Sonntags die Maßregelung zurücknahm und sich verpflichtete, den Junggefellern den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Ein Kollege, der die Verbandsmitglieder in größter Weise beschimpft hatte, wurde ebenfalls aus dem Verbande ausgeschlossen, um ihm Gelegenheit zu geben, darüber nachzudenken, wie er sich Verbandsmitgliedern gegenüber zu benehmen hat. Ein anderer Kollege, gegen den ebenfalls etwas vorlag, soll zur nächsten Versammlung eingeladen werden. Dann wurde noch beschlossen, am 7. Oktober einen Ball zu feiern.

**Weschen.** Am 8. September hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Kollege Broh berichtete über einen Zwischenfall bei dem Unternehmer Lorenz. L. hatte den Kollegen die Innenputzerei an einem Willenbau in Afford beschreiben, vergab aber dennoch die Arbeit an böseren Kollegen. Darüber stellten die Kollegen den L. zur Rede und die Folge war, daß vier Kollegen die Arbeit einstellten. Nach einer langen und erregten Debatte machte Kollege Schulz aus Pöfen den Vorschlag, in Zukunft jede Affordarbeit zu meiden, was auch beschlossen wurde. Sollte dennoch bei einem Unternehmer in Afford gearbeitet werden, so soll die Sache von Ball zu Ball geprüft und eventuell mit Sperren gegen diese Firmen vorgegangen werden. Bedauerlich ist, daß böseren Kollegen die Affordarbeit auch auf die Probung übertragen, nur allein aus Eitelkeit nach ein paar Pfennigen Mehrverdienst. Am diesem Uebel zu steuern, erlauben wir uns, die böseren Affordbrüder darauf aufmerksam zu machen, daß wir sie, wenn sie ferner ihre Affordarbeit ausüben sollten, auf die Stufe eines Streikbrechers stellen und demgemäß behandeln werden. Betreffs Leitung der Verbandsgeschäfte, gab Schulz leicht verständliche Anweisungen, die von dem Vorstand in Zukunft hoffentlich beachtet werden. Durch die Rauberei der Kollegen ist es einigen Unternehmern bereits gelungen, Lohnreduktionen vorzunehmen. Es wird der Aufrechterhaltung aller Kollegen bedürftig, um nicht in die alten Verhältnisse zurückzufallen. Rauberei wird natürlich immer mit Schaden verknüpft sein.

**Barze.** Im hiesigen Gewerkschaftslokale tagte am 12. September eine Mitgliederversammlung. Es wurde beschlossen, für das Jahr 1907 42 1/2 Stundenlohn und die

zehnstündige Arbeitszeit zu fordern. Auch wurde ein Antrag gestellt, das Lohnverteilungssystem in Oberpfälzen einzuführen. Es sind nämlich hier in Oberpfälzen noch sehr viele Betrüger der Polizei zu verzeichnen, indem zwei Lohnlisten geführt werden. Vorausgesetzt wird es ja in Oberpfälzen im kommenden Jahre schwere Kämpfe geben. Aber es soll doch einmal dem oberpfälzischen Unternehmer gezeigt werden, daß der oberpfälzische Arbeiter hinter seinen deutschen Kollegen zurückstehen will. Sind wir doch auch Deutsche, und warum sollen wir nicht haben, was andere schon längst besitzen? Von polizeilicher Seite werden schon jetzt viele Schikanen ausgeübt. Wo nur ein paar Maurer beisammen auf der Straße stehen, sind sofort einige Polizeibeamte zur Stelle und treiben sie weg, weil das, nach Meinung der Polizei, öffentliche Versammlungen sind.

## Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

### IV.

#### Gau Dresden.

Die Frage der Akkordarbeit, die nach einem Beschluß des letzten Verbandstages den nächsten Verbandstag als besonderen Punkt beschäftigen soll, wird in vielen Orten, und auch auf dem Verbandstag selbst zu heftigen Debatten führen, obgleich sich der Verbandstag wohl einig in der Beurteilung des Akkordsystems sein wird. Der Verbandstag als oberste Instanz des Verbandes soll aber leidenschaftslos, nur von praktischen Erwägungen ausgehend, in Ruhe und Sachlichkeit die Frage der Bekämpfung der Akkordarbeit behandeln. Die Akkordarbeit soll beseitigt, zum mindesten eingeschränkt werden. Soll der Gesamtverband diese Frage behandeln, dann muß schon vor dem Verbandstag aus allen Gauen Deutschlands bekannt sein, welchen Umfang die Akkordarbeit eingenommen hat, in welcher Art sie auftritt, und welche Mittel in den einzelnen Orten zur Bekämpfung angewandt, und welche Erfolge oder Mißerfolge damit erreicht worden sind.

Viele unserer Zweigvereine haben alle Spezialgruppen des Bauergewerbes in sich aufgenommen. In anderen Orten sind die Spezialisten in anderen Vereinen oder überhaupt noch nicht organisiert. Wir müssen dahin drängen, daß der Zusammenschluß aller Maurer und verwandter Berufsgruppen im engeren Sinne herbeigeführt wird. Schornsteinbauer, Kanalmaurer, Spitzer, Weißbinder, Scharwerksmaurer, Rauer, Kistenleger, Fabrikmaurer, Holzmüller, Maler u. s. w. sind gelernter Maurer und können meistens, wenn auch nur vorübergehend, als eigentliche Baumaure mit uns wieder aufnehmen. Die Spezialisierung unseres Berufs hat in Deutschland eigentlich erst begonnen. Der Kapitalismus, den wir noch nicht so schnell beseitigen werden, drängt zur Arbeitsteilung. An die Stelle der kleinen Handwerksmeister, Maler- und Zimmermeister, treten Baufirmen mit Sägemühlen, Tischlereien u. s. w. Unter dieser falschen großen Fabrikbetriebe: den Baunternehmern aus und führen ihre Neu- und Umbauten in eigener Regie aus. Es wird festzustellen sein, ob die Fabrikmaurer, die wohl fast in ganz Deutschland entweder nicht organisiert sind oder anderen Verbänden angehören, in Afford arbeiten. Alle diese Momente müssen dann berücksichtigt werden, wenn die Frage des Ausschusses aller Affordarbeiter aus dem Verband in den Vordergrund der Debatte gestellt werden sollte.

In Dresden ma u e r n seit vielen Jahren circa 2 pSt. der Kollegen in Afford. In manchen Jahren, hauptsächlich in den 90er Jahren, waren es oft 3 bis 4 pSt. aller Maurer. Willen, Schindenscheiben aussetzen, Ausmauern der Gruben und andere kleine Arbeiten wurden und werden heute noch meistens in Afford ausgeführt. Der Ruß ist fast ausschließlich in Afford ausgeführt worden, und zwar in der Hauptsache von den Baumaure. Bei den übrigen Spezialgruppen, die zur Zeit entweder gar nicht, wie z. B. die Schornsteinbauer, oder in Sonderorganisationen organisiert sind, wird auch fast ausschließlich in Afford gearbeitet. Außer in Freiberg wird in den übrigen Orten des Gaus weniger in Afford gearbeitet. Hier ist aber das Mauergerwerbe auch noch weniger in Spezialfächer geteilt.

Die Art des Akkordsystems ist fast ausschließlich nach das Reelle in unserem Bezirk. Eine Kolonne schließt den Afford mit dem Unternehmer ab und der Verdienst wird zu gleichen Teilen verteilt. Jedoch wird der Stundenlohn nicht garantiert; aber in den meisten Fällen, um Ruß zu vermeiden, ausgeführt, auch wenn der Verdienst einmal geringer ist. Bei der Mauerarbeit wird jeden Freitag ausgeführt resp. ausgemessen und der ganze Verdienst am Sonntagsabend ausgezahlt. Bei der Rußarbeit wird ein möglicher Abschlag in verschiedener Höhe gewährt; der ganze Verdienst wird nach Fertigstellung der Etage oder Fassade am darauffolgenden Sonntagsabend ausgezahlt.

Die Arbeitsleistung ist bei der Akkordarbeit naturgemäß bedeutend größer als im Tagelohn, weil jeder bestrebt ist, Ueberfluß herauszuarbeiten. Genaue Angaben lassen sich darüber nicht machen; aber es besagt genug, daß Bauten, die in Afford durchgeführt werden, nur gut halb so stark mit Arbeitskräften besetzt sind, wie die, wo in Tagelohn gearbeitet wird.

Die Qualität der Arbeit ist schlechter als die im Tagelohn hergestellt. Auf dem Bau des Kultusministeriums mußte z. B. fast eine ganze Etage abgebrochen werden, weil sich herausgestellt hatte, daß die Werkstücke schlechter oder gar nicht ausgeführt waren. Bei den Willenbauten, die in den 90er Jahren vielfach in Afford ausgeführt worden sind, zeugen die vielen Risse noch heute von der Qualität der Akkordarbeit. Bei Privatbauten ist es selbstredend nicht besser.

Die Akkordpreise sind heute entweder genau dieselben, oder sind niedriger als vor 80 Jahren, obgleich heute der Stundenlohn um das Doppelte gestiegen ist. So gab es 1869 für 1000 Ziegel zu vermauern 6.70. Das ist auch heute noch der durchschnittliche Preis. Für das Verlegen der Treppentufen gibt es heute 1.1, früher etwas weniger; weil die Stufen früher nicht so lang waren. Für die Fensterereinfassung gibt es heute wie 1869 1.1. Ebenso werden heute alle

Nebenarbeiten, wie Träger und Gesimse zu verlegen usw., zu denselben Preisen ausgeführt. Heute macht man es meist einfacher, und zwar zum Nachteil der Kollegen. Für 1000 Ziegel mit allen Nebenarbeiten, die im Rohbau vorzukommen, gibt es meistens 10. Rüfen und Kalkstücken wird vom Unternehmer befohlen. Der Maurer hat lediglich die spezielle Mauerarbeit dafür zu verrichten.

Der Preis für Rußarbeit betrug 1869 pro Quadratmeter (Wand) 25.3 und (Decke) 45.3. Heute gibt es dafür 16.3 resp. 32.3, und wenn gewobenes Rohr verarbeitet wird, noch 2 bis 4.3 für das Quadratmeter Deckenputz weniger. Diese Preise sind auf dem Lande und in den kleinen Städten meist 2 bis 4.3 pro Quadratmeter höher. Ein Akkordtarif existiert nicht. Die Arbeiten werden auch mehr oder weniger sauber verlangt, so daß die hier angegebenen Preise in manchen Fällen überschritten werden, in anderen Fällen werden sie noch nicht einmal erreicht. In Dresden ist das Quadratmeter schon für 12.3 resp. 24.3 ausgeführt, wofür es 1869 nur 10.3, hier Fünftelteil genannt, gab. Die Akkordpreise bieten gewissermaßen einen Anhalt zur Schätzung der Arbeitsleistung. Ist der Akkordpreis hoch und der Stundenlohn niedrig, dann kann man daraus schließen, daß die Arbeitsleistung in den Orten geringer ist, als in Orten, wo der Akkordpreis niedrig und der Stundenlohn hoch ist; denn dem Unternehmer schadet es nicht, die Arbeit in Afford herstellen zu lassen, wenn sie im Stundenlohn billiger und besser hergestellt wird. Ebenso wenig finden sich Kollegen, die Afford annehmen, wenn sie nicht mindestens durch intensiver Arbeit einige Mark mehr verdienen können, als im Stundenlohn. Im großen und ganzen kann man also annehmen, daß dem Unternehmer die Arbeit im Tagelohn um ein Geringes teurer zu stehen kommt, als im Affordlohn.

Will man durch die Berichte der Gaubehörden gleichzeitig einen Ueberblick über die Arbeitsleistung in den einzelnen Gauen Deutschlands haben, dann muß auch die Art des Materials, und was für Arbeit für die angegebenen Preise geliefert wird, mit angegeben werden. Ich wünsche, daß meine Kollegen dies in ihren Berichten berücksichtigen. In Dresden und fast im ganzen Gau wird ein gleichförmiger scharfer Sand verarbeitet. Der Stall ist ja fast in ganz Deutschland gleich (?). In Dresden wird vollstündig gemauert. Das Mischen wird von Zimmerleuten befohlen. Steine und Mörtel werden von Arbeitern bis zur Arbeitsstelle getragen. Der Mörtel wird von den Arbeitern mauer- und putzfertig angerührt, alles auf Kosten des Unternehmers. Der Maurer muß aber meistens die Werkstücke, womit in Dresden meist das Edelgips, alle Gesimse und Fensterereinfassungen hergestellt werden, selbst mit an die Arbeitsstelle befördern. Sonst hat der Maurer lediglich Mauerarbeit zu verrichten. Beim Rußen ist es ebenso, nur daß sich der Maurer hierbei den Gerüstbelag selbst heraufschaffen muß. Sonst bedroht und pökt er nur. Der Ruß wird mit dem Reibebrett glatt abgerieben, wie fast überall in Deutschland, wo man nicht erst einen großartigen Sandball, den man richtiger mit dem Namen Reibmörtel bezeichnen müßte, anträgt und macher mit feinerem Mörtel oder Ruß oder auch Gipsbündel überzieht. Der Deckputz wird ohne Gipsbündel hergestellt, wodurch aber unweissentlich weniger Arbeit geleistet zu werden braucht, weil es nur auf die Einrichtung ankommt. Da der Wandputz jetzt zwei Drittel und der Deckputz ein Drittel der ganzen Rußfläche ausmacht, so werden somit in Dresden im Durchschnitt 20.3 für das Quadratmeter Ruß gezahlt. Auf dem Lande und in kleinen Orten beträgt der Preis danach 21 bis 23.3. Unsere Kollegen sind der Meinung, daß die Akkordpreise durch die Berufszugher untergegründet sind. Dies trifft aber nicht ganz zu. Die Baumaure haben sich gegenseitig selbst die Preise mit heruntergetrieben, weil die Arbeitsleistung in Dresden seit zehn Jahren ganz wesentlich gestiegen ist.

Die Bekämpfung der Akkordarbeit ist im Dresdener Bezirk auf verschiedene Weise versucht worden. Erstens durch Aufklärung über die Schäden der Akkordarbeit. Im Jahre 1899 wurde beschlossen, im Mauern, ganz gleich, ob im Rohbau oder Ausbau, keinen Afford mehr anzunehmen. Kurze Zeit danach wurde auch sehr wenig in Afford gemauert. Seit 1900 ging die Bautätigkeit zurück. Arbeitslosigkeit herrschte während des ganzen Jahres. Die Organisation ging bis 1903 eher zurück als vorwärts. Die Inorganisierten hatten sich so schon nicht viel um den Beschluß gekümmert, und die Verbandsmitglieder, die den Afford ehlich bekämpften, mußten daher wieder Willen auch in Afford arbeiten, wenn der Unternehmer darauf bestand. Nur ein Beschluß von 1898 wurde hochgehalten, nämlich, keinen Rechtschutz zu gewähren, wenn der Streitfall aus dem Affordverhältnis resultierte. Die Akkordarbeit hat dadurch nicht zu, aber auch nicht viel abgenommen. Seit 1903 sind alle Maurer im Verband. Auch die Rußer traten, bis auf einige, bei. Streikbrecher gab es nicht mehr, ganz gleich, ob der Ruß im Grunde, beim Ruß oder im Ausbau gesperrt wurde. Eine Abstimmung im Jahre 1904 ergab, daß alle Maurer, bis auf 300, für Abschaffung sämtlicher Affordarbeit waren. Auf verschiedenen Bauten wurde auch im Tagelohn gepökt. Die Mehrzahl der Unternehmer wollte vom Affordputz nicht ablassen und es mußten Sperren verhängt werden. Die erste Sperre verlief befriedigend, aber alle weiteren Sperren, die der Akkordarbeit wegen beim Rußen verhängt wurden, gingen verloren. Die reisenden Rußer hielten nun die Zeit für gekommen, um die Rußerei als Spezialfach einzuführen. Sie besetzten die gesperrten Bauten. 17 Kollegen wurden aus dem Verband ausgeschlossen und ebensoviel bezahlten nicht mehr, um dem Ausschluß zu entgehen. Rußerren und später auch solche, wo die Akkordarbeit im Rohbau verhindert werden sollte, konnten nicht mehr geführt werden, weil die ausgesperrten die Bauten besetzten. Auch einige Sperren aus anderen Gründen wurden durch die Akkordmaurer wirkungslos gemacht. Als wir unsere Kollegen draußen im Lande einen höheren Lohn und eine verkürzte Arbeitszeit erringen wollten, traten Dresdener ausgeschlossene Maurer dort als Streikbrecher auf, so in Eberfeld, Konnatsch, Dippoldiswalde, Kadeberg u. s. w. In Weissen konnten deshalb die Forderungen nicht durch-



gefeht werden, Kommando ging ziemlich ganz verloren, Disziplin wurde beibehalten, und in Maderberg, und in diesem Jahr im Wirtshaus, wo der Kampf um viele Wochen verlängert. Andere Kämpfe, wie in Mies, waren uns viel leichter erlitten geblieben. In letzter Zeit haben sich die Bauern und Zittauer Kollegen mit dieser Gesellschaft herumschlagen müssen. Die Arbeit besteht aber nach wie vor. Diese Streikbrecher-Kolonnen hat sich nun die Freie Vereinigung gegliedert, die sicher viel härter wäre, wenn wir mit dieser Art der Arbeitskampfung fortgefahren wären. Von unseren Mitgliedern sind circa 80 anscheinend dem Verband zum Trotz dem Afford nachgelaufen, um ausgeschlossen zu werden. Zur Zeit sind sie wieder vernünftiger geworden. Wemert ist noch, das Freunde des Affords, die sich dies in Dresden selbst nicht gern nachreden lassen, seit circa zwei Jahren stets die Heimen Städte, weit über den Dresdener Gau hinaus, heimischen. Meine Kollegen in den Nachbarorten werden sich sicher in ihren Verträgen mit beruhigen. Mit diesem Uebel hat sich unser Gewerkschaft schon häufig beschäftigt.

Wollten wir den Streikbrecherverein nicht noch um einige Mitglieder stärken, wodurch uns kleinere Streiks unmöglich gemacht würden, so müßten wir zum Ausschluß solcher Mitglieder stets absehen. Ein Antrag auf Ausschluß ist uns auch nicht gegangen. Teilweise haben wir auch versucht, Tagelohnarbeiter dort einzuschleusen, wo wir tauchten, daß der Bau in Afford aufgeführt werden sollte. Manchmal ist der Afford dadurch befristet worden, aber oft haben wir auch die Wege zu Gärtnern gemacht. Wurde der Bau auf Befehlung ausgeführt, so haben wir dadurch, daß wir den Bauern auf die mit dem Afford verbundenen Pflichten aufmerksam machten, einige Male den Afford hintertrieben. Wir haben also wohl fast alle Mittel angewandt, aber keine hat den gewünschten Erfolg gehabt. Die Abschaffung des Affords bei der Pubarbeit ist zur Zeit vollständig ausgeschlossen. Die Freie Vereinigung zählt mindestens 40 Mitglieder, möglicherweise auch 50 bis 60. Schlecht gerechnet haben wir noch 40 Kollegen, die heute bei uns Mitglied sind, die vom Pubarbeit nicht lassen werden. Das sind rund 100 Kollegen, die gerade zureichen, sämtlichen Bau in Dresden fertigzustellen. Die Pfeifenleger und Holzschneider, die fast ausnahmslos in Afford arbeiten, sind nach Pfeiflerheim System organisiert. Der Hauptzug wird meistens von Schuttern in Afford ausgeführt. Die Zementarbeiter arbeiten weniger in Afford. Diese sind in einer Art Fachverein organisiert. Die Schornsteinbauer arbeiten meistens in Afford und sind „Jungens“. Beim Wäßen, Aussehen der Scheidewände und anderen kleinen Arbeiten im Ausbau, arbeiten in der Regel zwei, höchstens vier Kollegen zusammen, die im Einverständnis mit dem Polier, sehr oft ohne Wissen der übrigen Kollegen, einen stillen Afford haben, was meistens gar nicht festgestellt werden kann. Durch Ausschluß aller Affordarbeiter aus dem Verband würde also der Afford im Rohbau vollständig ganz zu beseitigen sein. Im Rohbau wird trotzdem schon heute kein Ziegel in Afford angelegt. Zu manchen Zeiten sind ein bis drei Affordbauten im Gange, die aber dann auch in der Hauptsache von verlässlichen Kaufleuten und Polieren besetzt sind. In Freiberg, wo über die Hälfte Oesterreicher, in der Hauptsache Tschechen, arbeiten, und überhaupt nur 50 p. H. aller Maurer organisiert sind, ist die Abschaffung des Affords zur Zeit ganz ausgeschlossen. In den übrigen ländlichen Bezirken wäre mit einem solchen Vorgehen bis auf wenige Ausnahmen, die Beseitigung des Affords zu erreichen. Sollte der Verbandstag den Ausschluß aller Affordarbeiter aus dem Verband beschließen, so würden sich nach meiner Schätzung von den 7600 Mitgliedern des Dresdener Gaues nur 200 bis 250 Mitglieder ausschließen lassen. Von diesen wären rund 100 zum Steinmetz- und Schutternverband und circa 50 zu den Pfeiflerheim-Organisationen übertritten, wo der Afford üblich ist. Die Einbuße ist gering; aber was hätten wir erreicht? Der Bau würde Spezialfach bleiben und auch weiterhin in Afford ausgeführt werden. Die Pfeifenleger, Mäher, Spitzer und Holzschneider arbeiteten ebenfalls ruhig weiter in Afford und die Schornsteinbauer bekämen wir nicht als Mitglieder. Im Ausbau würde teilweise im geheimen Afford gearbeitet, ohne daß wir eine Handhabe zum Ausschluß erhielten, und somit wäre die Affordfrage nicht weiter wie jetzt erledigt. Die Italiener, die ja gern in Afford arbeiten, sind heute schon schwer zu organisieren; dann wäre es so ziemlich ganz unmöglich.

Nun bin ich aber nicht der Meinung, daß man die Affordarbeit durch Affordarbeit reformiert und damit den Affordarbeitern ihr Tun sanktioniert. Erstens würde es nicht möglich sein, feste Preise zu nominieren, weil die Arbeit sehr verschieden ist und auch die Qualität verschiedenartig verlangt wird. Dann würden die Preise auch nicht innewohnen. Selten ist es zu erfahren, welche Preise irgend eine Kolonne vereinbart hat. Die Kollegen im Gau Dresden sind, soweit ich die Stimmung kenne, nicht für einen Affordtarif. Die Affordarbeiter sind egoistisch. Wollten sie die Beschlässe des Verbandes hochhalten, so könnten sie in Stundenlohn arbeiten. Als wir in Dresden 88 1/2 Lohn hatten, sagten sie, wenn es 45 1/2 Lohn gibt, arbeiten wir nicht mehr in Afford. Mit 88 1/2 kommen wir nicht zurecht. Nachher mußten es 50 1/2 sein. Nun gibt es 55 1/2 und sie entschuldigen sich immer noch damit, daß sie mit dem Tagelohn nicht auskommen. Andere kommen damit auch nicht aus, und fallen ihren Kollegen doch nicht in den Rücken.

Auch bin ich nicht der Meinung, daß man alles so gehen läßt. Durch die Resolution des Verbandstages ist gesagt, daß der Verband kein Freund der Affordarbeit ist. Diese Resolution dient als Richtschnur; wir haben das Affordsystem zu bekämpfen. Die Resolution braucht auch nicht auf jedem Verbandstage aufgeführt zu werden. Sie bleibt einfach so lange bestehen, bis sie durch andere Beschlässe hinfällig wird. Kollegen, denen alles so langsam geht, werden sich damit nicht zufrieden geben wollen. In Berlin haben wir uns schon im Fachverein mit den Affordarbeitern herumschlagen. Wenn ich mich nicht irre, wurde Ende der 80er Jahre jeder Affordarbeiter aus dem Fachverein ausgeschlossen. Die Sozialisten haben es ja bis in die neueste Zeit hinein getan. Auch im Verband sind

heftige Afforddebatten geführt worden. Und doch gibt es nach der Statistik circa 1000 Affordarbeiter außer den Pugs. Die Androhung des Ausschusses aus dem Verband würde den Affordarbeitern nicht sehr wehe tun, weil sie dem Verbande nicht angehören. Uns kann es doch nicht darum zu tun sein, keinen Affordarbeiter im Verband zu haben, sondern die Schädlichkeit des Affordsystems schon jenseitig gerichtet worden, daß man glauben könnte, auch weitere Neben helfen hier nichts mehr. Über die Befreiung der Menschheit ist noch länger und mehr geredet worden, und doch gibt es noch so viele Menschen, die gar nicht befreit sein wollen. Und — so ganz fruchtlos ist unsere Arbeit denn doch nicht gewesen. Wer hätte vor 15 Jahren daran gedacht, daß unsere Unternehmern gemeinsam mit uns unterhandeln, den Lohn mit uns vereinbaren, die Arbeitszeit ohne Kampf befürzigen würden? Früher waren wir froh, wenn die Unternehmer uns auf unsere Forderungen einen vernünftigen Brief schrieben. Heute kommt es vielfach vor, daß die Unternehmer selbst anfragen, ob wir unterhandeln wollen. Was haben wir früher mitunter reden müssen, unseren Kollegen die Vertikung der Arbeitszeit plausibel zu machen. Die Unternehmer glauben, die Welt gehe unter, wenn nicht elf Stunden pro Tag gearbeitet würde. Heute sehen wir, daß durch unser Reden und natürlich noch mehr durch unser Handeln, sogar der preussische Kriegsminister in den Marinerversitäten die neunstündige Arbeitszeit eingeführt hat. Viele von uns werden es noch erleben, daß der Unternehmer als Schlichter bezeichnet wird, der sich die achtstündige Arbeitszeit erst von den Arbeitern abtrotzen läßt. Wir müssen aber gestehen, daß für die höheren Löhne und die kürzere Arbeitszeit mehr agitiert worden ist, als für die Abschaffung des Affordsystems. Geduldiert ist auf die Affordarbeiter allerdings viel mehr geworden. Über schimpfen, und schließlich für eine Sache agitieren, ist ein Unterchied.

Ohne die Affordarbeiter können wir die Affordarbeit nicht beseitigen. Die vielen Streikbrecher, die oft zahlreich waren als die Streikenden, sind heute nicht deshalb keine Streikbrecher mehr, weil der Verband keine Streikbrecher duldet. Oft waren es so viele, daß sie auch nicht ausgeschlossen wurden, sondern sie sind zur Einsicht gekommen. Gätten wir in Dresden vor fünf Jahren darüber abgemacht, ob der Bau in Tagelohn oder in Afford ausgeführt werden sollte, dann wären noch sicher mehr als die Hälfte der Kollegen für den Afford gewesen. Vor zwei Jahren waren aber nur noch 10 p. H. für und 90 p. H. gegen den Afford. In einigen kleinen Orten ist er so gut wie beseitigt. Die Berichte aus anderen Gauen, wo die Organisation älter und fester wie hier ist, werden zeigen, daß die Abschaffung des Affords mit der jetzigen Resolution möglich war. Wo der eheliche Wille vorhanden ist, werden die noch widerstrebenden Kollegen früher oder später folgen. Nicht scharfe Beschlässe, die Verpflichtung herbeizuführen können, kein Gehelassen und keine Reform. Die bestehende Resolution verbietet ja die Reform nicht. Derzeitige Beschlässe nach dieser Seite hin lassen sich bald beseitigen. Wir haben so viele Fragen, die dringlich geregelt werden, so z. B. die Lieberstundenarbeit. Im Dresdener Bezirk, wo noch vor kurzem bei elf- und zwölfstündiger Arbeitszeit Regenbogen usw. durch Lieberstunden weit gemacht wurden, gibt es in den meisten Orten keine Lieberstunden mehr oder wenigstens höchst selten. Der Klassenlohn ist im Dresdener Bezirk auch so gut wie beseitigt. Das Uebel der Klassenlöhne auf einem Bau, was ja noch viel verdammerter ist als der Afford, haben wir in Dresden allerdings von jeher nicht viel getan. Ganz besonders ist der Lohn und die Arbeitszeit dringlich geregelt und es werden es auch noch in Zukunft werden. Diese Fragen sind aber stets erst dann geregelt worden, wenn die Kollegen das nötige Verständnis dafür hatten. Warum stellen die Kollegen einiger Städte, und noch oft dazu solcher, wo die Affordarbeit blüht, Anträge an den Verbandstag, die Affordfrage zu lösen? Doch nur deshalb, weil man in den Orten zu schwach zur eigenen Lösung ist. Wenn sich die Affordarbeiter den örtlichen Beschlässen und Ermahnungen nicht fügen, was können die Kollegen der anderen Orte dafür? Der Ausschluß aus dem Verband wegen Affordarbeit ist ja heute schon zulässig. Wenn man es nicht tut, so doch nur deshalb, weil man sich fürchtet, das Uebel zu verschlimmern. 1899 hat in Dresden niemand daran gedacht, die Streikbrecher auszuschließen, weil dann die Mitglieder ziemlich alle geworden wären. 1903 haben wir niemand geschont, weil die Zahl nur sehr gering war und wir nur profitieren konnten. Wechnliche Momente führen uns vielleicht auch einmal dazu, mit dem Afford aufzuräumen. Eine gute Situation muß dazu ausgenutzt werden. Eine solche Gelegenheit läßt sich aber nicht künstlich schaffen.

August Friedrich.

### Aus Oesterreich.

Wien, 15. September 1906.

Die Entwicklung der österreichischen Maurerorganisation geht mit Riesenschritten vorwärts. In den letzten Tagen ist das Resultat der Erhebungen über den Mitgliederstand am 30. Juni veröffentlicht. Es zeigte, was wir erwarteten, nämlich ein starkes Anwachsen der Mitgliederzahlen. Das ist schon an und für sich hoch erfreulich. Vermehrte Bedeutung gewinnt dieser Aufschwung aber noch dadurch, daß er erzielt wurde in einer Zeit, wo fast alle Kräfte des Verbandes auf die siegreiche Durchführung des grandiosen Kampfes in Wien gerichtet waren. Diese Anspannung der besten Kräfte hat selbstverständlich auf die Agitation hemmend eingewirkt — und trotzdem das rüstige Vorwärts! Ein erheblicher Anteil des Erfolges dürfte der borgenommenen Dezentralisation der Agitation zuzuschreiben sein. Während früher nur sieben Agitationsbezirke bestanden, ist das Reichsgebiet jetzt in zwölf solcher Bezirke eingeteilt. Hand in Hand damit ging die Anstellung weiterer Bezirksbeamten. Der Bezirk Böhmen ist jetzt in drei Bezirke geteilt (Böhmen, Karlsbad, Reichenberg), Brunn in zwei (Brunn und Währisch-Strau) und Prag in drei (Prag, Wäßen und Pardubitz).

Die Resultate der halbjährlichen Feststellungen des Mitgliederstandes ergeben an den drei letzten Daten folgende Zahlen:

Bezirk	30. Juni 1905	31. Dezbr. 1905	30. Juni 1906
Böhmen			
Karlsbad	2306	3412	2082
Reichenberg			1707
Brag	1290	1564	1595
Währisch-Strau			1860
Brunn	2018	1788	2016
Pardubitz			1169
Wäßen	5847	7941	862
Prag			8123
Salzburg	499	575	1240
Triest	239	129	882
Wien	13438	12853	15677
Zusammen	25122	28212	37119

Die Zunahme im letzten Halbjahr beträgt also fast 9000. Mittlerweile hat die Mitgliederzahl das vierzigste Tausend erreicht.

Was ist die Entwicklung in allen Teilen Oesterreichs nicht gleichmäßig gewesen, in den größeren Städten und deren Umgebung ist dieselbe bedeutend schneller als in den industriearmen Gegenden und auf dem flachen Lande. Insbesondere der Süden, von Italienern und Slowenen besetzt, hat beinahe gar keine Organisation aufzuweisen; ebenso der Osten des Reiches, in dem es einige lokale Vereine geben soll, ist uns bis jetzt verschlossen geblieben. Trotz mehrerer Versuche, dort einzudringen, waren nicht einmal Anknüpfungspunkte zu finden.

Jedoch die Ausichten für die Ausbreitung der Organisation auch in jenen Bezirken werden in dem Maße besser, wie diese selbst in ihren Stammländern an Umfang und Kraft gewinnen. Dadurch werden Mittel und Kräfte frei, um dort die Agitation intensiver zu betreiben. Die Organisation ist an allerlei Hindernisse gewöhnt und hat ihre Bewältigung allgemach gelernt.

## Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 9. bis 15. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der östlichen Verwaltung in Wien M. 1200, Böhmen 400, Barmen 1. b. M. 850, Neumünster 200, Wilmshausen 200, Groß-Schierfeld 200, Mariendorf 200, Döngel 200, Salverstadt 175, Wandsb. 180, Treibitz a. b. Elbe 150, Schinkel 100, Scharfstein 100, Ober-Schönweide 100, Gumboldt 100. Summa M. 8885.

Zulassungen erhielten: Stuttgart M. 800, Waggberg 150, Siedelsbrunn 125, Königheim (Saunus) 80, Schneidewitz 70, Hofen b. Camnitz 50. Summa M. 775.

Wien, 15. September 1906.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilmshausen 57.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

(Die Zweigvereinsverbände werden dringend ersucht, aber alle in ihrem Bezirk vorkommenden Anfälle, mit kurzer Würdigung der Begleitumstände und der hierhergehörigen Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Anlässen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

W a s a u. Ein schwerer Unfall ereignete sich Mittwoch, den 12. September, Vormittag, auf dem Weis, Stahlwerk. Am neuen Martinwerk waren die Arbeiter, darunter unser Mitglied, der Maurer Joh. Werner, mit dem Transport eines schweren Trägers beschäftigt. Beim Umkippen des Trägers wurde Werner von der Jange, die er zum Umkippen führte, an den Kopf getroffen. Der Verunglückte verlor sofort das Bewußtsein und starb, ohne es wieder erlangt zu haben, auf dem Wege zum Portierhaus, wohin man ihn bringen wollte. Ein blühendes Menschenleben ist mit einem Schlag dahin. Der Kollege hatte erst vor einigen Wochen auf der Fabrik angefangen.

W r o m b e r g. Ein Baueinsturz, bei dem nur durch einen glücklichen Zufall kein Unglück passierte, erfolgte in Suchaumbühl bei Crone a. B. Der Bauunternehmer Rudolf Holz hatte die Errichtung eines neuen Mühlen-Etablissements übernommen und seinen Polier Ch. Krüds mit der Bauleitung desselben beauftragt. Das Etablissement wurde auf demselben Fundament aufgebaut, auf dem die alte Mühle (Wetterverschlag) gestanden hatte. Nebenbei ist auch der Grund und Boden sehr sumptig. Beim Aufbau der zweiten Etage zeigten sich in den Wogen der unteren Etage größere Risse. Durch nachträgliche Einbringen von Jaugen fachte man diesem Uebel abzuwehren, mauerte dann aber ruhig weiter. Am 23. August war der Bau bis zum Nichten fertig. Die Maurer und Arbeiter konnten jedoch, da es regnete, nicht arbeiten, sondern befanden sich in der Baubude, als der Bau einstürzte. Das Verhängnis traf den ganzen Saal, daß der selbste Unternehmern im Frühjahr schon in Wromberg ein ähnlicher Fall, wenn auch in kleinerem Maßstabe, passierte, wo durch das Hochziehen einer geschnittenen Treppentrappe beinahe ein blühendes Menschenleben ins Jenseits befördert worden wäre.

G l ö c k e. Sonnabend, den 8. September, ereignete sich in dem benachbarten Neudorf ein Baueinsturz, bei dem der Kollege Karl Schimmling mehrere Rippenbrüche und vielleicht noch mehr Schaben, was noch nicht festgestellt werden konnte, davongetragen hat. Der Unfall ist auf folgende Weise entstanden: Beim Wäßen eines einstöckigen Gebäudes, bei dem auch die Maurer helfen mußten, hatte man die Sparren an das Gerüst gelegt, um sie von hier aus später in die Höhe zu schieben. Das Gerüst muß nun wohl nicht vorchriftsmäßig abgeschwert gewesen sein, denn es wurde durch die Last der Sparren an das Mauerwerk herangezogen.



Als nun der letzte Sparren weggenommen wurde, und das Gerüst seinen ursprünglichen Stand wieder einnahm, zogen sich dabei die Bretter aus dem Mauerwerk heraus und stürzten mit den Brettern und dem darauf sich befindenden Kollagen zur Erde. Dieser Unfall zeigt wieder einmal, wie dringend wir eines besseren Arbeiterbeschutzes bedürfen. Aber was helfen da alle Klagen, wenn der Arbeiter nicht selbst eingreift, um wenigstens das Allernotwendigste durchzuführen, und das ist: ein besseres Arbeitsmaß auf die Gerüste zu richten. Wer sein Leben und seine Gesundheit nicht in die Schanze schlagen will, der sorge dafür, und halte auch seine Kollegen mit dazu an, denn alle Vorsichtsmaßregeln auf dem Papier können uns nicht schützen, sondern selbst ist der Mann.

Danzig. In Nr. 38 des „Grundstein“ berichteten wir, daß auf dem Betriebsplatz der Firma Körner bei dem Ausschachten eines Brunnens drei Arbeiter beschüttet wurden, zwei tot, der andere schwer verletzt sei. Die Lokalpresse erklärte damals, daß dieses Unglück der Faulheit der Arbeiter zuzuschreiben sei, die zu faul gewesen wären, die aufgetragene Erde beiseite zu schaffen. Wie berechtigt unsere damaligen Zweifel an der Richtigkeit dieser Darstellung waren, hat jetzt die eingeleitete Untersuchung ergeben. Es wurde dort ein runder Senkbrunnen gemauert, dessen untere Maueröffnung in einem U-förmigen Kanale lagerte. Um nun das Mauerwerk zum Sinken zu bringen, hatte man zweimal Hebräen in das Mauerwerk gelegt, auf diese dann den Brunnen betritt mit Brettern zugebaut, daß nur ein Loch zum Hineinsteigen für die Arbeiter, die die Erde von unten herausschaffen mußten, blieb. Dieses auf diese Weise hergestellte Gerüst ist dann mit Erde beschüttet worden. Als nun die drei Arbeiter unten in voller Beschäftigung waren, stürzte ein oben unvorsichtig hingeworfener Wassereimer in den Brunnen hinunter, durchschlug einen der obersten Mauerriegel, der schon etwas verdächtig ausgesehen haben soll, indem er in der Mitte einen Aufhänger hatte, und nun stürzten die darauf liegenden Erdmassen mit den Brettern auf das unterste Gerüst, das infolge der großen Belastung nun auch brach, und die unten sich befindenden Arbeiter zudeckete. Natürlich soll nun die Schuld auf die Polizei abgewälzt werden. Wir aber sagen, die leichtsinnige Bauweise, die bei der Firma Körner vorherrschend ist, hat das Unglück verschuldet. Gerüstfehler sind bei dieser Firma gang und gäbe. Statt nun nach derartigen Vorantonsmissen etwas vorsichtiger zu werden, wird in der alten Weise darauf losgewirtschaftet. Am 31. August brach in der Kirchstraße am Neubau derselben Firma ein Gerüst zusammen, wobei der Kollege Kozarski mit in die Tiefe gerissen wurde und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Kann man es schon bei einem profitstüchtigen Unternehmer begreiflich finden, wenn er mit Menschenleben wie mit Schachbilde umgeht, so ist es um so unbegreiflicher, daß die Polizeibehörde so wenig energig gegen derartige Vertriebe vorgeht. — Ein weiterer Unfall ereignete sich am 29. August in Altdorf, Kreis Danziger Höhe, beim Umbau eines Mühlenbühnen. Auch hier brach das Gerüst zusammen. Resultat ebenfalls zwei schwer Verletzte. Die Ursache des Gerüststurzes ist hier der Mangel an Gerüstholz.

Gelsenkirchen. Am 3. d. M., kurz vor Feierabend, verunglückte das Mitglied Wilh. Schulte beim Unternehmern Hartmann dadurch, daß es von einem Gerüst im Treppenhause abstürzte und sich dadurch schwere Verletzungen, wie doppelten Knöchelbruch, Stauchung der Brust und Aufschüttung der Ferse, zuzog. Wen bei diesem Unglücksfall die Schuld trifft, konnte leider nicht ermittelt werden. Heidelberg. Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich Montag, den 10. September, Morgens 7 1/2 Uhr, in Kirchheim auf der Baustelle des Maurermeisters Fießer, indem plötzlich das Gerüst brach und sämtliche fünf darauf beschäftigten Maurer in die Tiefe stürzten, so daß sie meistens schwere Verletzungen erlitten. Der Maurer Fießer aus Eppelheim lag am Mittag noch heimgelassen da. Der Maurer Kalkschmidt hatte sich den linken Arm verrenkt. Alle übrigen erlitten meist schwere Kopfverletzungen. Das Unglück wurde sicher nicht geschieden, wenn die zuständige Behörde etwas mehr im Sinne des Bauarbeiterbeschutzes zu würde. Dieser Fall geht so recht deutlich, wie notwendig es ist, einen Baukontrollenur für den Bezirk Heidelberg anzustellen. Schuld an dem Unfall ist auf alle Fälle das schwache Gerüstholz.

Leipzig. Sonnabend, den 15. September, kurz nach Mittag, waren auf der hiesigen Zuderfabrik zwei Zimmerer und ein Vorarbeiter damit beschäftigt, ein neues Draßblech an dem Fahrstuhl anzubringen. Zu diesem Zwecke hatte man oben über den Fahrstuhl ein 8 cm starkes Stielholz gelegt und hieran einen Kastenstutzen gehängt, der gewissermaßen den Fahrstuhl heben sollte, um einen Balken unter den Fahrstuhl durchzubringen. Bei dieser Gelegenheit brach das 8 cm starke Holz (das nach einigen Auslassungen etwas morsch gewesen ist) und der Kastenstutzen fiel von oben herab, durchschlug dem Zimmerpolier J. Albers die Schädeldach, so daß der Tod sofort eintat und verletzte den Zimmerer Karstens und den Vorarbeiter Gripp so schwer, daß ihre Wiederführung ins Julienspital sofort erforderlich war. Bei richtiger Betrachtung der Sachlage hätte dieser Unfall vermieden werden können; denn eine derartige Last an ein nur 8 cm starkes Holz zu hängen, fordert gleichsam das Unglück heraus. Aachen. Ein Unglücksfall ereignete sich am 10. August auf dem Bau des Unternehmens Söhns in der Schillerstraße. (Und jetzt in der zweiten Hälfte des September wird schon darüber berichtet!) Das nennen wir aber eine prompte Berichterstattung. Es ist wirklich empörend, wie faulselig die Kollegen mitunter sind. Die Redaktion des „Grundstein“. Der dort mit dem Treppenhau beschäftigte Maurer W. Krüger brach mit dem Boden, auf dem er stand, zusammen und erlitt sehr schwere innere Verletzungen. Der Bedauernswerte mußte in seine Wohnung in der Waldemarstraße gebracht werden.

\* **Baukontrollen in Stuttgart**, veranstaltet von der Bauarbeiterkommission, welche Statistik für die Baukontrollen für Bauarbeiter in Deutschland. In der Arbeit beteiligten sich die Organisationen der Maurer, Zimmerer, Maler und Metallarbeiter. Im ganzen wurden kontrolliert 135 Bauten im Rohbau, 58 im Roh-

bau fertig; von ersteren sind 4 Staats- und 5 Kommunebauten. Des weiteren wurden kontrolliert 88 Werkplätze. Davon sind 80 Zimmer-, 12 Steinbauer- und 37 Lagerplätze für Baugeschäfte. Auf sämtlichen Baustellen wurden 817 Arbeiter gezählt; hier von 2818 bei Innungsmeistern beschäftigt.

An 36 Baustellen waren die Unfallverhütungsvorschriften nicht ausgehängt. Geprüft wurden 40 Hochgerüste zum Materialaufzug, welche von Zimmerern hergestellt worden; in zwei Fällen wird Kraftbetrieb zur Anwendung gebracht. Die Aufzugsgeräte werden zwar durch das städtische Baukontrollamt geprüft, dennoch wurde in 12 Fällen mangelnde Bremsvorrichtung vorgefunden, da dort ein Stiel Holz als solche benutzt wurde. Der Aufstieg zur Maschine ist mit wenigen Ausnahmen als mangelhaft befunden worden, da die Sprossen an den Steigleitern nicht genügend befestigt (lotternd) sind, so sogar fehlende Leiterpfosten vorgefunden wurden, die als lebensgefährlich zu bezeichnen sind. Es ist ein dringendes Bedürfnis, an Stelle der Steigleitern Treppenaufgänge mit Robben in allen Fällen anzubringen. Die Gerüste im allgemeinen, welche von Maurern und Bauhilfsarbeitern hergestellt werden, bedürfen einer gründlichen Verbesserung, wenn sie sicherer sein sollen. In 12 Fällen wurde Mangel an Gerüstmaterial festgestellt, an 8 Bauten war teilweise schlechtes Gerüstmaterial verwendet. In 36 Fällen waren die Gerüste nicht genügend verankert (befestigt mit dem Innenaufbau). Geländer und Gabelbrett fehlten teilweise in 12 Fällen. Bordwände, die hauptsächlich in den oberen Stockwerken gegen die Gefahr des Abstürzens gute Dienste leisten würden, sind nirgends angebracht. In 9 Fällen fehlte ein Aufzugerrüst; die Arbeiter mußten für die ganze Erstellung der Bauten verbracht werden, ohne daß irgend ein Gang- oder Schuttermittel angebracht war; so sogar unten waren Arbeiter der Gefahr ausgesetzt, von herabfallenden Gegenständen getroffen zu werden, z. B. am Neubau Stiller in der Oberbachstraße. In diesen Fällen sollte unbedingt von Kompartimenten Gänge aus dafür gesorgt werden, daß Schuttermittel angebracht werden. Die Tatsache, daß an den meisten Bauten die Gerüste nach Vollendung der Maurer- und Zimmerarbeiten entfernt und dann die Dachbeder, Plafonds- und Malerarbeiten verbracht werden müssen, meist unter Lebensgefahr (Unfälle hierbei sind schon öfter vorgekommen), erfordert auch hier ein Eingreifen seitens des Baukontrollamts.

Als ein großer Mangel muß es bezeichnet werden, daß bei Dachreparaturen in den meisten Fällen von einer Schutzvorrichtung nichts zu sehen ist. In vereinzelten Fällen werden Gerüste angebracht, die als praktisch zu bezeichnen sind und sowohl zum Schutze der Arbeiter als der Straßengänger dienen. Diese Vorrichtung wäre insbesondere der Stadtverwaltung bei Reparaturen, wie z. B. an der Oberbachstraße zur Nachahmung zu empfehlen.

Was den Schutz durch Abdeckung der auf dem Bauteil befindlichen Eingänge und Gänge an der Baustelle, sowie den Schutz für die Straßengänger an betrifft, konnte in keinem einzigen Falle festgestellt werden, daß der Vorrichtung vollständig Rechnung getragen ist.

Beschaffenheit der Bauhütten. Auf 6 Baustellen war trotz Vorschrift keine Bauhütte vorhanden und in 27 Fällen war diese zu klein; in 12 fehlten Tische und in 5 sogar die Stühle; in 16 Bauhütten wurde auch Material gelagert; 5 hatten keinen Holzboden, 1 kein wasserfestes Dach; an 8 fehlte eine dicke Seitenwand, 10 hatten keine Fenster, in 21 Fällen kann das Fenster nicht geöffnet werden; in 10 Fällen fehlt ein Verbandskasten, in 28 wird für Reinigung nicht gesorgt, 40 Bauhütten haben keine verschließbare Tür.

Beim Materialtransport, der mittels Rolltreppen im Innenaufbau erfolgt, sollte dafür gesorgt werden, daß eine Vorrichtung angebracht wird, welche die Personen, die den Bau zu betreten benötigt, vor herabfallenden Gegenständen, wie Dachsteinen und dergleichen, schützt. Des weiteren sollte mehr darauf gesehen werden, daß die Aufgänge sorgfältig angebracht werden, damit diese etwas bequemer zu begeben sind; auch die vorgeschriebenen Abstellplätze fehlen in den meisten Fällen und werden meistens Fensterbänke benutzt, was für die Tagelöhner sehr gefährlich ist und deshalb verboten werden sollte.

Die Abdeckung der Balkenlagen läßt in vielen Fällen noch zu wünschen übrig; während auf verschiedenen Bauten in dieser Hinsicht Ordnung herrscht, bestimmen sich anderwärts die leitenden Personen nicht viel um den Schutz der Bauarbeiter.

Worte fehlen auf zehn Baustellen. In allen Fällen ist von Desinfektion keine Rede, obwohl eine solche bei heißer Jahreszeit sehr notwendig wäre, da der Abort sich oft in der Nähe der Bauhütte oder von Wohnungen befindet. Warte im Souterrain, die mitunter an die provisorische Küche für die Arbeiter angeschlossen sind, sind des öfteren anzutreffen. Pissloirs sind auf Baustellen nicht angebracht.

Die Bestimmungen für Innenaufbauten finden ebenfalls keine Anwendung. Wesentlich wie die Ordnung auf Rohbauten ist dieselbe auch in Innenaufbauten anzutreffen. Räume für Aufbewahrung von Kleidern, obwohl gewiß leicht anzubringen, sind nicht zu finden, höchstens ein verschließbarer Raum für Rohwaren und sonstiges Material. Einen Schlafraum und Kesselraum zu beschaffen, ist den Leuten selbst überlassen. Für die Gesundheit der im Innenaufbau beschäftigten Arbeiter ist in keiner Weise Sorge getragen. Von Arbeiten, welche in Zugluft oder in vollständig offenen Bauten verrichtet werden müssen, wollen wir vorläufig ganz absehen.

Bei den Tiefbauten sind Mängel in weitgehendem Maße anzutreffen. Zunächst sei nur auf die Gefahr des Einstürzens von Erd- und Steinmassen hingewiesen. Tatsache ist es, daß Ausschachtungen an Neubauten bis zu einer Tiefe von sechs und mehr Metern vorgenommen werden, ohne daß abgesichert wird. Es sollte unbedingt Sorge der Aufsichtsbehörde sein, daß in allen Fällen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, und wenn die Gefahr des Einstürzens nicht ersichtlich ist, denn es können dadurch Unfälle, wie kürzlich bei einem Neubau in Oßheim vorgekommen, wo zwei Arbeiter beschüttet wurden und ein Arbeiter den Tod gefunden hat, verhütet werden.

Die Bauarbeiter Stuttgarts haben den Eindruck gewonnen, daß mit dem jetzigen System der Baukontrolle die Durchführung des Gesetzes nicht beschleunigt wird. Die Kontrollen müssen als vergebens ab, wenn ihren Anordnungen nicht mehr als feiger Folge geleistet wird. Die auf Bauten beschäftigten Arbeiter konnten die Wahrnehmung machen, daß selbst bei energigsten Vorgehen der Funktionäre eine genaue Zeit vergeht, bis seitens der Behörde eingeschritten wird.

Im Interesse der Öffentlichkeit liegt es, die Baukontrolle in Stuttgart endlich einmal im Sinne des Gesetzes durchzuführen.

\* **Ueber das Ergebnis der Prüfungen für den Staatsdienst im Baufach** teilt das „Zentralblatt der Bauverwaltung“ mit:

Vor dem königlichen technischen Oberprüfungsamt in Berlin haben in der Zeit vom 1. April 1905 bis dahin 1906 im ganzen 252 Regierungsbauführer die zweite Hauptprüfung für den Staatsdienst im Baufache nach den Vorschriften vom 1. Juli 1800 abgelegt, und zwar 105 für das Hochbaufach, 56 für das Wasser- und Straßenbaufach, 42 für das Eisenbahnbau- und 49 für das Maschinenbau- und Maschinenbau. Von diesen Bauführern haben 215 die Prüfung bestanden, und zwar 91 als Baumeister für das Hochbaufach, 45 als Baumeister für das Wasser- und Straßenbaufach, 37 als Baumeister für das Eisenbahnbau- und 42 als Baumeister für das Maschinenbau- und Maschinenbau. 214 sind zu Regierungsbauleitern ernannt worden; 6 haben das Prädikat „mit Auszeichnung“ und 24 das Prädikat „gut“ erhalten. Von 577 Regierungsbauleitern, die am 1. April 1905 im Staatsdienste beschäftigt waren, gehörten dem Hochbaufache 229, dem Wasser- und Straßenbaufache 139, dem Eisenbahnbau- und 153 und dem Maschinenbau- und Maschinenbau 56 an. Im Laufe des letzten Rechnungsjahres sind als Bauinspektoren fest angestellt worden: 85 Regierungsbaumeister, und zwar für das Hochbaufach 26, für das Wasser- und Straßenbaufach 24, für das Eisenbahnbau- und 24 und für das Maschinenbau- und Maschinenbau 12. Gestorben sind im letzten Rechnungsjahre 2 Regierungsbaumeister, von denen dem Hochbaufache 1 und dem Wasser- und Straßenbaufache 1 angehörten. Die Entlassung aus dem Staatsdienste haben erhalten 57 Regierungsbaumeister; davon gehörten dem Hochbaufache 18, dem Wasser- und Straßenbaufache 13, dem Eisenbahnbau- und 6 und dem Maschinenbau- und Maschinenbau 20 an.

### Zur Frage der Baukontrollen.

Auf dem letzten deutschen Handwerker- und Gewerksamertage in Nürnberg kam, wie wir in letzter Nummer unseres Blattes mitgeteilt haben, auch die Frage der Baukontrollen zur Sprache; sowohl der Referent wie die Diskussionen haben gegen die Ausübung der Kontrolle durch Arbeiter unter Aufsicht der Gewerkschaften Verwahrung eingelegt. Der Referent Heine-Dortmund meinte, der Zentralverband christlicher Bauhandwerker gebe sich schon mit einer Regelung im Verwaltungsweg zufrieden, während die blosen Sozialdemokraten die reichsgesetzliche Regelung fordern. Dazu schreibt man der „Allg. Volkszeitung“ aus jenem Verbands folgendes:

Auch unsere Petition fordert ausdrücklich reichsgesetzliche Ordnung des Bauarbeiterbeschutzes, und das geschieht sich selbstverständlich auch auf die Forderung der Zuziehung von Arbeiterkontrollen. Es liegt eine gewisse Inkonsequenz darin, wenn man auf der einen Seite die Forderung des gesetzlichen Beschutzes nachweist, auf der anderen Seite aber die Forderung der Gesellen und Arbeiter, Fachmänner auch zur Kontrolle der Bauten zuzuziehen, weit von der Hand weist. Ganz abgesehen von dem Empfinden, daß ihr Leben und ihre Gesundheit nur sehr mangelhaft geschützt sind, müssen es die baugewerblichen Arbeiter als Mangel ihres Berufs ansehen, wenn mit seltenen Ausnahmen Baui, wie es nun einmal auf diesem Gebiete die Polizeibehörden sind, mit dieser Kontrolle betraut werden. Wir stimmen keineswegs demjenigen zu, welche diese Organe als durch die Unternehmer beeinflusst hinstellen; aber es ist denselben einfach beim besten Willen unmöglich, im Nebeneinander eines solchen Gewerbezweigs sachgemäß zu kontrollieren, um so mehr, als meistens die einschlägigen fachlichen Kenntnisse fehlen. Wenn weiterhin der Referent meint, daß die Zahl der irdlich Verletzten bei den Unfällen in den letzten Jahren gefallen sei, so gilt das nur bis 1903. 1903 betrug nämlich die Zahl 1,07, 1903: 0,99, aber 1904 war sie schon wieder auf 1,01 pro 1000 Arbeiter gestiegen. Ebenfalls ist die Zahl der Gesamtunfälle gestiegen von 1903: 56,43 auf 1904: 59,08 pro 1000 Arbeiter. Sinnlos ist auch die Forderung, mit der Anstellung von Arbeiterkontrollen würde der sozialistischen Agitation Tür und Tor geöffnet. Wir wissen gar nicht, wie das möglich sein sollte. Zur Propaganda auf den Bauten würde jedenfalls keine Zeit sein und außerdem hätten ja hier Meister und Poliere genug Mittel, um solche Agitation zu unterbinden.

Daß der christliche Verband sich in dieser Frage zu der Stellung bekennt, die so lange schon die freien Zentralverbände der baugewerblichen Arbeiter, in erster Linie der Zentralverband der Maurer, eingenommen haben, mag christlichen Unternehmern nicht gefallen. Aber sie können nicht verhindern, daß in diesem Punkte die „christlichen“ und die „gottlosen“ Gewerkschaften zusammengehen. Es ist nebenbei, daß man im christlichen Verband nicht glaubt, daß die Polizeibehörden durch die Unternehmer beeinflusst werden. Aber bemerken wollen wir, daß dieses doch die Wahrheit ist. Besteht die Beeinflussung nicht direkt, so wenigstens indirekt durch das Überwiegen der Interessen des Unternehmertums im Staate und der Gemeinde.

Daß dem „Innungsverband deutscher Bau-gewerksmeister“ die Baukontrollen durch Arbeiter auf diese verhasst ist, und daß er alle Regierungsstellen gegen Arbeiterforderungen stark zu machen sucht, ist hinreichend bekannt. Diese Schamlosigkeit an und für sich überläßt niemand mehr. Wahrscheinlich schließt man es aber mit der Beweiskraft der Herren Innungsmeister stehen, da sie es nicht verschmähen, die Wahrheit ganz schändlich zu verweigern und sie mit Fäulnis zu freten. Dies ist wieder einmal recht offenbar geworden auf dem 21. Delegiertenkongress des Innungsverbandes.



der vom 9. bis 11. September in Stuttgart abgehalten worden ist. Eine neue Unwahrheit, so schreibt die dortige Bauarbeiter-Schutzkommission, haben hier die Herren vom Bau an den Tag gefördert, und zwar Stuttgarter Herren, G. Busch und H. Hauser.

Diese Herren wissen eben, daß gerade das bayerische und württembergische System der Baufontrolle dem Reichstag als Muster vorzuweisen. Alle bis jetzt bekannten Berichte über die Erfolge dieser bayerischen und württembergischen Baufontrolle erklären, daß sich die Einrichtung vortrefflich bewährt hat und die Unfälle seit der Anstellung von Baufontrollanten eine erhebliche Abnahme erfahren haben. Dies ist der springende Punkt, der die Annahme des Kommissionsbeschlusses im deutschen Reichstag als möglich erscheinen läßt.

Die Herren Baugewerksmeister wollen nun aber um jeden Preis einen wirksamen Bauarbeiter-Schutz verhindern, weil er eben Geld kostet. Da aber die Verhinderung mittels der Baufontrolle nicht möglich erscheint, wird zur Waffe der Verdrehung und Verächtlichmachung gegriffen.

Ist es nicht eine vollständig beweislose, schwere Verdächtigung der bayerischen Baufontrollanten, wenn Busch sagt: „Im ganzen genommen hätten wir in Stuttgart erhebliche Mängel beobachtet, die nicht anzufragen, weil die Baufontrollanten unter der Aufsicht und Verantwortung der Baugewerksmeister stehen?“

Hauser geht aber noch viel weiter. Er behauptet einfach: Durch die Verwendung von Baufontrollanten zur Kontrolle sei jedenfalls eine Verminderung der Unfälle nicht eingetreten.

So etwas wagt der Vorsitzende der bayerischen Baugewerkschaften, die Baufontrollanten zu sagen, derselbe H. Hauser, der vor einem Jahre noch Stuttgarter Gemeinderat war und bei der ganzen Einrichtung der Stuttgarter Baufontrolle bekannt ist, der damals alles aufgab, um die Anstellung von Baufontrollanten als Kontrollanten zu verhindern, der, als er sich in der Minderheit sah, den jetzt tatsächlich bestehenden Zustand der Minderheit der Baufontrollanten den Unternehmern gegenüber hat mit Absicht herbeiführen helfen. Trotz dieses Tatbestandes ist aber dennoch seine Behauptung unwahr.

Eine Verminderung der Unfälle ist seit der Anstellung der Baufontrollanten bewiesen. Bei der Stuttgarter Ortsbehörde sind folgende Unfälle im Baugewerbe in den letzten 6 Jahren gemeldet worden:

1900	.....	858	Unfälle	1903	.....	434	Unfälle
1901	.....	828	"	1904	.....	843	"
1902	.....	898	"	1905	.....	861	"

Die Baufontrollanten wurden im Frühjahr 1904 angestellt. Obgleich die Zahl der beschäftigten Baufontrollanten in den letzten Jahren ständig zugenommen hat und obwohl die Arbeiter durch die Erziehung in der Organisation sich immer mehr daran gewöhnen, auch den kleinsten Unfall (ja mehr, was früher vielfach vernachlässigt wurde, ist in diesem Jahre die Zahl der in Stuttgart gemeldeten Unfälle im Baugewerbe von 434 auf 843, das ist um 91 Fälle, zurückgegangen.

Dieser Juristengauk hat auch im Jahre 1905 angehalten; die Erhöhung der Zahl auf 861 ergibt sich aus der vermehrten Zahl der Beschäftigten.

Es steht also nachgewiesenmaßen fest, daß sich seit der Anstellung von Baufontrollanten in Stuttgart die Zahl der Unfälle gemindert hat, während sich diese Zahl im allgemeinen in vielen Gegenden vermehrt hat.

Die Stadt Stuttgart war nach den Berichten auf dem Innungsstag der deutschen Baugewerksmeister vertreten durch Gemeinderat Dr. Reich.

Warum, so fragt die Bauarbeiter-Schutzkommission, hat der bayerische Vertreter nicht die bayerischen Beamten gegen diese ungeheuerlichen Verleumdungen in Schutz genommen? Wir wollen annehmen, daß es dem Vertreter der Stadt durch irgend einen Umstand nicht möglich war, die Feststellung der Wahrheit sofort vorzunehmen, wie es der Regierungsvertreter Herr Oberbaurat Finschelin in ansehnlicher Weise getan hat; wo aber bleibt denn das bayerische Amtsblatt?

Wir müssen verlangen, daß dies jetzt noch nachgeholt wird und der ganze Sachverhalt in einwandfreier Weise seitens der bayerischen Behörden offiziell festgestellt wird, damit der Zweck der Baugewerksmeister, durch Aufwindelung des deutschen Reichstages auf Kosten der Wahrheit einen wirksamen Bauarbeiter-Schutz im Deutschen Reich zu verhindern, nicht erreicht wird.

## Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* Der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Industriegebiet ist vom Einigungsamt mit allen Erweiterungen und Beschläüssen, die zur Ergänzung der einzelnen Positionen vorgenommen resp. gefaßt wurden, neu herausgegeben. Die ganzen einschlägigen Bestimmungen sind in einer handlichen Druckschrift von 42 Seiten Umfang zusammengefaßt. Der Inhalt umfaßt: den Friedensvertrag, den Arbeitsvertrag, das Verzeichnis der Schlichtungskommissionen und ihrer Vorsitzenden und Obmänner, die Geschäftsordnung der Schlichtungskommissionen und die Arbeitsordnung des Arbeitsgerichts. Es ist ein gewaltiges Stück Arbeit in diesen Wätern enthalten.

Der verdienstvolle Vorsitzende des Einigungsamtes, Herr Weigand, hat sich, äußert sich in einem kleinen Wortwort über die mit dem Vertrag gemachten Erfahrungen. Es heißt dort:

„Der Versuch, die Arbeitsbedingungen im Baugewerbe für ein Gebiet von 350 verschiedenen Ortschaften einheitlich durch einen Kollektivvertrag zu regeln, hat sich, soweit sich aus seiner einschlägigen Wirksamkeit ein Urteil gewinnen läßt, wohl bewährt. Freilich hat der Vertrag bereits in manchen Punkten, namentlich hinsichtlich der Arbeitszeit und der Lohnverhältnisse durch das Einigungsamt abgeändert werden müssen. Es haben ferner zu fast sämtlichen Paragraphen nähere Bestimmungen, Festlegungen oder Ergänzungen durch das Einigungsamt gegeben werden müssen. Das Einigungsamt ist weit davon entfernt, hierin einen Mangel zu sehen. Es ist im Gegenteil der Auffassung, daß nur durch fortwährende, immer wieder erneute Anpassung des Vertrages an die wechselnden Bedürfnisse des täglichen Lebens der Kollektivvertrag vor Entfaltung bewahrt und in der Schlichtungsamt erhalten werden kann, die ihn bei den schnell veränderlichen in-

dustriellen Verhältnissen unseres Gebietes zu einem brauchbaren und gerechten Vertrag unterer sozialer Entwicklung macht. Alle hierzu nötigen Beschläüsse des Einigungsamtes sind, ebenso wie die Entscheidungen der Verhandlungen, wenn auch mitunter erst nach mehrmaligen Verhandlungen, ausnahmslos einstimmig gefaßt worden.“

Die vertraglich geschaffenen Einrichtungen haben im ganzen ihre Gültigkeit behalten. Freilich soll nicht verschwiegen werden, daß manche Schlichtungskommissionen, zu langsam arbeiten und daher einige ansehnliche untergeordnete Angelegenheiten nicht in der Zeit abgemacht werden konnten. Bei der Neuheit dieser Einrichtungen ist dies begreiflich. Es wird aber, wie bisher, so künftig noch mehr eine besondere Sorge des Einigungsamtes sein, diesen ganzen Aufbau von 57 Schlichtungskommissionen zu weniger schwerfälligen, zu glatterem und vor allem zu schnellerem Arbeiten zu bringen.

Die Verfügungen dieses Amtes, der gewiß dazu berufen ist, über dieses Thema seine Meinung zu sagen, verdienen zweifellos, festgehalten zu werden.

\* Vom Baufontwinder. In Chemnitz blüht gegenwärtig der Baufontwinder besonders üppig. Es sind in kurzer Zeit eine ganze Anzahl Fälle vorgekommen, wo verlassene „Baufontwinder“, die wegen vorerhaltenen Arbeitslohn von Arbeitern verlagert wurden, vor das Gericht hintraten und erklärten, sie hätten kein Geld, hätten selber nichts und könnten die verlangten Beträge nicht bezahlen. Jetzt war wieder so ein Fall zu verzeichnen. Acht Arbeiter verlangten insgesamt über 4000 von den „Baufontwindern“ R. und M. Diese kamen von einem Bodenbesitzer für 24000 ein Grundstück bei 1000 (1) Anzahlung „gekauft“. Bauverträge erhielten die „Baufontwinder“ von einer Bank unter bestimmten Bedingungen. Aber als der Bau fertig war, stellte die Bank die Zahlungen ein und die „Baufontwinder“ waren „geplatzt“. Handwerker und Arbeiter sind wieder einmal die Geschädigten. In dem Gewerbegerichtsprozeß erklärten die „Baufontwinder“: „Wir haben nichts, von uns können Sie nichts kriegen!“ Darauf empfahl der Vorsitzende den Klägern für den Fall, daß die Forderung wirklich ohne Erfolg sein sollte, die Geldgeber zu verklagen, denn alle, die am Bau interessiert sind, seien haftbar zu machen. — Es ist in allen solchen Fällen, raten, die vorgeschobenen Personen zusammen mit den Geldgebern zu verklagen. Bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches (S. 89 des Kommissionsberichts, Reichstagsdrucksache 1895/97 Nr. 440) haben Regierungsvertreter ausdrücklich erklärt: außer dem unmittelbaren Vertragschließenden haftet der, in dessen Nutzen die Arbeitsleistung verwendet wird und der von vornherein weiß, daß der von ihm im eigentlichen Interesse angenommene Zwischenunternehmer zahlungsunfähig sei und daher die Arbeiter nicht bezahlen werde. Eine Reihe Gewerbegerichte, so München, Magdeburg, auch Berlin, sind durch Beachtung dieser auf § 826 B. G. B. (Verstoß gegen die guten Sitten) und § 117 (Schuldvertrag) folgenden Auslegung einigen Baufontwindern mit Erfolg entgegengetreten.

## Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

gh. Die Fälle, in denen berufstätige Arbeiter mit ihrem Anspruch auf eine Unfallversicherung deshalb abgewiesen werden, weil der Unfall nach den Unfallversicherungsbedingungen nicht als „bei dem Betriebe sich ereignender Unfall“ anerkannt wird, häufen sich immer mehr. Darunter sind sehr viele Fälle, in denen das Rechtsgedächtnis der Arbeiter eine Entschädigung als unbedingt notwendig empfindet. In solchen Fällen erscheint die Abweisung des Entschädigungsanspruchs als eine unerträgliche Ungerechtigkeit, die durch eine sachgemäße Anwendung der Gesetze möglicherweise beseitigt werden sollte. Die Unternehmer wollen freilich davon nichts wissen. Ihre Vertreter gehen auf die Verschleierung der Arbeiterversicherung hinaus. Um so mehr ist es unsere Pflicht, die Arbeiter über die bestehende Ungerechtigkeit aufzuklären, damit die nötigen Verbesserungen durch den Druck der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung der herrschenden Klasse abgezwungen werden.

Als Beispiel sei zunächst folgender Fall angeführt. Ein Arbeiter ist nach dem Monat Juli 1903 an beiden Augen erblindet. Er führt dieses Leiden auf eine Kleinverletzung zurück, die er im Sommer 1903 beim Anstrich eines Hauses mit Bleifarbe sich zugezogen haben will. Es wurde festgestellt, daß der Arbeiter schon seit dem Jahre 1899 häufig mit der Verwendung von Bleifarbe beschäftigt und auch beim Anstrich von Gebäuden zugezogen war.

Nach den Gutachten mehrerer ärztlicher Autoritäten, die in dieser Sache eingeholt wurden, ist es Tatsache, daß bei solcher Beschäftigung trotz aller Vorsicht die mit Bleifarbe vermischte Farbe in die Augen, den Mund und die Nase eindringen kann. Auf diese Weise wird nach und nach viel in größerer Menge dem Körper zugeführt und dort aufgesaugt. Schließlich tritt die Erkrankung durch Bleivergiftung in verschiedenen Formen auf. Eine solche Erkrankung hat auch den Arbeiter in dem vorliegenden Falle betroffen. Auf Grund dieser Tatsachen kam das bayerische Landesversicherungsamt zu dem Schluss: es handle sich hier nicht um einen Unfall, da dieser plötzlich eintritt, während hier die Bleivergiftung sich allmählich aus einer sogenannten „Gewerkekrankheit“ herausgebildet habe. Dem Arbeiter stehe daher auch ein Anspruch auf Unfallentschädigung nicht zu.

Nun gibt es andere ärztliche Autoritäten, welche der Meinung sind, daß eine solche Vergiftung als Betriebsunfall gelten müsse. Wir wollen hierauf heute nicht eingehen. Für uns kommt vielmehr einzig und allein in Betracht, ob es richtig ist, daß einem solchen Arbeiter eine angemessene Entschädigung verweigert wird. Diese Frage wird jeder denkende Arbeiter verneinen. Ob der Arbeiter plötzlich oder allmählich vergiftet worden ist, das muß für die Entschädigung ganz gleichgültig sein.

Dasselbe gilt für den folgenden Fall, der in dem oben erwähnten Jahresbericht des Arbeitersekretariats Bremen besprochen wird. Ein Arbeiter hatte eine Arbeit zu verrichten, bei der er genötigt war, viel mit Schraubenziehern zu arbeiten. Beim Festspannen derselben muß die Kraft

der anspannenden rechten Hand bis aufs äußerste holl angewendet werden, ebenso beim Lösen der Bringe. Am 28. Februar 1904 stellten sich infolge dieser Arbeit Schmerzen ein, die Hand schmol. Am 2. Tage später war der Verletzte genötigt, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Er wurde längere Zeit behandelt und mußte sich einer Operation unterziehen, durch welche er an der rechten Hand den Ringfinger und den Mittelfinger verlor.

Die Berufsgenossenschaft bestritt, daß der Arbeiter durch einen Betriebsunfall geschädigt sei. Sie nahm an, die Hand sei schon längere Zeit vor jener Arbeit krank gewesen, und die Schmerzen wären nur bei der Arbeit stärker als sonst aufgetreten. Aber auch in dem Fall, daß der vorliegende Fall als „Schraubenziehern“ die Ursache der Erkrankung gewesen sein sollte, würde es sich nach der Meinung der Berufsgenossenschaft nicht um einen Unfall, sondern um eine „Gewerkekrankheit“ handeln. Die Berufsgenossenschaft weigerte sich demgemäß, dem Verletzten eine Entschädigung zu bewilligen.

Dieser Meinung der Berufsgenossenschaft schloßen sich Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt an. Das letztere führte in seiner Begründung aus:

„Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die Kraftentwässerung des Arbeiters bei dieser Tätigkeit eine erhebliche gewesen ist, so liegt doch ein solches Gantieren mit den Schraubenziehern innerhalb der Grenze der gewöhnlichen Tätigkeit des betreffenden Betriebes. Auch ist von dem Arbeiter selber nicht behauptet worden, daß eine einzelne, bestimmte, bis zum Höchstmäß der imwohnlichen Körperkraft gesteigerte, etwa ruckartige Anspannung die Schmerzen und Schwellungen verursacht habe, welche sich an jenem Tage im Laufe des Nachmittags in der rechten Hand zeigten. Die Annahme, daß die ersten Symptome der Handerkrankung, insofern überhaupt, ein ursächlicher Zusammenhang zwischen derselben und der vom Verletzten am 28. Februar 1904 verrichteten Arbeit bestünde, auf den 2. und 3. Tag des ganzen Tages andauern, auf den 4. Tag ausbleiben und erst am 5. Tag wieder auftreten, ist daher ohne Bedeutung. Eine derartige, im Rahmen der gewöhnlichen Betriebsleistung während eines ganzen Vormittags stattgehabte Draudaubung kann aber als Unfall im Sinne des Gesetzes nicht angesehen werden. Es steht hierbei an dem für den Begriff des Unfalls charakteristischen Merkmal des plötzlich eingetretenen, verhältnismäßig kurze Zeit beschränkten Ereignisses.“

Wegen solcher — juristischen Feinheiten ist der schwer geschädigte Arbeiter um die erhoffte Entschädigung gekommen. Kein Arbeiter wird diesen „Rechts“gustum als richtig anerkennen.

Überdies suchen die Berufsgenossenschaften die für die Arbeiter so nachteilige Unterscheidung zwischen Unfall und Gewerkekrankheit selbst auf solche Fälle auszuweiten, bei denen sie auch nach den maßgebenden Entscheidungen des Reichsversicherungsamts gar nicht in Betracht kommen kann. Ein Arbeiter mußte in der Nähe eines Mühlgrabens arbeiten. Dabei rutschte er von einem Brett, auf das er sich gestellt hatte, ab und kam mit einem Fuß in das kalte Wasser. Außerdem tropfte von oben auf ihn Wasser herab. Auf diese Weise wurde er so durchnäßt, daß er um 9 Uhr Morgens die Kleider wechseln mußte. Er zog sich, da er überdies dem Aufstieg ganz besonders ausgelegt war, plötzlich eine derartige Erkrankung zu, daß schon am Abend bei ihm, der bis dahin völlig gesund und arbeitsfähig war, in allen Gliedern des ganzen Körpers stechend Schmerzen auftraten. In den darauf folgenden zwei Tagen mußte er unter Schüttelfrost das Bett hüten und dann sein Vorhaben, die Arbeit wieder fortzusetzen, aufgeben, sich vielmehr in ein Krankenhaus begeben, wo er bald darauf verstarb.

Nach dem ärztlichen Gutachten hatte sich der Arbeiter bei seiner Arbeit eine schwere Erkältung zugezogen, an die er selbst hat sich ein Gelenkrheumatismus mit Entzündung des Herzens als unmittelbare Folge angegeschlossen. Demnach steht der Tod des Arbeiters in ursächlichem Zusammenhang mit der Erkrankung.

Trotzdem bewweigerte die Berufsgenossenschaft die Entschädigung an die Witwe und Kinder des Arbeiters, da die Arbeit bei einer solchen Kälte nicht ein außergewöhnliches, plötzlich auftretendes Ereignis und daher auch nicht ein Unfall im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes sei. Das Schiedsgericht schloß sich sogar der Auffassung der Berufsgenossenschaft an und wies ebenfalls die Hinterbliebenen des Verunglückten mit ihrer Entschädigungsforderung ab. Glücklicherweise legten die Beteiligten Rekurs an das bayerische Landesversicherungsamt ein, und dieses verurteilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Entschädigung. Es führte mit Recht aus: das Gerateträufeln des Wassers auf den teilweise im Wasser stehenden Arbeiter, der übermäßige Aufstieg und die Durchdringung des Körpers während der anstrengenden Arbeit wirkten in ihrem Zusammenhange als ein außergewöhnliches (betriebsfremdes) Ereignis und verurteilten eine plötzliche Erkrankung, die als Betriebsunfall anzusehen sei.

Bezeichnend ist auch das Verhalten einer Berufsgenossenschaft gegenüber einem Arbeiter, der zu Fall kam, als er mehrere Bretter trug. Er erlitt eine Querschnitts- und starb nach längerem Leiden. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch auf Entschädigung der Hinterbliebenen ab, weil nach dem Gutachten der Ärzte in der Krankenanstalt, in welcher der Arbeiter zuletzt behandelt wurde, der Tod des Mannes durch ein Rückenmarkleiden herbeigeführt worden sei, das mit dem Unfälle nicht in ursächlichem Zusammenhang stehe. Dabei hatte die Berufsgenossenschaft aber nicht berücksichtigt, daß in dem angegebenen Gutachten ein gewisser Zusammenhang des Todes mit dem Unfall insofern anerkannt wurde, als es dort heißt: „Daß auch der allgemeine, durch den Unfall verursachte Marasmus (Entzündung) des Rückens mit zu dem Rückenmarkleiden in ursächlichem Zusammenhang beigetragen hat, ist wahrscheinlich.“ Ferner wurde in einem Gutachten des erstbehandelnden Arztes darauf verwiesen, daß der Arbeiter bis zum Tage des Unfalles immer gearbeitet hatte, ohne daß sich Erscheinungen eines Rückenmarkleidens gezeigt hätten. Das Gutachten gab daher der Überzeugung Ausdruck, daß der Unfall den Tod verschuldet



habe, oder doch wenigstens das Leben durch den Unfall zum Ausbruch gekommen sei. Auch ein Obergutachten, welches das Schiedsgericht von der künft. medizinischen Klinik in Kiel eingeholt hatte, nahm mit sehr großer Wahrscheinlichkeit an, daß der Unfall auf die Entstehung des Rückenmarkleidens und des sich daran anschließenden Todes einen mittelbaren Einfluß ausgeübt hat. Daher verurteilte das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft zur Entschädigung der Hinterbliebenen.

Solche Streitfragen und jene Ungerechtigkeiten müssen unter allen Umständen durch eine Aenderung der Gesetze unmöglich gemacht werden.

## Polizei und Gerichte.

**\* Polizei und Arbeitswillige** spielen gegenwärtig in den Nürnberger Gerichtssälen eine bedeutende Rolle; und mehr denn der Streikführer, wenn er nicht über eine Anzahl anderer Zeugen seiner „Verbrechen“ verfügt, als über diese zwei Faktoren, er würde beiseide im Namen der Gerechtigkeit ungenügend beurteilt, wie einige Fälle zeigen.

Die Staufstube trugte bekanntlich zu arbeiten auf, weil ihre Meister infolge der Aussperrung und des Streiks der Maurer keine Arbeit mehr für sie hatten. Am 24. Juni sah der Staufstube August Bachter den Staufstube Kehl in dem Neubau Peterstraße 41 arbeiten. Er stellte ihn in kollektiver Weise zur Wehre und erhielt zur Antwort: „Ihr Menschen könnt mir nichts machen!“ Darauf hat der so beleidigte dem Arbeitswilligen ebenfalls keine Schmiedeleien gesagt. Angeklagt wurde aber nur der Streikende resp. der Aussperrte, während der Arbeitswillige unbeschädigt ausging. Der Aussperrte erhielt ein Strafmandat (1) lautend auf 1 Monat Gefängnis. Auf seinen Einspruch kam die Sache zur Verhandlung. Hier wurde festgestellt, daß sich damals die Staufstube gar nicht in einer Wohngegend befunden hatten. Der Amtsanwalt bemerkte, daß Bachter wegen Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung nicht verurteilt werden und dies auch auf Grund des § 185 des R.-St.-G.-B. (Weilens) nicht geschehen könne, weil deshalb kein Antrag gestellt ist; er beantragte, das Schöffengericht möge seine Unzulänglichkeit aussprechen und die Sache dem Landgericht überweisen. Dieses tat dem Amtsanwalt den Gefallen nicht, sondern sprach den Angeklagten von einem Vergehen wider § 153 frei. Ganz leer sollte der Angeklagte aber nicht ausgehen. Ein Schuhmann erklärte als Zeuge, daß der Angeklagte später, als er von dem Schuhmann notiert wurde, ziemlich laut geschrien habe; das sei „grober Unfug“ — folgedessen A 3 Geldstrafe.

Wie diese Angelegen und Anlagen gegen Streikende zu hande kommen, geht aus dem weiteren Fall besonders deutlich hervor. Der Maurer Johann Ziegler wurde beschuldigt, einen Arbeitswilligen beschimpft zu haben, und er bekam dafür auf dem Wandbauwege 3 Tage Gefängnis. Auch er erhob Einspruch. Vor Gericht stellte sich nun die Sache so heraus, daß Kollege Ziegler vor Beginn des Maurerstreiks zu dem Kollegen Hofmann gesagt hatte: „Wenn es zum Streik kommen sollte und Du hörst nicht auf, dann müssen wir Dich natürlich als Streikbrecher ansehen, wenn Du auch bei einem Zugschaffordanten arbeitest.“ Diese Äußerung ist wieder strafbar, noch fand der Angeredete — wie er vor Gericht erklärte — etwas Besonderes darin. Nun trat aber der Zugschaffordant Rollenberger hinzu und rebete nach der Aussage des Hofmann solange in diesen hinein, bis dieser zur Polizei lief und Anzeige gegen den Kollegen Ziegler erstattete. Die Folge war das Strafmandat. Ohne weitere Zeugen zu übernehmen, sprach das Gericht den Angeklagten kostenlos frei.

Nun kommt ein Fall von außerordentlichem Interesse. Am 8. August gab es vor dem Neubau der Kaufmännenschaft, wo einige Arbeitswillige arbeiteten, einen kleinen Aufruhr. Der streikende Maurer Karl kam auf dem Wege zu seiner in der Nähe gelegenen Wohnung zufällig dazu, war aber — wie ohne Zweifel vor Gericht festgestellt worden ist — an dem Aufruhr nicht beteiligt, sondern er ging, sein Rad nebenherfahrend, direkt auf seine Wohnung zu, um dort etwas zu holen und dann eine Privatangelegenheit in Rührung zu befragen. Als er nach seiner Wohnung zu wollte, liegen ihn Schulleute trotz wiederholter Vorstellung nicht raffen. Schließlich und ohne jeden Anlaß wurde der Karl von einem Schuhmann über das Rad hinweg zu Boden geschleudert und ein anderer Schuhmann hieb mit dem blanken Säbel zwei- oder dreimal auf den weichen Boden liegenden bezug, im Aufstehen begreifenen Mann ein, der nur seinen linken Arm emporgiess, um die Säbelhiebe am Kopfe auszuhalten. In einem Rechtsstaat, wo Gerechtigkeit das höchste Gesetz sein soll, könnte man glauben, gegen diese Schulleute würde ohne weiteres eine Untersuchung eingeleitet und das Verfahren wegen Verbrechens im Amt eröffnet. Das war nicht der Fall — auf die Anklagebank kam der brutal Mißhandelte, und zwar wegen tätlichen Angriffs und Körperverletzung der Schulleute! Das wäre beinahe zum Lachen, wenn die Sache nicht so furchtbar ernst wäre. Die Schulleute hatten nämlich angegeben, daß der Mann sie angegriffen und mit dem Messer gestochen habe. Durch eine große Anzahl Zeugen wurde festgestellt, daß von alledem nichts wahr ist, ja selbst die betreffenden Schulleute mußten angesichts des erdrückenden Beweismaterials gegen sie zugeben, daß der Mißhandelte nicht im geringsten tätig gegen sie vorgegangen war. Der Schuhmann Reichel (Nr. 88) erklärte schließlich, daß er sich geirrt habe. Als nächster Zeuge wurde der Schuhmann Meier II. (Nr. 202) hineingerufen. Dieser behauptete ziemlich bestimmt, daß der Angeklagte Karl den Schuhmann Reichel tätlich angegriffen habe. Darauf stand der den Vorfall führende Amtsrichter auf und erklärte: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie einen Eid geleistet haben, der andere Schuhmann, der von dem Angeklagten angegriffen worden sein soll, sagte nämlich soeben selbst, daß er nicht angegriffen worden ist.“ Darauf erklärte dieser Schuhmann unter wechselnder Gesichtsfarbe: „Auf meinen Eid kann ich es allerdings nicht behaupten.“ Wenige Minuten vorher aber hatte er unter Anrufung Gottes zum Zeugen der Wahrheit alles dessen, was er nun sagte, geschworen — nur die reine Wahrheit zu sagen! — Eine

ganze Reihe von Zeugen konnten im weiteren Verlauf der Vernehmung bestätigen, daß sich der Angeklagte nicht im geringsten gegen die Schulleute vergriffen hat, und daß die Schulleute den Mann ohne den geringsten Anlaß über den Haufen geworfen und mit dem Säbel mißhandelt haben. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt selbst Freisprechung, da die Behauptungen in der Anklageschrift nicht erwiesen seien. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Gühse, der auch die vorigen Angeklagten wirksam verteidigte, beantragte ebenfalls Freisprechung und Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse, auch der Kosten, die durch Zahlung zahlreicher Entlastungszeugen entstanden seien, denn nach den Zeugnisaussagen der Schulleute in der Voruntersuchung war man gegungen, so viele Entlastungszeugen zu laden, zudem die Schulleute als Kronzeugen zugleich als Täter in Betracht kommen mußten. Im weiteren Verlaufe der Anklage gegen die Schulleute stellte Dr. Gühse die Frage auf: „Was wäre aber geworden, wenn angesichts des rechtskräftigen und brutalen Angriffs der Schulleute gegen friedliche Passanten das Publikum außer sich gekommen wäre? Es wäre genau so gegangen, wie es so anders gegangen ist (Wegensburgerstraße), und zu Schulding hätte man dann nicht die Schulleute, sondern das Publikum gemacht! Zugleich bemerkte der Verteidiger, daß gegen die Schulleute Strafamtantrag gestellt sei. — Das Gericht kam nach kurzer Beratung zur Freisprechung und Ueberbürdung sämtlicher Kosten auf die Staatskasse.

**\* Schwerhörige Justiz.** Von dem Schöffengericht in Joppor war unter dem Vorsitz eines jungen Assessors, einem Polizeikommissar A. D. und einem Rentier als Beisitzer der Kollege Harber zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil er die „christlich nationalen“ Gebrüder Koch mit den Worten: „Ihr Hunde, Ihr Jaloos, Ihr christlichen Streikbrecher“, beleidigt haben sollte. Harber, der Mitglied des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands ist, behauptet, nur gesagt zu haben — und zwar zu ganz anderer Zeit —: „Ihr seid die richtigen Jaloos; Euer Verband ist ein Streikbrecherverband.“ Die Verhandlung vor der Berufungsinstanz in Danzig beruhte insofern sehr eigenartig und gab viel zu denken, als der Vorsitzende, Direktor Braun, dessen Tätigkeit als früheren Prozeß noch in Erinnerung steht, der politischen Richtung des Angeklagten durch eingehende Fragen: Sind Sie Sozialdemokrat? — Haben Sie sozialdemokratische Gewohnheiten? — Befolgen Sie sozialdemokratische Versammlungen? — zu großes Interesse entgegenbrachte. Die christlichen Belastungszeugen setzten sich in einen trafen Widerspruch zu ihren früheren Aussagen. Denn in der ersten Instanz hatten sie gesagt, um nach Hause zu gehen. Jetzt erklärten sie, daß Harber sie beleidigt hätte, als sie mit dem Maurerpolier Franzowski zusammenkamen. Danach hätten sie noch längere Zeit, fast eine Stunde, auf den Meißer gewartet. Der eine Kollege empfahl ihm dem Gericht durch einmündige Bestätigung seiner Mitgliedschaft im Kriegerverein und in der freiwilligen Feuerwehr Joppor. Der Maurerpolier, auf den sich die Klags noch besonders berufen hatten, und der nach ihnen vernommen wurde, hatte nichts von der Beleidigung wahrgenommen. Die Klags wußten den Widerspruch ihrer jetzigen Aussage mit der früheren und der des Richters nicht aufzuklären. Gleichwohl ging der Vorsitzende über den Widerspruch mit ein paar Worten hinweg: es könnte ja so oder auch so sein. Als der Verteidiger ausführen wollte, daß kein Grund vorliege, die Höhe der Strafen nach Tendenzen zu bemessen, wurde er von dem Vorsitzenden, der der Sache sogar einen politischen Geschmack habe abgewinnen wollen, mehrfach unterbrochen. Ein Weisiger, der schon bei Beginn der Verhandlung, ohne die Einzelheiten der Sache zu kennen, das Verhalten des Angeklagten durch energische Gesten mißbilligte, bestärkte den Vorsitzenden. Der Verteidiger Rechtsanwalt Westphal sagte: Die Beleidigung sei nicht erwiesen; der Widerspruch der Zeugen stößt mit sich selbst und mit dem Richterheft. Nehme man das Gegenteil an, so sei eine kleine Geldstrafe am Platze. Bei Privatklagen würde in einem solchen Falle auf A 10 Geldstrafe erkannt. Von der Form der Äußerung abgesehen, gebe es Momente genug, die den Verger des Angeklagten gegen Angehörige des christlichen Verbandes begründen und seine Sündungsweise entschuldigen müßten. Als der Verteidiger zum Beweise seiner Behauptung auf einige Vorgänge, die sich zwischen den beiden Organisationen abgespielt haben, eingehen wollte, wurde er wiederum vom Vorsitzenden unterbrochen, obgleich er selbst Fragen an den Angeklagten gerichtet hatte, die noch viel weniger zur Sache gehörten. Entsprechend dem Gang der Verhandlung, wurde das Urteil der ersten Instanz bestätigt: sechs Wochen Gefängnis für einen Menschen, der mit einem Tag Gefängnis vorbestraft ist, wegen einer Beleidigung, durch die christlich nationale Kriegervereine in ihrer Ehre gekränkt waren! Es hält wirklich recht schwer, nicht daran zu glauben, daß es eine Klassenjustiz gebe.

**\* Schwerhörige Politiken.** Vor dem Schöffengericht in Neu-Ulm spielte sich am 5. September d. J. ein interessanter Prozeß ab. Ein Maurer sollte sich während des Ausstandes ein Vergehen gegen den „berühmten“ § 153 der Gewerbeordnung haben zu Schulden kommen lassen. Er wurde zur Polizeiwache gebracht. Nach der Darstellung des Maurers ist dann, als er eben auf der Wache angekommen war, der Baumeisternehmer Dr. W., mit dessen Vorarbeiter der Maurer gerebete hatte, auf die Wache gekommen, ist auf den Maurer zugestürzt, hat ihn angefaßt und ihn beschimpft: „Dummkopf! Mitgebur!“ Wenn es mit nicht um mein Geld wäre, würde ich Dich erdrosseln!“ Zwei auf der Wache anwesende Schulleute ließen es geschehen. Der Beschimpfte ließ es nicht gut sein, er verfluchte den Unternehmer. Dehner, wußte in der ersten Verhandlung sich an „nichts mehr zu erinnern“. Zur zweiten Verhandlung waren die beiden Schulleute — Gilmayer und Hornstein — beiseite — geladen. Die beiden Politiken sagten aus, es habe wohl ein Wortwechsel stattgefunden, was aber gesagt worden sei, hätten sie nicht gehört. Festgestellt wurde übrigens, daß der Baumeisternehmer auf der Wache nichts zu suchen hatte. Er war also offensichtlich hingegangen, um an dem Arbeiter sein Mitleiden zu fühlen. Das Gericht sprach den Unternehmer „mangels genügender Beweise“ frei.

**\* Erpressung.** Die Klassenjustiz hat Freitag, 8. August, in A l t e n b u r g drei Opfer gefordert: wegen „Erpressung“ mußten drei Ehrenmänner auf je vier Wochen das Gefängnis beziehen. B. R. W. sehen wir uns die „Erpressung“ an. In A l t e n b u r g wurden im Frühjahr dieses Jahres die Maurer von den Unternehmern ausgesperrt, weil sie sich nicht dazu bequemen wollten, einen von diesen Herren ihnen vorgelegten Tarif anzuerkennen. Die Folge war natürlich die, daß eine Anzahl Bauten nicht fertiggestellt werden konnten, und zu diesen Bauten gehörte auch das Wirtschaftslokal „Zum Hofgarten“. Dieses Lokal gehört dem Bierbrauereibesitzer Degen in Kahl, dessen Bier zum allergrößten Teil von Arbeitern konsumiert wird. Das Lokal „Zum Hofgarten“ ist gleichzeitig Versammlungslokal der organisierten Arbeiterschaft, und es konnte dieser daher nicht ganz gleichgültig sein, wer den Neubau des Lokals ausführt. Degen übertrug den Bau dem Maurermeister Franz Jäde, dem Hauptführer im Streite wider die organisierten Maurer und treibende Kraft des Unternehmerverbandes. Dieser beschäftigte natürlich keine organisierten Maurer — die hatte er ja ausgesperrt — und in einer Versammlung wurde auf diesen Umstand hingewiesen. Es wurde dabei von verschiedenen Rednern diese Angelegenheit kritisch beleuchtet und mit dem Bewußtsein gedroht. Schließlich wurde man sich dahin schlüssig, die Angelegenheit dem Gewerkschaftsrat zur Regelung zu überlassen. Dieser beauftragte sich mit der Sache und ordnete seinen Vorsitzenden, Landtagsabgeordneten Horn, den Vorsitzenden der Organisation der Maurer, Rant, und den Lasser Seibel zu Verhandlungen mit dem Weisiger Degen ab. Ehe diese Kommission mit demselben aber in Unterhandlungen trat, hatte ihn schon der Richter des „Hofgartens“ über die Sache verständigt und ihn gebeten, den Arbeitern entgegenzukommen, da er sonst geschädigt wäre und Degen dadurch auch wieder geschädigt würde. Degen nahm sich diese Klagen zu Herzen und bemühte sich um die Einstellung organisierter Arbeiter bei dem Franz Jäde, was ihm abgefallen wurde. Er versuchte dann sein Glück bei einem anderen Meister, aber auch vergebens. Soweit war die Sache gebiegen, als die Kommission bei ihm vorprach, worüber derselben war der Kartellvorsitzende Horn, die beiden anderen Kommissionsmitglieder verhielten sich passiv. Die Verhandlungen führten nach der übereinstimmenden Darstellung der drei Kommissionsmitglieder dazu, daß Degen sich bereit erklärte, den Bau dem Kommissionsmitglied Rant zu übertragen. Degen stellte nun die Sache so dar, daß er nur einem Druck nachgegeben habe, um keine geschäftlichen Nachteile zu erleiden. Horn habe ihm erklärt, daß, wenn der Bau von unorganisierten Maurern ausgeführt würde, dann die Arbeitervereine aus dem „Hofgarten“ ausziehen würden. Durch diese Drohung habe er sich bestimmen lassen, den Bau dem Franz Jäde zu entziehen. Horn jedoch — wie Rant und Seibel hielten entschieden in Abrede, irgendwie einen Druck auf Degen ausgeübt zu haben. In seinem Interesse habe es gelegen, daß der Bau so rasch als möglich fertiggestellt wurde, damit der Betrieb nicht länger als unumgänglich nötig gestört wurde. Er habe sich auch sofort bereit erklärt, als die Kommission zu ihm kam, auf ihre Wünsche Rücksicht zu nehmen. Erst dann, als alles zu Ende und die Angelegenheit zum Abschluß gebracht war, äußerte Horn, daß er trotz der, daß die Geschichte ein solch günstiges Ende gefunden habe. Wenn die Sache nicht den Verlauf genommen hätte, wäre es nämlich dazu gekommen, daß die Vereine aus dem „Hofgarten“ ausgezogen wären. Degen erklärte unter Eid, daß diese Äußerung während der Verhandlungen gefallen und daß er sich durch diese habe bestimmen lassen, dem Franz Jäde die Arbeit zu entziehen. Der Staatsanwalt hielt auf Grund der eidlischen Aussage des Degen den Wahrheitsbeweis für erbracht und beantragte in Anbetracht dessen, daß die Angeklagten „ein schweres Verbrechen nicht begangen“, für jeden eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Das Gericht erkannte auf vier Wochen. Es nahm an, daß die Angeklagten den Streikenden — der Vorfindende bezeichnete konsequent die Aussperrung als Streik und die Aussperrten als Streikende — einen Vermögensvorteil verschaffen wollten, auf den diese keinen Anspruch gehabt hätten. Bei der Strafzumessung komme aber den Angeklagten zu gute, daß es keine unehrenhaften Motive gewesen, von denen sich die Angeklagten hätten leiten lassen, weshalb auf das im § 253 des Strafgesetzbuches vorgesehene Mindestmaß erkannt werden sei. Rant und Seibel wurden wegen Mithilfe an der „Erpressung“ bestraft: sie hätten, wenn sie mit den Ausführungen Horns nicht einverstanden gewesen, gegen diese protestieren müssen. Da dieses aber nicht geschehen, so hätten sie durch ihr Stillschweigen bezeugt, daß sie mit ihm eines Sinnes gewesen, weshalb sie gleich diesem zu bestrafen waren. B. R. W.

Es versteht sich, daß in den Augen aller organisierten Arbeiter Horn, Rant und Seibel Ehrenmänner sind. Die Gefängnisstrafe vermag ihnen nichts von ihrer persönlichen Ehrenhaftigkeit zu rauben, und in der Achtung ihrer Mitbürger verlieren sie durch die Gefängnisstrafe nichts. Sie fallen als Opfer des Klassenkampfes. Dieses Urteil mag anderen Arbeitern aber auch eine Mahnung sein, bei Verhandlungen ja recht vorsichtig und mißtrauisch zu sein.

**\* Ein Streikführer.** Die zweite Landgerichtsstammer in Braunschweig hatte sich Sonnabend, den 8. September, wieder einmal mit der Denuntiation eines „sensiblen“ Arbeitswilligen zu beschäftigen. Der Maurer Gustav Kade aus Schöninggen soll nach Angabe des Maurerpoliers Wallbaum diesen am Morgen des 18. Juni d. J. als Streikbrecher, Schuft, Wülfel und den frommen Wunsch geäußert haben, er „müßte sich das Genick brechen“. Das Schöffengericht Schöninggen hatte ihn dafür schuldig wegen Vergehens gegen § 153 der R.-St.-G.-O. zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Dagegen hatte Kade Berufung eingelegt, wobei er besonders die Qualität des Wallbaum ins rechte Licht zu rufen versuchte. Und das gelang ihm ganz gut. Am 9. Juni wurde von den Maurern über die Firma Schöninggen & Meyer die Sperre verhängt. Wallbaum ging mit noch zwei Kollegen zu anderen Kollegen und versuchte diese zu veranlassen, die Arbeit gleichfalls mit niederzulegen, was auch geschah. Am Mittwoch jedoch ging Wallbaum, der erst die anderen Kollegen mit aufgewiegelt hatte, schon wieder zur Arbeit. Jedenfalls keine sehr schöne Hand-



lungsweise, die B. mit seiner mäßigen wirtschaftlichen Lage zu entschuldigen versucht. Er sei nicht so gestellt, daß er freiten könne, sagte er vor Gericht. Und zu Hause habe er keine gute Stunde gehabt. Seine Frau habe immer geschimpft. Der Verteidiger Dr. Jasper bestritt, daß ein Delikt aus § 183 B.-G.-O. vorliege, da der Angeklagte nur seine Enttötung über die Handlungsweise des Ballbaum geklagt habe. Er könne nur aus § 185 B.-G.-O. verurteilt werden, wenn Strafantrag gestellt sei, und da läme eine geringe Geldstrafe in Betracht. Sollte ein Straf-antrag nach dieser Richtung nicht gestellt sein, so bitte er um Einstellung des Verfahrens. Das Urteil des Schöffengerichts wurde aufgehoben und der Angeklagte zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt. Die Hälfte der Kosten des Verurteilten wurden der Staatskasse auferlegt. Die Verurteilung erfolgte auf Grund des § 153 der B.-G.-O. Herr Ballbaum hat seinen Willen, einen Kollegen um einer Rappalie halber ins Gefängnis gebracht zu haben. Die Schöninger Arbeiter werden das in guter Erinnerung behalten.

\* **Mit unglücklicher Ehre** wieder heimwärts ziehen mußte der Maurer Lud. Brünning aus Meiersfeld, der seine Ehre zur Reparatur im Gerichtsgebäude zu Detmold abgegeben hatte. Der Sachverhalt ist folgender: Brünning, der drei Tage in Detmold mitgeteilt hatte, nahm nach Ablauf dieser Zeit die Arbeit wieder auf. Von seinem „Meister“ war er zur Detmolder Mühlenbrauerei geschickt worden, um dort Reparaturen auszuführen. Hier wurde er nur von dem Bierfahrer, Genossen Wegger, auf seine unfinstige Handlungsweise aufmerksam gemacht, wobei das Wort Streikbrecher gefallen sein soll. Zum Kadi zu laufen, war das Werk eines Augenblicks. Das Anklageverfahren gegen Wegger wurde jedoch abgelehnt. Brünning strengte nun gegen Wegger eine Verabredungsanfrage an. In dieser Sache fand schon vor einiger Zeit ein Vermin statt, in dem Wegger freigesprochen wurde. Brünning legte jedoch Berufung ein. Am 12. September fand nochmals eine Verhandlung statt, mit demselben Ergebnis. Als Zeuge erzählte nun Brünning einen Bericht, bei dem sich herausstellte, daß er das Zeug zu einem Romanrichter in sich trägt. Der Amtsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis. Das Gericht kam jedoch zu einem Freispruch. Wenn auch Angeklagter das Wort Streikbrecher gebraucht habe, was jedoch nicht festgelegt sei, so sei das noch lange keine Verabredung, da Zeuge tatsächlich den Streik gebrochen habe. Ein paar anwesende Unternehmer, denen schon das Gefühl bei der Woche Gefängnis schätzte, machten jedoch bei dem Freispruch, und darüber, daß man ihrem Richtig gar nicht glauben wollte, recht enttäuschte Gesicht.

\* **Ein Sieg der Vernunft.** Vom Schöffengericht Weimar war der Vorsitzende unseres Zweigvereins, Kollege Borchert, zu einem Tag Gefängnis verurteilt worden, weil er gelegentlich des Maurerstreiks im April dieses Jahres einem arbeitswilligen Verbandskollegen einen Brief schrieb, in welchem folgende Stellen vorkamen: „Ich begreife gar nicht, daß Ihr, die Ihr Euren Arbeit stets vorgehabt, nun doch deutlich beweist, Streikbrecherdienste zu verrichten, indem Ihr Arbeit, die Euch absolut nichts angeht, ausführt. Hier ist Kommentar überflüssig. Ich unterbreite Euch hiermit, daß ich Euren Ausschluß aus dem Verband dem Hauptvorstand beantragen werde, damit Ihr ungenügend Eure Aufgabe erfüllen könnt.“ Besonders in dem letzten Satzus erklärte das Schöffengericht eine Verurteilung und eine Drohung im Sinne der §§ 152, 153 der Gewerbeordnung. Auf eingelegte Berufung hob aber das Landgericht das erstinstanzliche Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, da in dem ganzen Brief absolut nichts Strafbares enthalten sei, und selbstverständlich die Mitteilung des Vertrauensmannes an den arbeitswilligen Kollegen niemals als Drohung aufgefaßt werden könne.

### Verschiedenes.

\* **Die Arbeiterbildungsschule in Lübeck** beginnt in der ersten Oktoberwoche ihren diesjährigen Winterlehrplan. Er setzt sich wie folgt zusammen: Dienstag: Rechnen. Mittwoch: Erdkunde (Vortragender Herr Dr. Schömer). Donnerstag: Stenographie (System Stolze-Schrey). Die Kurse beginnen am 2. Oktober, Abends 8½ Uhr, im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52, und dauern ein halbes Jahr. Eintrittsgeld und Monatsbeitrag betragen je 30  $\mathcal{A}$ ; außerdem ist eine Unterrichtsrate zu lösen, deren Preis 1  $\mathcal{A}$  beträgt. Sie berechtigt zur Teilnahme an allen Fächern. Hoffentlich benutzen die Lübecker Kollegen diese günstige Gelegenheit, um ihr Wissen zu bereichern.

### Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 51 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Schwarzseher. — Mannheim. Von A. Bebel. — Englische und preussische Bergarbeiterverhältnisse. Von Otto Kue. — Das öffentliche Sanitätswesen und die Sozialdemokratie. Von Otto Braun (Königsberg). — Wirtschaftsbewegung und Massenstreik. Von Leo Krons. — Klassenkampf und Massenstreik. Von Hermann. — Zur theoretischen Durchbildung der Arbeiterklasse. Von Otto Forker, Schlußmacher. — Jugendberufshilfe und Sozialdemokratie. Von Hermann Damm (Hamburg). — Partei und Religion. Von Georg Müller (Zadun).

Die „**Neue Gesellschaft**“, sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W 15, Preis für das Einzelheft 10  $\mathcal{A}$ , pro Monat 40  $\mathcal{A}$ , pro Vierteljahr 1.20, Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert), Heft 38. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Stoffen: Kaisermandat. — Die preussische Wahlrechtsbewegung. — Friedrich Stampfer: Die preussische Politik des „Vorwärts“. — Wilhelm Schröder: Die „Leitende“. — Reich Harbe: Das Bürgerrecht der Frau in Großbritannien. — Alexander Nachenstücken: Zur Agitation unter den Christlichen. — Karl A. Meyer: Reichstimm?

„**Kommunale Praxis**“, Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Seidel, Verlag von Paul Singer, Berlin. Auf eine sehr wichtige Möglichkeit, durch statutarische Bestimmungen für ihren Bezirk den Kreis der gegen Krankheit zu verfürhrenden

Personen auszuheben, macht in der neuesten Nummer der „Kommunalen Praxis“ Friedrich Klees die Gemeindevertreter aufmerksam. Man darf erwarten, daß dieser Hinweis nicht unbeachtet bleiben wird, daß vielmehr die Gemeinden von ihrem Recht, die Vertiefungspflicht auf sämtliche erwerbstätige Familienangehörige eines Unternehmers auszuheben, allenthalben Anspruch machen werden. Aus dem reichen Inhalt der Nummer heben wir die Mitteilung über die neue Arbeitsordnung der Stadtgemeinde München hervor.

Probenummern der Zeitschrift kann man jederzeit kostenlos vom Verlage, der „Kommunalen Praxis“, Berlin W. 10, beziehen.

**Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiter** für 1905. Der fast 800 Seiten umfassende Bericht enthält als Anhang eine Beschreibung des von der Zentralkommission auf der Ausstellung für Volkswohlfahrt ausgestellten Baumodells. Eine eingehende Besprechung erbringt sich wohl, da der Bericht ja allen Zweigvereinsvorständen zugefandt wird, die nicht veräumen werden, das schätzbare Material in den Versammlungen zu verwerten.

„ **Ziele und Wege.**“ Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen. Unter Mitarbeit von Hugo Bindemann, Max Süßheim, Friedrich Kampfer und Clara Reifin herausgegeben von Adolf Braun. Die Broschüre kann bezogen werden durch alle Parteibuchhandlungen, Kolportage, Zeitungsausdräger und gegen Entsendung von 23  $\mathcal{A}$  direkt vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Hindenburgstr. 69.

„**Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland.**“ Der Preis beträgt elegant gebunden M. 1.50. Gewerkschaften, Vereinen, Bibliotheken, sowie allen, die mit der Leitung von Versammlungen und Vereinen betraut werden, sei das Büchlein bestens empfohlen.

Zum Mannheimer Parteitag hat die „**Neue Welt**“ eine hübsch ausgestattete Festnummer herausgebracht. In Wort und Bild wird den Lesern die Stadt vorgeführt, in der in der letzten Septemberwoche das deutsche Arbeiterparlament aufzutreten wird. Neben dem geschäftlichen Werden und Wachsen der Rhein-Neckar-Stadt erfahren wir aus einer anregend geschriebenen Plauderei des Genossen F. J. Schacht auch manches Ernstes und Geitzere aus der engeren Parteigeschichte Mannheims. Die gut ausgewählten Illustrationen zeigen uns die Stadt in ihren schönsten und lebensvollsten Bauten, Plätzen und Anlagen und geben so auch dem, der den Verhandlungen in Mannheim nicht beizuhören kann, ein Bild von dem Ort des diesjährigen Parteitages.

Die „**Gleichheit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 19 des 16. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10  $\mathcal{A}$ ; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55  $\mathcal{A}$ , unter Kreuzband 65  $\mathcal{A}$ . Jahresabonnement M. 2.60.

„**In Freien Stunden.**“ Von dieser illustrierten Wochenchrift, die in Heften zu je 10  $\mathcal{A}$  (14 Heller in Österreich) erscheint, liegt der erste Band des Jahrganges 1906 nunmehr gebunden vor. Aus dem Inhalt nennen wir: „Der verlorne Sohn“, Roman von Hall Gaine. — „Der Fährling“, Novelle von Moritz Gertramin. — „Zum Bleibergwerk beurteilt“, Briefe von Waffit Jakszow. — „Die Narrenwelt“, Erzählung von Walbert Sifter. — Ein „kleines Feuilleton“ sorgt daneben für unterhaltende und belehrende Notizen.

Der Band kostet elegant in Leinen gebunden M. 8.50, in Halbfranz-Einband M. 4.

Der „**Wahre Jacob**“ (Nr. 19) bringt mehrere Beiträge zum Mannheimer Parteitag. Das farbige Titelbild mit der Unterchrift „Weden verboten! Ein Märchen aus dem Rosen-garten in Mannheim“ zeigt uns die Stadt Mannheim als schlafendes Dornröschen, das sich vom sozialdemokratischen Parteitag nicht wecken lassen will, denn es ersticht in ihm nicht den richtigen Prinzen, den es in seinen Träumen erwartet. Dann ist dem Parteitag noch das Zeitgebiß „Zum Parteitag“ und die Plauderei „Mannheim“ gewidmet. Aus dem weiteren Inhalt der Nummer erwähnen wir die Bilder „Der gebulbte Michel“, „Zentrum und Bierseuer“, „Der Adler und der Löwe“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10  $\mathcal{A}$ .

### Briefkasten.

**Sagen, M.** Ob der Spruch von Goethe oder von Schiller ist, können vielleicht nur diese entscheiden; da wir aber keine Verbindung mit der Götterwelt haben, werden wir auf den Schiedsspruch verzichten müssen. In unserem „Schiller“ dessen Herausgeber begründeten Anspruch auf Literaturkenntnis erheben darf, steht der Spruch unter „Botenstafel“ und nach der Umwertung gehört er nicht zu denen, die wahr-scheinlich oder nachweislich von Goethe stammen.

**Cannstatt, W. St.** Berichte über Versammlungen, die zu Anfang des Monats August tagten, können wir in der zweiten Hälfte des Monats September nicht mehr veröffentlichen.

**Oppeln, P. B.** Ein Bericht von dort ist hier zwar eingegangen, aber nicht veröffentlicht worden, da nur die Namen der Gewählten darin enthalten waren.

**Mainz, J. S.** Der § 448 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt: Die Kosten der Übergabe der verkauften Sache, insbesondere die Kosten des Messens und Wägens fallen dem Verkäufer, die Kosten der Abnahme und der Verpfändung der Sache nach einem anderen Orte als dem Erfüllungsorte fallen dem Käufer zur Last. Danach mögen Sie selbst beurteilen, ob Sie zahlungspflichtig sind oder nicht.

**Brunsbüttel, B.** In der „Sterbetafel“ kostet jede Zeile 15  $\mathcal{A}$ , was übrigens dabei bemerkt ist.

**Dagbladen, P. 999.** Segnungen kann keine Kasse werden, die seine Scheine ausstellen. „Grundstein“ z. Entgelt tut es; natürlich nur für ihre Mitglieder. Die Kassen können für die Ausstellung solcher Scheine auch Einschätzung verlangen, was sie aber in der Regel nicht tun werden.

## Anzeigen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15  $\mathcal{A}$ .)

**Berlin.** Am 9. September starb unser Mitglied **Fritz Glat** im Alter von 41 Jahren an Darmkreislage. (Unfall.) — (Sektion der Beger.) Am 14. September starb unser Mitglied **Ferd. Collin** im Alter von 27 Jahren an Nierenentzündung. — (Sektion der Beger.) Am 12. September starb unser Mitglied **Wilh. Jagdmann** im Alter von 67 Jahren an der Prostataerkrankung.

**Böhm.** Am 12. September starb unser Mitglied **Joh. Werner** im Alter von 28 Jahren durch Unfall.

**Wilhelm-Oberhausen.** Am 9. September starb unser treues Verbandsmitglied **Wilh. van Kempen** im Alter von 82 Jahren.

**Neubrandenburg.** Am 9. September starb unser Kollege **Moritz Engel** im Alter von 46 Jahren an Gehirnerschlag.

**Plauen i. V.** Am 10. September starb nach langem Leiden unser Kollege **Gustav Bauerfeld** im Alter von 54 Jahren an Nephritis und Herzleiden. Wir verlieren an ihm ein eifriges Mitglied.

**Potsdam.** Am 10. September starb unser Ehrenmitglied **W. Gerike** im Alter von 78 Jahren. **Ehre ihrem Andenken!**

### Driesen.

Die Adresse des Zweigvereinsvorsitzenden ist vom 1. Oktober: **G. Schwalowski, Riststraße 45, Hof, part.** [M. 1,50] **Der Vorstand.**

### Plauen i. V.

Die Adresse des Vertrauensmannes ist jetzt: **Karl Schnire, Morgenbergr. 3, 2. Et.** Alle Briefsendungen sind nach dort zu richten. [M. 1,50]

### Hohensalza.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist **Franz Eichhorst, Kirchenstr. 6.** Alle Briefsendungen sind an ihn zu senden.

Das Mitglied **Christian Wagner**, geboren am 31. Dezember 1884 zu Jägerleben, eingetretten am 2. Juni 1902, wird aufgefordert, seine Adresse sofort mitzuteilen. Zweigvereine, denen der Aufenthalt des Betreffenden bekannt ist, werden ersucht, uns Mitteilung zu machen. [M. 1,80] **Wilhelm König, Pforzheim, Kassierer.**

### Wilsnack.

Sonnabend, den 29. September, Abends 8 Uhr:

### Herbstvergnügen.

Gäste sind willkommen. Das Festkomitee.

### Liegnitz.

Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr:

### Fünfzehntes Stiftungsfest

bestehend in Theater, Ball und Blumenverlosung.

Eintritt inkl. Tanz 60  $\mathcal{A}$ . [M. 8]

Alle Kollegen sind eingeladen. Das Komitee.

### Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

**Sonntag, den 23. September.**

**Gr.-Vollheim a. d. Ohe.** Nachm. 4 Uhr bei Herrn Feilich, Völkershäuser. Nachm. 8 Uhr im Gasthaus „Zur Krone“. **Werdau.** Nachm. 8½ Uhr in der „Feuerkugel“. Bisher zur Mitbestimmung mitbringen.

**Dienstag, den 25. September.**

**Liegnitz.** Abends 8½ Uhr.

**Mittwoch, den 26. September.**

**Berlin.** Begleit Brandenburgischer Vorstadt. Abends 8½ Uhr in den „Vorstadt-Sälen“, Berlin. 4½. 2. D. 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht aus der Vertretung. In der „Königsbader“, Gr. Frankfurterstr. 117. 2. D. 1. Vortrag: „Ob es ein Fortleben nach dem Tode?“ 2. Verschiedenes.

**Donnerstag, den 27. September.**

**Sorau.** Abends 7 Uhr in der „Krone“. Mäßige Tagesordnung. Mitglieds-bücher mitbringen.

**Sonnabend, den 29. September.**

**Artern.** Abends 7 Uhr im Gasthof „Zum weißen Schwan“.

**Kahla.** Abends 8 Uhr im Gasthaus. Mitgliedsbücher mitbringen.

**Sagan.** Nachm. 6½ Uhr bei F. Schanze. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Sonntag, den 30. September.**

**Döbeln.** Nachm. 8 Uhr im Restaurant „Waldenterrasse“.

**Hintersee.** Mittags 12 Uhr bei Hermann Weder in Döbeln. Tages-ordnung: Gewerkschaft oder Randverbreiten.

**Schweinitz a. d. E.** Vorm. 11 Uhr im Gasthof „Zum Kronprinz“.

**Vollen i. d. M.** Nachm. 8 Uhr bei H. Paris.

**Öffentliche Maurerverversammlungen.**

**Sonnabend, den 22. September.**

**Salzgitter.** Abends 8½ Uhr im Bergstadl.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Rütz & Co. in Hamburg.